

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

208 · Februar 2008

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 99

Essay

GÜNTER WIRTH
Die Ästhetik des Widerstands.
Beobachtungen bei der »postsozialistischen« Lektüre 101

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

JOHN P. NEELSEN
Landwirtschaft und Ernährung – Stundenglas der
kapitalistischen Produktionsweise 115

ULRICH BUSCH
Kein Ende der Arbeitslosigkeit
durch Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland 130

BENNO HERZOG
Arbeit, work, trabajo ... Kulturelle, politische und
ökonomische Aspekte des Arbeitsbegriffes in Europa 144

JOCHEN WEICHOLD
Quo vadis, Grüne?
7 Thesen zur Entwicklung der Grünen 158

Standorte

JAN KORTE
Unrecht kennt keinen Verrat.
Die Debatte um den Kriegsverrat 168

KARL-OTTO ESCHRICH
Das Rätsel der Magnetfelder von Sonne und Erde
Hommage à Fritz Krause 177

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 182

Bücher & Zeitschriften

Irmgard Zündorf:
Der Preis der Marktwirtschaft.
Staatliche Preispolitik und Lebensstandard
in Westdeutschland 1948 bis 1963
(JÖRG ROESLER) 184

Horst Müller (Hrsg.):
Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts.
Kritik, Analytik, Alternativen
(REINHARD JELLEN) 185

Roland Klautke, Brigitte Oehrlein (Hrsg.):
Prekarität, Neoliberalismus, Deregulierung
(BERND HÜTTNER) 187

Ernst Schumacher:
Ein bayrischer Kommunist im doppelten Deutschland.
Aufzeichnungen des Brechtforschers und Theaterkritikers
in der DDR 1945-1991.
Herausgegeben, eingeleitet und kommentiert
von Michael Schwartz
(FRITZ RÖDEL) 188

Summaries 190

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 192

VorSatz

Am 1. Februar 1933 ließ die traditionsreiche württembergische SPD alle ihre Anhänger aufmarschieren. Um gegen die Machtübergabe an Hitler, Papen und Hugenberg zu protestieren, war die Stuttgarter Innenstadt mit Menschen, Fahnen und Plakaten zum Bersten gefüllt worden. Das war eindrucksvoll – wie an anderen Orten des Reiches nicht minder. Die KPD-Führung hatte ähnliches sogar schon einige Tage zuvor veranstaltet. Am 25. Januar waren 130 000 Demonstranten an Ernst Thälmann und Genossen vorbeigezogen.

Und dann? Dann war nichts. Im Sommer 1933 gab es nicht nur keine Arbeiterparteien und keine Gewerkschaften, ja überhaupt keine Arbeiterbewegung mehr, es waren auch alle anderen Parteien aufgelöst. Bis auf die NSDAP (und – bis 1934 – den Stahlhelm) hatte jede organisierte politische Bewegung ihr Leben ausgehaucht.

Wie ein Kartenhaus war diese Weimarer Republik in sich zusammengerutscht. Die Eliten in Wirtschaft und Militär – ohnehin republikfeindlich bis ins Knochenmark – hatten sich spätestens 1932 für einen faschistischen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise entschieden und waren ein Bündnis mit der erfolgreichsten antidemokratischen Massenbewegung eingegangen: dem Nationalsozialismus.

Gemessen an Bismarcks zwölfjährigem verbissenen, doch letztlich erfolglosen Kampf gegen die lächerlich kleine Sozialdemokratie hatten den Nazis ein paar Fußtritte gereicht. Offenbar waren Rosa Luxemburgs Phantasien, daß die Organisation die Bewegung der Klasse erstickt, weil sie nicht mehr Ausdruck dieser Bewegung, sondern zu einem leerlaufenden Apparat verkommen war, Wirklichkeit geworden. SPD und KPD hatten die deutsche Arbeiterschaft in die Erstarung organisiert und obendrein in der Stunde der Gefahr durch großmüßige Unfähigkeit jämmerlich verraten.

Nach einem ungeheuren Zuwachs waren nach der Novemberrevolution in den proletarischen Organisationen die selbstbewußten sozialdemokratischen Arbeiter des Kaiserreichs in die Minderheit geraten: Die einst unorganisierten proletarisierten Untertanen der Hohenzollern suchten sich in den Gewerkschafts-, SPD- und KPD-Führern neue Alpha-Tiere, denen sie – wie schon 1918 dem Kaiser – 1932/33 bis in den Untergang folgen sollten.

1944/45 wiederholte sich dieser Vorgang abermals. Erst dann hatten selbst die deutschen Untertanen proletarischer Daseinsform von Politikern die Nase voll. Die Nachkriegsgeschichte ist hinreichend bekannt und muß hier nicht erneut aufgerufen werden. Der Sieger hieß im Detail und in der Gesamtsumme Konrad Adenauer.

Bleiben wir lieber noch einen Moment bei Rosa Luxemburg. Sie hatte die politische Partei in der Tradition der französischen Aufklärung gesehen. So wie die Aufklärer einst im französischen Bürgertum den Willen zur Freiheit und damit den Willen zur Macht unbezwingbar gemacht hatten, wollte sie dem internationalen Proletariat helfen, einen Willen zur Freiheit zu entwickeln, der sich durch nichts mehr brechen ließ. Dafür hielt sie eine Partei für nütze.

Nach Rosa Luxemburgs Ermordung war jedoch die Arbeiterschaft in einen Zangengriff geraten. Die eine Greifbacke bildete die regierungsgeile Bürokratie der SPD, die andere die fremdfinanzierte radikalverbale Bürokratie der KPD. Beide legten jede eigenständige Bewegung mit der ständig repetierten Drohung lahm, daß die Führer durch eigenständige Bewegungen lediglich in ihrer an Weisheit nicht zu übertreffenen Politik gehindert würden. Denn die Organisatoren waren es seit langem leid gewesen, sich ständig von der Basis »naßmachen« zu lassen, und hatten sich deshalb ins Trockene ihrer Büros mit den vielen Telefonen geflüchtet.

Bis es keine eigenständige Bewegung mehr gab, die die Organisationen hätte tragen können, und die Nazis ihre gelähmten Gegner in die Illegalität abdrängen und dann wie Freiwild jagen konnten. Das begann mit dem Reichstagsbrand am 27. Februar vor 75 Jahren.

Um Legenden vorzubeugen: Das wäre natürlich auch alles so geschehen, wenn Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 nicht aus der Mannheimer Straße 27 verschleppt worden wäre. Gegen Bürokratien hat ein einzelner keine Chance, selbst wenn sie untergehen.

Doch es erstarb an diesem 27. Februar nicht nur die Arbeiterbewegung, es verglommen in Deutschland auch die Reste des liberalen Bürgertums. Anders als die Arbeiterbewegung war es in Deutschland nie stark gewesen. Das Gros des deutschen Bürgertums – ohnehin verängstigt von der Jakobinerherrschaft 1793 – hatte spätestens 1848 die Kapitulation dem entschlossenen Zugriff vorgezogen. Es verblieb nur ein kleiner Rest, dessen Wortführer und von Bismarck mehr als die Sozialdemokraten gefürchteter Gegenspieler ein früh verstorbener Jude aus dem Osten des Reiches wurde: Eduard Lasker.

Seine Nachfolger hatten Namen wie Albert Einstein, Samuel Fischer, Else Lasker-Schüler, Siegfried Jacobsohn, Walther Rathenau, Kurt Tucholsky, Kurt Hiller, Hans Mayer, Ossip K. Flechtheim ... Sprößlinge des assimilierten deutsch-jüdischen Bürgertums. Das hatte etwas, was das deutsch-christliche Bürgertum nicht hatte: die Erfahrung einer bestandenen Emanzipation – vom Ghettojuden zum selbstbewußten Bürger.

In diesem Punkt stand das deutsch-jüdische Bürgertum dem französischen Citoyen näher als dem deutsch-christlich-(klein-)bürgerlichen Untertan. Mit seiner Austreibung ins Exil und seiner Ermordung in Auschwitz und anderswo wurde ein wichtiger Quell für Kultur und Geist in Deutschland dauerhaft zugeschüttet.

Nach dem Untergang von Arbeiterbewegung und liberalem Bürgertum geriet Deutschland zum Land der Mediokren, auf das aber bis 1990 die Sieger des Zweiten Weltkriegs aufpaßten. Seitdem haben wir hier nur noch Aufstieg erlebt – zum Hindukusch und im Har(t)z. Gelernt haben wir nichts, aber das mit aller Kraft.

JÖRN SCHÜTRUMPF

GÜNTER WIRTH

Die Ästhetik des Widerstands

Beobachtungen bei der »postsozialistischen« Lektüre

Verblaßter Mythos oder Steinbruch?

Zum 80. Geburtstag von Peter Weiss am 8. November 1996 schrieb Ernst Schumacher, der noch im Spätherbst 1989 die Aufführung der »Mittagswende« des französischen katholischen Dichters Paul Claudel im Deutschen Theater als Verrat am realistischen Theater Wolfgang Langhoffs und Wolfgang Heinz' bezeichnet hatte, in der »Berliner Zeitung«, die »Ästhetik des Widerstands«¹ habe den »Charakter eines Mythos« angenommen, »der verblaßt ist und in absehbarer Zeit nicht wiederbelebbar ist«. Und pointiert fügte er hinzu: »Der Utopist Peter Weiss hat sich in ein Literaturgespenst verwandelt.« So titelte denn auch das Feuilleton der »Berliner Zeitung« seinen Aufsatz.²

Ein reichliches Jahr später, am 13./14. Dezember 1997, suchte Volker Braun an gleicher Stelle nach einem »Ort für Peter Weiss« (so offenbar formuliert im Anklang an jene Bemerkung, die Peter Weiss nach seinem Besuch in Auschwitz gemacht hatte, dies sei »die Ortschaft« gewesen, »für die ich bestimmt war und der ich entkam«). Kernstück dieses zwei Seiten langen Textes, der ursprünglich für einen Vortrag bei den Berliner Festtagen bestimmt war, ist zunächst diese Beobachtung:

»Wenn ›Die Ästhetik des Widerstands‹ von Revolution handelt, dann von der *doppelten, der wachen und der geträumten*. Überhaupt scheint mir, daß die Präzision der historischen Verhöre, im Hades von Plötzensee bis Pergamon, weniger auf einen politischen als einen traumatischen Antrieb weist: die Spaltung, das Scheitern der Arbeiterbewegung, deren Niederlage fortlebt.«

Und dann kommt bei Braun die für mich entscheidende und nebenbei Schumacher dementierende Feststellung: »Ich habe die Ästhetik des Widerstands immer als Steinbruch betrachtet, als immenses Material für andere Generationen.«

In anderen Worten heißt das: Während Schumacher Peter Weiss und sein singuläres Werk als relevant nur im Bezug auf den real existierenden Sozialismus sieht, so oder so, affirmativ, kritisch oder gegenstandslos, hat dieses Werk für Braun übergreifende Bedeutung, und gerade nach dem Scheitern des realen Sozialismus entdeckt er in ihm einen weiten »Radius, den er um ein Geschehnis zog, mit dem er vordrang zu einem *unbequemen Überblick*«.

Wenn Volker Braun in solchem Zusammenhang die Metapher des »Steinbruchs« ins Spiel bringt, ergibt sich nolens volens die Frage: Bleibt der Steinbruch gleichsam unberührt, »links« liegen, oder soll man daran gehen, aus ihm Steine herauszuberechnen, die womöglich

Günter Wirth – Jg. 1929, Publizist. 1973-1990 Chefredakteur beziehungsweise Herausgeber der evangelischen Monatszeitschrift STANDPUNKT; 1985-1993 Honorarprofessor für Neue und Neuere Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; bis September 1990 Leiter der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe des Vorsitzenden der DDR-CDU, Lothar de Maizière. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Kurella und die Wartburgtagung, Heft 206 (Dezember 2007).

1 Die Zitierung aus der »Ästhetik des Widerstands« folgt im Text mit Angabe der Bände und Seiten der dreibändigen Ausgabe des Henschelverlags, Berlin 1983. Der Vertrieb dieser Ausgabe erfolgte zu einem offenbar großen Teil außerhalb des öffentlichen Buchhandels – ich bekam sie im Büro des Präsidiums des Kulturbundes.

2 Im Kontrast hierzu: Der führende Literatur- und Theaterkritiker der Presse der DDR-CDU, Helmut Ullrich, der in DDR-Zeiten eigenständig formulierte, fern des sozialistischen Pathos, schrieb in der »Neuen Zeit« vom 7. November 1991 über die damals erschienene sechsbändige Werk-

ausgabe von Peter Weiss u. a.: »Ein weitgespanntes, ein immer noch nicht ausgeschöpftes, ein ebenso geschlossenes wie offenes Werk... Man wird ›Die Ästhetik des Widerstands‹ nunmehr, nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems, ... erneut und unter neuen Aspekten zu lesen haben, als ein Opus des Scheiterns und der Größe, des Irrtums und der Ehrlichkeit ... Man wird sich mit Peter Weiss immer wieder neu beschäftigen müssen.«

3 Analog entwickelt Ekkehart Krippendorff seine Überlegungen zur »Wiedergeburt Europas«, dessen Mythen nacherzählend und dessen kulturelles Erbe aufbereitend: Die »in mythische Dimensionen zurückreichende Friedensvision« Europas sei eine solche, »deren realer Kern und deren geistige Substanz nicht durch die herrschaftliche Politik, sondern trotz dieser und sogar weitgehend im *Widerstand* (von mir hervorgehoben, G. W.) gegen Macht- und Realpolitik entstanden ist: die Perspektive von Europa *als kulturelle Gestalt*« (von mir hervorgehoben, G. W.). Ekkehart Krippendorff: Die Wiedergeburt Europas – aber aus welchem Geiste?, in: UTOPIE kreativ, Heft 201/202 (Juli/August 2007), S. 597.

zu Mark- oder Ecksteinen werden könnten bei der Suche nach Wegen, das »Scheitern« zu verstehen, es zu bewältigen und Ansätze für eine Neuorientierung ausfindig zu machen.

Auf einen solchen Eckstein (er braucht vielleicht gar nicht herausgehauen zu werden, er liegt womöglich schon bereit) wird man allein schon vom Titel dieses Werks gewiesen: »Die Ästhetik des Widerstands«, denn es wird wohl nicht zu übersehen sein, daß das politische Element des »Widerstands« als abhängiger Genitiv zum dominanten Nominativ »Ästhetik« gehört.

»Die Ästhetik« als Instanz ...

In einer bemerkenswerten Rezension zum Erscheinen der »Ästhetik des Widerstands« als Hörbuch (übrigens ein besonders deutliches unter den vielen inzwischen zu registrieren gewesenen Dementis zu Schumachers »Gespenster«-Fiktion) hat Dietmar Dath in der F. A. Z. vom 21. April 2007 geschrieben: »Man muß dem Scheitern eine Schönheit abtrotzen, die nicht von der Niederlage herrührt, sondern von der Kraft der Scheiternden, noch im Niederstürzen nicht vom eigenen Unrechtsempfinden lassen zu wollen. Der historische Materialismus braucht seine frommen Unbeweisbarkeiten so nötig wie der Idealismus; die in der ›Ästhetik des Widerstands‹ formulierte behauptet, es gäbe eine Instanz außerhalb der Geschichte, die deren Akten für eine Berufungsverhandlung verwahrt und ein kontrafaktisches Urteilen gestattet: Unsere war die Verliererseite, aber die richtige.«

Tatsächlich ist in meiner Sicht richtig, wenn mit Blick auf den Nominativ »Ästhetik« eine Instanz außerhalb der Geschichte identifiziert wird – allerdings mit einer gewichtigen Einschränkung: außerhalb der Zeitgeschichte, der geschichtlichen Gegenwart, der zeitgenössischen politischen, geistigen und religiösen Auseinandersetzungen. Denn »Ästhetik« ist doch für Peter Weiss mehr als ein Kategoriensystem der »Schönheit«, der sozusagen autonomen künstlerischen Werke. Ästhetik ist für ihn das in künstlerischen Werken investierte und dort aufbewahrte Gesamt humaner Werte aus allen Epochen der Menschheitsgeschichte, der Antike (Pergamonaltar), des ostasiatisch-buddhistischen Kulturkreises (Anchor Wat), des Mittelalters (Dantes »Göttliche Komödie«, Totentanz in der Berliner Marienkirche), des Übergangs vom Mittelalter zur Neuzeit (Cervantes' »Don Quijote«, Dürers »Melencolia«, Brueghels Schilderungen des Bauernlebens), der Neuzeit (Schillers »Wilhelm Tell«, Géricaults »Floß der Medusa« mit weiteren Anspielungen auf die französische Malerei sowie van Gogh) bis hin zur seinerzeitigen Gegenwart (Kafkas »Schloß«, das übrigens Brueghels Gemälden zugeordnet wird, Picassos »Guernica«, ein anonymes Wandgemälde an der spanischen Front, Majakowski, vor allem aber Brechts ästhetisch-politisches Laboratorium im schwedischen Exil, fokussiert auf ein geplantes, dann aber nicht ausgeführtes Projekt über den Volksaufstand in Schweden unter Engelbrekt im 15. Jahrhundert).³

Auffällig ist, daß Musik in dieser »Ästhetik des Widerstands« keinen Platz findet, von gelegentlichen marginalen Erwähnungen von Strawinsky oder Schönberg (I, 79) und von Wagner und Beethoven (I, 257) sowie Mahler (II, 326) abgesehen, und daß Weiss das jü-

disch-christliche Erbe weitgehend ausblendet. Allein die Kathedrale von Barcelona ist Anlaß für ihn und seinen Genossen Ayschmann zu Meditationen: Dieses Werk sei vielleicht nicht zu Ende geführt worden, »weil der kirchliche und religiöse Anlaß des Bauens schon jeden Sinn verloren hatte, rings um eine entleerte Idee war diese Andachtsstätte errichtet worden, und deshalb konnte solch ein Dom nur unvollendet bleiben, konnte nur weiterleben als Bruchstück ...« (I, 197).⁴

...für den Charakter des Widerstands

Das in diesen künstlerischen Werken, in ihrer »Ästhetik« Investierte und Aufbewahrte – es wird zur Inspiration des »Widerstands«, zu seiner ethischen und geistigen Normierung. Hiervon sind die teilweise zu Exkursen ausufernden, aber in dem kollektiven Gespräch des Hauptprotagonisten des Romans mit seinen Genossen aufgefangenen Analysen dieser künstlerischen Werke geprägt, und es fallen dabei auch kräftig charakterisierende Vokabeln zum Inhalt, zum Charakter des »Widerstands«.

Am Pergamonaltar etwa werden »in den knienden vertierten Wesen« die identifiziert, die »in Grobschlächtigkeit, Erniedrigung und Geschundenheit« einer »kleinen Schicht von Begünstigten und der Elite des Geistes die notwendige Muße« zu schaffen hatten. »Daß die Darstellung des Götterflugs und der Vernichtung andrängender Gefahr nicht den Kampf des Guten gegen das Böse zum Ausdruck brachte, sondern den Kampf zwischen den Klassen, wurde nicht nur in unsrer heutigen Betrachtung, sondern vielleicht auch schon von manchem geheimen Blick damaliger Leibeigener erkannt« (I, 13).

Oder Brueghel: Von ihm wird aus einem seiner Bilder das »friedliche Dorf« beschrieben, in das plötzlich »einer, in eiserner Rüstung, über die niedrige Brücke geritten« kam, »begleitet vom Knappen, erstarrt stand eine Frau an der Haustür ..., mit ihrem Säugling eilte ein Soldat fort«. Und: »Von diesem Fluchtpunkt aus erweiterte sich das Geschehnis zum Massenmord, zusammengedrängt stand die gewappnete Reiterei, jedem Fliehenden den Weg versperrend, ... in schrecklicher Anschaulichkeit wurden die Kinder den Eltern entrissen, ... von Schwertern, von Speißen durchbohrt ... Was sich abspielte zwischen den Bewohnern und den Söldnern, die ihresgleichen waren, die nur, wie immer, den Befehl ihrer Oberen ausführten, war nicht zu ertragen« (I, 174).

Beim Blick auf Kafkas »Schloß« fällt dem Erzähler der »aufgezwungne Abstand zwischen ihrer *der Dorfbewohner* Welt und der Welt der Herren« (I, 175) auf, dieses »Gesetz der Unzugänglichkeit für das Schloß« (ebenda).

In Picassos »Guernica« werden – jenseits des anklägerischen Impetus gegen das faschistische Kriegsverbrechen – »Dimensionen« der Katastrophe, »die wir noch nicht zu fassen vermochten«, entdeckt. »Mit ihren roh geschnitten Bestandteilen bot die große Komposition einen ersten, schnell zu erfassenden Überblick. Nichts konnte hier seinen Standort wechseln, alle Relationen waren in starker Vereinfachung gegeben. Doch indem das Abgebildete begreifbar wurde und auf die Kräfte hinwies, die es hervorgerufen hatten, zeigte es unsre eigne Lage, in der die Parteilichkeit den äußeren Zu-

4 An Gaudís immer noch unvollendeter Kathedrale Sagrada Familia (Baubeginn achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts) wird weiter gebaut. Vgl. Berliner Zeitung vom 14. Juni 2007.

sammenhalt gab, während im Innern die Zerwürfnisse, Zweifel, Hilflosigkeiten und Ängste stattfanden« (I, 339).

In Stahlmanns Erinnerungen an Anchor wird lebendig, was sich 1177 zwischen den einfallenden Chans und den Khmer ereignete, gespiegelt in den gewaltigen Anlagen der ausgestorbenen Stadt. »Auf ihren Felstürmen, erzogen zur Jenseitigkeit, lächelten die Gott-haften *königlichen Herrscher* zur Lebenszeit schon als Tote, ihre Untertanen jedoch hatten gelebt, ein jeder für sich, gemeinsam waren sie dem Tod entgegengegangen, hatten im Gleichschritt das Knie angehoben, den Fuß vorgesetzt. Die geheiligten Despoten hatten von Anfang an den Tod überwunden, die Unzähligen, deren Fäuste sich um den Schwertgriff, den Lanzenschaft ballten, hatten, in erhitzter Körperlichkeit, den Tod vor sich, wie ihre Herzen schlugen die Ruderer ... den Takt des Todes« (III, 106).

Géricaults »Floß der Medusa« erinnert einerseits an das frühe Ausgreifen europäischer Märkte »in die von den Jahrhunderten des Sklavenhandels erschütterte schwarze Kultur« (II, 30), andererseits an die Rücksichtslosigkeit der Hierarchie auf der »Medusa« nach deren von ihr verschuldetem Untergang vor der Küste Westafrikas gegenüber Teilen der Mannschaft, die ohne Sicherung auf einem Floß ihrem Schicksal ausgeliefert wird, und tatsächlich überlebten nur wenige, darunter ein »Schwarzer«. Als 1991 zum 200. Geburtstag Géricaults im Pariser Grand Palais eine große Ausstellung stattfand, veröffentlichte die F. A. Z. vom 23. November 1991 einen ganzseitigen Aufsatz von Werner Spies, dem Freund Picassos. An zentraler Stelle dieses Aufsatzes hält er mit Blick auf diese Rettung fest, sie bleibe »im Bild Illusion«, und er fügt – ein neuerliches Dementi Schumachers – hinzu, das heiße in den Worten von Peter Weiss »in einem zentralen Kapitel seiner ›Ästhetik des Widerstands‹: ›... in einer Zukunft lag sie, weit weg von der Welt, in der die Zuschauer sich befanden. Aus der vereinzelt Katastrophe war das Sinnbild eines Lebenszustands geworden.«

Verschränkung

Es ist nun hinsichtlich der Würdigung dieses Werks zu beachten, daß sich die im Gesamtstrom des Erzählens nicht (oder nur selten) selbstständigenden ästhetischen Analysen mit zeitgenössischen Ereignissen und mit geschichtlichen Exkursen verschränken. Offensichtlich ist solche Verschränkung ein konstitutives Stilmittel des Verfassers. Man vergegenwärtige sich nur noch einmal den Übergang vom Pergamonaltar-Kapitel zum böhmischen oder – um noch ein Beispiel zu geben – den Zusammenhang einer kleinen Tafel des französischen Malers Meissonier mit dem Kriegsbeginn 1939. Diese Tafel »nahm plötzlich mehr Raum in mir ein als Géricaults Gemälde, es enthielt wenig von Auseinandersetzungen mit einer ganzen Epoche, wollte nicht alle Fragwürdigkeiten und Komplexe, die mit dem schöpferischen Prozeß zusammenhängen, aufrollen, es war nur da, ... als ein Zeichen, einmal geprägt von Sasseta, der von Dreizehnhundert Zweiundneunzig bis Vierzehnhundert Fünfzig in Siena lebte. Ich konnte noch nicht definieren, was das Bild in mir angerührt hatte, aber es hatte zu tun mit der Einfachheit des Ausdrucks, der Frische und Direktheit der Vision, der Verbindung aus Gegenständlichkeit

und Abstraktheit ... Rückwärts gewandt ... entfernte ich mich ..., *wir wurden hinausgeworfen in die Mobilisierung, in die Erwartung des Kriegs*« (II, 42 – Hervorhebung von mir, G. W.).

Es ist dieses ästhetische Gesamt an humanem Erbe, aus dem – von den Kontingenzen des gesellschaftlichen und individuellen Lebens diktiert – notwendigerweise selektiv (wie bei Weiss) Impulse und Normen aufgenommen werden, die zum Widerstand gegen alle strukturellen Formen und spontanen Erscheinungen der Menschenfeindschaft, der Barbarei, der Versklavung, der Unterdrückung, der Ausbeutung, des Krieges führen und womöglich zur Orientierung auf neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Utopisches Potential

Hier zeigt sich freilich, daß das von den Konstellationen der dreißiger und vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts bestimmte und daher, wiederum notwendigerweise, den antifaschistischen Widerstand favorisierende Werk von Peter Weiss an eine Grenze stößt. Es ist doch der vom Bürgertum herkommende Schriftsteller, der zwar genau weiß, gegen wen und was der Widerstand sich richten muß, und der übrigens auch genau die ebenfalls zum Widerstand herausfordernden Erscheinungen des realen Sozialismus erkennt, ohne für eine neue Gesellschaft selber mehr als visionäre, als utopische Vorstellungen zu haben. Sonst hätte »Die Ästhetik ...« einen anderen Genitiv erhalten.

So etwa fiel oft genug die Reaktion auf »Die Ästhetik des Widerstands« in den achtziger Jahren in der DDR aus (ganz abgesehen von den auf die damals ebenso interessiert wie mit Vorbehalt aufgenommenen, in der DDR tabuisierten Passagen über die Moskauer Prozesse und andere Erscheinungen in der internationalen Arbeiterbewegung). Dabei war doch gerade der Rückgriff auf das utopische Potential⁵ (die eminente Wirkung Ernst Blochs ging nicht zuletzt von ihm aus) ein mögliches Element der je notwendigen Erneuerung der sozialistischen Bewegung, ohne die sie erstarren mußte. Es ist sicher der bewegende Abschiedsbrief Heilmanns aus Plötzensee, an dem dies abzulesen ist:

»Es war nicht Keuschheit oder religiöse Neigung, wie ihr sie mir einst vorgeworfen habt, es war immer nur das andre Verlangen, das mich überwältigte, das Verlangen, mitzuarbeiten an den Grundlagen, an den Grundlagen des Gemeinwesens der Gerechtigkeit. Ich kann es nicht anders ausdrücken. Ich weiß jetzt nicht einmal, wie diese Ordnung aussehn solle, vielleicht bin ich immer noch irgendwo bei Fournier [Fourier?], Louis Blanc, Blanqui, auch wenn ich mit meiner Arbeit so weit wie überhaupt nur möglich vorgeschoben im Gegenwartigen saß« (III, 208).

Auf diese und andere Utopisten kommt Weiss mehrfach zurück, so II, 264 und II, 294, wo aus der Sicht schwedischer linker Sozialisten um 1920 so formuliert wird:

»Mit dem Aufkommen einer streng disziplinierten, hierarchisch gebauten Partei war Denkern wie Babeuf, Buonarotti, Owen, Blanc, Cabet die Wissenschaftlichkeit abgesprochen worden, sie wurden höchstens als Impulsgeber anerkannt, im übrigen zu Schwärmern, Phantasten erklärt. Für uns waren ihre Utopien immer noch etwas

5 In der Vorlesung zur Eröffnung des Studienjahres 1989/90 an der Sektion Theologie der Humboldt-Universität zu Berlin am 18. September 1989 (veröffentlicht in der »Neuen Zeit« vom 18. Oktober 1989 unter der Überschrift »Menschenbild ist bestimmt von je eigener Weltanschauung«) habe ich am Schluß ausgeführt: »Wenn die Machtfrage gelöst ist, könnten ja auch tatsächlich alle in Vollmacht so handeln: im Alltag Leistungen in der produktiven und schöpferischen Arbeit für das Ganze gemäß den Konsequenzen des wissenschaftlichen Sozialismus erbringen und in dieses Ganze die Werte, Ideale und Normen einer menschlichen Gemeinschaft einbringen, die heute vielleicht Züge des Utopischen aufweist, morgen aber – wenn wir nur wollen, wenn wir nur *gemeinsam* wollen – Wirklichkeit sein kann. Und es könnte dies weiter bedeuten: der von der Utopie zur Wissenschaft gewordene Sozialismus, der seinerseits durch gesellschaftliche Kräfte, durch Menschen, unter bestimmten historischen Umständen zur Wirklichkeit, zur sozialen Praxis geworden ist, erfordert in eben der Praxis, die es mit Menschen als gesellschaftlich, als von der Wissenschaft definierten Wesen und die es gleichzeitig mit Menschen als einzelnen, als Individualitäten zu tun hat, einen Rückgriff auf das Utopische, der zum sittlichen und geistigen Stimulator des wissenschaftlichen Sozialismus geworden war.«

6 Eine Projektgruppe an der Friedrich-Schiller-Universität Jena hat sich nach dem Erscheinen der »Ästhetik des Widerstands« immer wieder mit diesem Werk beschäftigt. In einem Beitrag aus dieser Gruppe junger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen und Studierender schreibt Dieter Strützel etwa: »So unbestreitbar die Bedeutung der ungebrochenen sozialistischen Perspektive für die AdW ist, so auffällig die Unterbelichtung dieser Komponente in der bisherigen Rezeption, so drängend auch die Frage an uns Zeitgenossen, ob wir dieses Insistieren auf eine sozialistische Perspektive zu jenen Elementen rechnen, die von der Zeit überholt sind, die bei dem notwendigen Neuentwerfen, beim Schreiben des ›vierten Bandes‹ der AdW durch die Rezeption aufzugeben wären. Oder aber ob wir gerade in dieser ungebrochenen sozialistischen Perspektive ein Element jener künstlerischen Vorbildungen der AdW sehen, die wir als neue Realität aufnehmen und durch ihre praktische Entfaltung in eine neue historische Epoche überführen wollen. Unsere Antworten auf diese Frage hängen davon ab, welche Perspektiven wir der sozialistischen Bewegung in der heutigen Welt einräumen. Zu fragen ist, welche Bestätigungen, welche Infragestellungen, welche neuen Realitäten wir aus der AdW für diese unsere Überzeugungen und Überlegungen gewinnen können.« Nach: Deutsche Volkszeitung, Düsseldorf, 47/1988.

Erstrebenswertes, ergänzt durch neue ökonomische Erkenntnisse ließen sie sich einschmelzen in ein gesellschaftliches Bild, das unsern Anschauungen und den Traditionen im Land besser entsprach als das autoritäre Muster, dem wir uns fügen sollten.«

Es ist dieses utopische Potential, das komplementär zu den ökonomischen Erkenntnissen und zu den aus der »Ästhetik« gewonnenen Einsichten und zu der von ihr geprägten Lebenshaltung wirksam werden muß, was recht eigentlich die Voraussetzung dafür ist, wenn ein erfolgreicher Kampf um ein neu geordnetes gesellschaftliches Leben eine Perspektive haben soll: Es geht nämlich »um die Veränderung des Menschen und seiner ganzen Lebensbedingungen, und eine solche Veränderung konnte nur gelingen, wenn sie im Bewußtsein eines jeden vollzogen wurde« (I, 223). Das aber hieß – und letztlich ging von hier die faszinierende Wirkung von Weiss' Werk auf die Intellektuellen in der DDR aus –, daß Sozialismus ohne die »Kulturrevolution« (III, 117) im Sinne der universalen Aufnahme des Erbes der ganzen Menschheit und ohne die Formung des Individuums, ohne individuelle ethische Normen nicht denkbar, geschweige denn realisierbar sei.⁶

Einmaligkeit des (individuellen) Lebens

Wiederum ist es das Heilmann-Testament, in dem diese qualifizierte weltanschauliche Position markiert wird. Einerseits geschieht dies in der (ja schon im Blick auf die Boye-Abschnitte und die der Mutter des Ich-Erzählers greifbar gewordenen) Aufdeckung der seelischen, der Traum-Welt, die für die »Ästhetik des Widerstands« – Volker Braun hatte es signalisiert – ebenso charakteristisch ist wie andererseits das weit gespannte Ausgreifen in die Welt (gerade auch die »Dritte Welt«) der geschichtlichen Kämpfe, der Nöte der Ausgebeuteten, der Schöpferkraft:

»Sehnen wir uns nach dem Schlaf im Mutterleib, sehnen wir uns auch nach dem Tod, denn als Ungeborne gehören wir noch unmittelbar dem Kreislauf an, der auch den Tod enthält. Draußen dann verlieren wir das Verständnis für das Vorher und Nachher, wir sind nur Hier, und verwunderlich ist es nicht, daß manch einer sich hier austoben will. Ich bin immer für die Beziehungen gewesen zu denen, die vor uns gelebt und gewirkt haben... Indem wir offen sind für die Vergangnen, würdigen wir auch die, die nach uns kommen« (III, 213).

Das aber heißt, daß in solcher Sicht ein »anderer Zeitbegriff« existiert, »der alles Vorherige und Folgende umfaßt, und in dessen großen Ablauf sich die winzige Spanne unsres Lebens einfügt« (III, 209). Das Gesamt also, von dem wir ausgingen, *und* das Individuum, die Kategorie des Einzelnen, in Heilmanns Testament formuliert als »die Erkenntnis ... von der Einmaligkeit des Lebens, einer Einmaligkeit, die noch stärker wird, wenn sie sich mit einem andren Leben konfrontiert« (III, 212), sie recht eigentlich definieren »die Ästhetik« als Instanz.

Ohne die Respektierung dieser (im Werk von Peter Weiss noch differenzierter entwickelten) Einsichten und Postulate verfehlt man die eigentliche Botschaft der »Ästhetik des Widerstands«, damit aber auch ihre Bedeutung für eine Neuorientierung sozialistischer Politik.

Mit Gerhard Scholz im »Steinbruch«

Der Hinweis auf die bürgerliche Herkunft von Peter Weiss könnte uns helfen, bei der Suche nach weiteren »Steinen« aus diesem »Steinbruch« fündig zu werden, und da böte sich an, auf das Angebot des in der »Ästhetik des Widerstands« unter den nach Schweden emigrierten sozialistischen Intellektuellen erwähnten Gerhard Scholz zurückzugreifen. Der Berliner Germanist hatte 1960 anlässlich der Veranstaltungen zum Jubiläum der Humboldt-Universität (1810-1960), übrigens zentral am Beispiel eines Werks von Strindberg, vor allem diese ästhetischen Kategorien eines kritischen Realismus herausgearbeitet: Selbstgericht des Bürgers, Gericht über die Zeit, Wiederkehr der Toten, Sezession, Assoziation.⁷

Mit dem »Selbstgericht des Bürgers« haben wir sogleich einen ersten Stein. Denn als ein solches Selbstgericht erscheint die Gesamtanlage dieses Werks, dieser »Wunschbiographie« des Peter Weiss, der gleichsam eine Mutation durchmacht und sich in der »Ästhetik des Widerstands« als wendender proletarischer Schriftsteller selber porträtiert und der beschreibt, wie er sich zuerst in der Solidarität mit seinen Berliner Genossen, dann via ČSR als Interbrigadist in Spanien, schließlich als Emigrant in Frankreich und Schweden bewährt und dessen Erlebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse in dieses Werk einströmen. Was die Erkenntnisse angeht, handelt es sich (»Ästhetik«!) um subtile und differenzierte in der Kunst- und Literaturgeschichte, um präzise in der Historiographie unterschiedlicher Perioden (griechische und römische Antike, ostasiatische Kulturgeschichte, schwedisches Mittelalter, internationale, zumal deutsche, russische und schwedische Arbeiterbewegung, ganz zu schweigen von der Analyse der unterschiedlichen Strömungen in der spanischen republikanischen Bewegung und in der französischen Volksfront). Vor allem aber ist es die klandestine Topographie des antifaschistischen Widerstands, der Peter Weiss umfassende Studien gewidmet und in den Strom seines Erzählens eingeordnet hat.

Auch die Suche nach dem »Stein«, auf dem »Gericht über die Zeit« steht, fällt nicht schwer. Schließlich ist hinter all den Einzelstudien und -biographien, die das Werk von Peter Weiss zu einem Universum machen, die doppelte Richtung seines parteilichen Urteils klar erkennbar – die des unerbittlichen Kampfes gegen alle Erscheinungsformen von Faschismus und Imperialismus, aber auch die Sorge um die Sache des Sozialismus angesichts seiner Verzerrungen in der sowjetischen Realität und hinter der Front im republikanischen Spanien wie unter den Kommunisten in der schwedischen und französischen Emigration (Münzenberg!). Gericht über die Zeit...

Analoges gilt für jenen »Stein«, auf dem die Inschrift »Wiederkehr der Toten«⁸ zu erkennen ist, übrigens auch im Zusammenhang damit, daß Peter Weiss immer wieder an Entwürfen einer neuen »Göttlichen Komödie« gearbeitet hat. Tatsächlich könnte man die »Ästhetik des Widerstands« als eine Sammlung von Märtyrergeschichten bezeichnen, von Märtyrern unter den »Ketzern« des realen Sozialismus, ohne daß – aus den verschiedenen geschichtlichen Epochen – die Opfer der jeweiligen Hierarchien, die Opfer der Ausbeutung und der Kriege außen vor blieben. Auffällig wiederum ist dabei, daß der Shoah eher marginal Beachtung geschenkt wird. Bewegend aller-

7 Gerhard Scholz: Die Friedensfrage nach 1870/71 in vergleichender literarhistorischer Beleuchtung. Unter besonderer Berücksichtigung von Strindbergs »Friedensnovelle«, in: Hans Kaufmann und Hans-Günther Thalheim (Hg.): Frieden, Krieg, Militarismus im kritischen und sozialistischen Realismus, Berlin 1961, S. 21 ff. Dort u. a.: »*Gericht* eines preußischen Offiziers *gegen sich selbst* ... ein Gericht, das im weiteren Zusammenhang des Problemaufbaus zu einem *Gerichtsverfahren gegen die Gesellschaft*« (von mir hervorgehoben, G. W.) wird, S. 24; »Selbstgericht«, S. 39; »Sezession«, S. 34 und S. 46, oder »Ausgliederung«, S. 28; »Friedensassoziation«, S. 39. Vgl. hierzu auch Günter Wirth: Heinrich Böll, Berlin 1969, S. 224 ff., wo aus der Studie meines Lehrers Gerhard Scholz sowie aus Vorlesungsnachschriften (insbesondere zur »Wiederkehr der Toten«) diese Topoi herausgearbeitet und auf Bölls Prosaarbeiten bezogen worden sind. In dem Aufsatz geht Scholz nicht nur ausführlich auf Strindberg ein, sondern – neben Ibsen und Brandes – auch auf Hjalmar Branting (S. 52 f.). Zuletzt: Prof. Dr. Horst Haase u. a.: Gerhard Scholz und sein Kreis. Zum 100. Geburtstag des Mitbegründers der Literaturwissenschaft der DDR. Beiträge eines Kolloquiums (Pankower Vorträge Heft 63), »Helle Panke« e.V. 2004.

8 Charakteristisch für Peter Weiss sein Aufsatz »Es leben die Toten!«, in: Die Zeit, Hamburg, vom 21. Mai 1982.

9 Aus einem Aufsatz von Magnus Bergh in der F. A. Z. vom 4. März 2000: »Von den Bildern, Ideenbruchstücken und Entwürfen zur ›Ästhetik des Widerstands‹ in den ›Notizbüchern‹ erscheinen die, die das Thema von der Familie, der verlorenen Liebe und schöpferischen Wiedervereinigung aktualisieren, besonders inspiriert. Folgendermaßen sieht eine alternative Fortsetzung des Traums von der Mutter und der ›Kristallnacht‹ in einem Entwurf vom Februar 1976 aus: ›... meine Mutter war verschwunden, eine schreckliche Ungewißheit kam auf, wo ich sie verloren haben mochte, in Hamburg konnte es nicht gewesen sein, denn wir waren längst abgefahren aus Hamburg, ich suchte in andern Städten nach ihr, eben noch war ich durch eine Gasse gegangen, die sich in Paris befand, jüdische Schriftzeichen waren auf die Ladenfenster gemalt, Männer im Kaftan, mit breitrandigem Hut und Ohrlocken, kamen vorüber, mit Katz ging ich durch diese Gasse, es war die Rue des Rosiers, in der Nähe der Synagoge, aber das war vor dem Tag in Hamburg, das war früher gewesen, obgleich ich älter gewesen war, gab es das überhaupt, älter sein, jünger sein, konnte ich je etwas anderes sein als einen Augenblick alt, oder eine Unendlichkeit alt, wir hatten vor den Schaufenstern voll kabbalistischer Bücher und Bildtafeln gestanden, Katz hatte gefragt, was es denn nun für eine Bewandnis gehabt habe mit dem, wofür wir nie Zeit gehabt, worüber wir nie gesprochen hätten, und ich sagte, daß höchstens im Sommer, an einem Sonntag, daran gedacht werden

dings die Schilderung der Fiebernacht im Schloß La Brévière kurz vor der Ausreise nach Schweden. Im Traum (wiederum charakteristischerweise im Traum) sieht er sich und seine Mutter durch Hamburg gehen, doch er hat das Gefühl, daß etwas nicht stimmte: »... ich wußte nicht, wo meine Mutter verblieben war, eben noch hatte sie mich an der Hand gehalten, ... eine schreckliche Ungewißheit kam auf, wo ich sie verloren haben mochte, vielleicht war sie verschleppt worden, ich hörte nur ein Geschrei und Jammern, Menschen eilten vorbei, es klirrte, als wären Scheiben zertrümmert worden, die Menge trieb eine Frau vor sich her, man hatte ihr ein Schild um den Hals gehängt, mit der Aufschrift Jidd, in jüdischen Lettern, vielleicht war es meine Mutter, ich schlug mich durch das Gedränge, doch die Frau war nicht mehr zu sehn...« (II, 78). Das Trauma der »Kristallnacht«.⁹

Jetzt treffen wir auf einen ziemlich kleinen »Stein«, der so gar nicht ins Gefüge paßt: Sezession aus der Front der reaktionären Bourgeoisie – sie ist ja gewissermaßen die Voraussetzung des ganzen Werks, wie denn (I, 270 f.) hervorgehoben wird, daß der »Entwicklungsgang« desjenigen, »der seine Klasse zu verneinen hat, schwerer *ist* als der Weg jener, die ihre Klasse, als die progressive, bejahen können«. Gerade aber angesichts solcher »Abtrünnigkeit« konnten jene, die »mit ihrer Klasse gebrochen haben«, »manchmal mehr leisten« als die andern in ihrer »Zusammengehörigkeit«. Letztlich ist Sezession in der »Ästhetik des Widerstands« Ereignis nur noch bei der Porträtierung der Protagonisten der »Roten Kapelle«, dort freilich sehr eindrücklich, insbesondere im Blick auf Arvid Harnack, dem beachtliche Zeugnisse zugunsten des Bildungsbürgertums zugeordnet werden: »Gelehrter war mein Vater,¹⁰ bürgerlicher Gelehrter, aber keiner, der sich den Obrigkeiten beugte. Die Kultur, die er mir brachte, war eine bürgerliche, an mir lag es dann, diese Kultur mit einer andern Kultur, der Kultur der Arbeiterklasse, zu verbinden« (III, 198). Angesichts des Schicksals dieser »Sezessionisten« mag die Hervorhebung mancher ihrer Schwankungen etwas überproportioniert erscheinen.

»Assoziation« und Bündnis

Schließlich: Assoziation. Hierzu bedarf es intensiverer Arbeit im »Steinbruch«, und letztlich sind es zwei »Steine«, die gefunden werden. Der eine hat es mit der Erneuerung der »Assoziation« zu tun, wie »die Partei« in den klassischen Dokumenten zunächst bezeichnet wird.¹¹ »Mußte nicht erst die Grundlage für eine neue Partei geschaffen, mit den frühern Irrtümern aufgeräumt und auf alles verzichtet werden, was außerhalb der Überprüfung des Erreichten und Erreichbaren lag« (III, 52). So läßt Peter Weiss Herbert Wehner im Stockholmer Exil die Nachkriegsperspektive eröffnen.

Das *alter ego* von Peter Weiss, der Ich-Erzähler, sieht analog in der Partei nicht »etwas Vollkommenes«, sondern »vor allem einen Entwurf, an dessen Entwicklung es unablässlich zu arbeiten galt« (III, 98 f.). Und Heilmann hält mit Bischoff »das Streben und den eingeschlagenen Weg« für wertvoller »als die Erreichung des Ziels« (III, 177). Daß begangene Fehler erst zu klären seien, um mögliche neue Fehlentscheidungen vermeiden zu können, ist charakteristi-

scherweise aus der Sicht Rosners, des Stockholmer Statthalters der Komintern, überflüssig (III, 143).

Von ziemlicher Relevanz ist schließlich, daß diese Erscheinungen auch im Instanzbereich des Ästhetischen aufgedeckt werden. Noch in Berlin kommt es zu einer kontroversen Debatte zwischen dem Ich-Erzähler und Coppi auf der einen, Heilmann auf der anderen Seite über die sowjetische Kunst der dreißiger Jahre. Heilmann statuiert, daß Bilder sowjetischer Künstler wohl »Leistungen, Errungenschaften« zeigten, »doch verdecken sie die widerspruchsvollen Prozesse, in denen Neues entsteht«. Inhalt und Form stimmten nicht überein, eine Art »romantischer Nationalismus« atme »Künstlichkeit«. Es »schleicht sich hier ... eine kulturelle Gegenrevolution in unser Gesellschaftsbild ein«, und er fügt hinzu: »Ich würde ... den eindimensionalen Optimismus gelten lassen, wenn er nicht Anspruch auf absolute Gültigkeit stellte, auf eine Vorherrschaft, die jede sonstige Aussage beiseitestößt.« Mit Blick auf die sowjetische Filmkunst und auf die sowjetische Literatur, Kunst und Architektur in der ersten Periode nach der Revolution seien Werke entstanden, »die mit dem Wesen der Revolution übereinstimmten«. Sie aber würden jetzt »verleugnet und verfemt«. Damit seien »diese kühnen mitreißenden Gleichnisse des Aufbruchs ... durch Fertiges« ersetzt worden. Eine »enge Begrenzung der Aufnahmefähigkeit« trat an die Stelle »eines neuen universalen Bewußtseins« (I, 65 f.).

Hier sind einige Züge dessen angeführt, was eine Erneuerung der »Assoziation« nach den Deformationen in der UdSSR und nach dem zeitweiligen Scheitern der internationalen Arbeiterbewegung in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus bestimmen könnte.

Was sich hieraus für die Bündnispolitik der »Assoziation« ergibt, steht auf einem anderen – »Stein«. Weiss läßt sein *alter ego* auf eine gewisse »Selbständigkeit« der Parteien in den befreiten Ländern nach Kriegsende hoffen, ausgehend von »den besondern Klassenverhältnissen und Bündnismöglichkeiten im jeweiligen Land«, auch in einer »Allianz mit allen fortschrittlich Gesinnten ... innerhalb des Bürgertums« (III, 118) – nicht zuletzt auf Grund von Erfahrungen aus den weitgehend gescheiterten Bemühungen um Bündnisse, Einheits- und Volksfronten in den zwanziger und dreißiger Jahren. Es ist diese Problematik, die sich wie ein buchstäblich roter Faden durch das ganze Werk zieht, bezogen auf Deutschland, Spanien, Frankreich, Schweden, aber auch mit Ausblicken auf Bewegungen in den kolonialen Ländern, in Lateinamerika oder Asien.

Trotz der Beschwörung der »Allianz« auch mit Bürgerlichen und trotz der Hervorhebung des Bildungsbürgerlichen bei Harnack ist indes doch auffällig, daß bei Weiss die Bündnispolitik der »Assoziation« eher eng gesehen wird, als Bündnis allein der Arbeiterbewegung und ihrer Parteien. Diese Achillesferse von »Assoziation« und Bürgertum, wie wir sie ja auch aus der »Blockpolitik« in der DDR kennen, ist daher nicht zufällig auch bei Weiss offen gelegt. Mit Blick auf die bürgerlichen Parteien der spanischen republikanischen Bewegung liest man: »Die Hilfe des Bürgertums wurde nur für das Ebnen des Wegs gebraucht, in dessen Verlauf es selbst einmal entmachtet werden würde« (I, 239). Freundlicher wird dagegen der schwedische Sympathisant mit der UdSSR, Baron Aschberg, porträtiert.

konnte, wohin sollten wir denn gehn, niemand von uns hatte ein eignes Zimmer, da im Scheunenviertel, entsann ich mich, ... hatte es einen Ziegenstall gegeben, dorthin, ins Stroh, zog sich vielleicht einer der jungen Arbeiter mit seinem Mädchen zurück. Nein, so habe er es nicht gemeint, sagte Katz. Etwas andres gab es nicht, antwortete ich, auf die Gesetzbücher der Genesis und des Exodus, die Kreise kosmologischer Chiffren, das Pentagramm blinkend, das was du meinst, sagte ich, dafür hatten wir keinen Namen ...« Die Rue des Rosiers, die Straße der Juden in Paris, in der »Ästhetik des Widerstands« nie genannt, aber in kryptischen Wendungen in den »Notizbüchern« zur Sprache gebracht, ist ein verborgenes Zentrum im Pariser Labyrinth des Erzählers. Sie hängt dunkel mit den verdrängten Seiten der »Ästhetik des Widerstands« zusammen – »dem, wofür wir nie Zeit gehabt, worüber wie nie gesprochen hätten«, wofür »wir« keinen Namen und keine Sprache hatten, dem, was für Weiss mit den Eltern, Liebe, Sexualität, Judentum, Schuld und Verlust verbunden ist.« – Gesondert ist auf den Seydlitz-Nyman-Vorgang (III, 118 ff.) mit der Enthüllung der (zumal auch großindustriellen) Pläne zur »Ausrottung der jüdischen Rasse« (III, 123) hinzuweisen.

10 Der Vater Arvid Harnacks war der Literaturhistoriker Otto Harnack, der ältere Bruder des großen Kirchenhistorikers Adolf von Harnack, dessen Sohn, der religiöse Sozialist Ernst von Harnack, ebenfalls verfolgt und verhaftet war.

11 Es ist nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß Alexis de Tocqueville in seinem Buch »Über die Demokratie in Amerika« (1835) den Terminus »association politique« jeder Vereinigung mit politischer Zielsetzung zumißt. Alexis de Tocqueville: Über die Demokratie in Amerika. Eingeleitet und herausgegeben von J. P. Mayer, Frankfurt/M. und Hamburg 1956, S. 58.

12 Günter Wirth: Sterben und Tod in der neueren Dichtung, in: C. P. Thiede (Hg.), Christliche Literatur 5/6, Paderborn 1996.

13 Wolf Gerhardt: Rote Wimpel weh'n im Wind – Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in Potsdam und Nowawes (Schriftenreihe des Brandenburger Vereins für politische Bildung »Rosa Luxemburg«), Schkeuditz 1999, S. 11 ff. Hodann arbeitete eine Zeitlang als Stadtarzt in Nowawes u. a. auch mit Irma Epstein, der späteren Frau des von den Nazis ermordeten Eisner-Sekretärs Felix Fechenbach, zusammen. Ein neuerlicher Hinweis auf das enge Geflecht, das Hodann mit »Ketzern« verband.

Analog hierzu wäre festzuhalten, daß in den drei Bänden dieses Werks Kirchliches, Christliches kaum und wenn, dann ambivalent vorkommt – allerdings abgesehen von der kräftigen und authentischen Herausstellung Harald Poelchaus als des Seelsorgers der Märtyrer (vor allem III, 218 ff.) und der betonten Hervorhebung des antinapoleonischen spanischen Priesters Merino (I, 330). So wird (III, 143) eher ironisch bemerkt, daß Stalin, »der sich darstellte als Landesvater«, 1941 zugelassen habe, »daß sich auch die Kirchen wieder den Gottesgläubigen öffneten, daß alle Kräfte der Verteidigung der eignen Erde zuströmen konnten«. Während der in Berlin amtierende schwedische Pfarrer Birger Forell (III, 122), eine herausragende ökumenische Gestalt, mit Recht als Anlaufstelle für Verfolgte erwähnt wird, heißt es mit Blick auf »Erzbischof Hultgren, Bischof Cullberg und andre kirchliche Dignitäre« (II, 256), sie stützten die antikommunistischen Kräfte in der schwedischen Politik – 1954 sollte Bischof Cullberg während des Leipziger Kirchentags gegenüber dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Otto Nuschke, »seinen Dank an die Regierung der DDR und an den Rat der Stadt Leipzig für die große Unterstützung *Ausdruck geben*, die dem Kirchentag zuteil geworden ist« (Neue Zeit vom 11. Juli 1954). Schließlich wird »der aufgeklärte, rationale Hutten« dem »volkstümelnden Luther« (I, 257) gegenübergestellt.

Apostel- und Ketzergeschichte

Anfang der neunziger Jahre habe ich in einem Vortrag¹² in den alten Bundesländern über Sterben und Tod in der neueren deutschen Literatur zur »Ästhetik des Widerstands« bemerkt, es sei dies gleichsam eine Apostelgeschichte und zugleich die Apokalypse des realen Sozialismus; genauer hätte ich sagen sollen: Apostel- bzw. Ketzergeschichte. Denn in der Tat sind die meisten der in diesem Werk ausführlicher und konturierter porträtierten Persönlichkeiten solche, die mit »der Partei« im Konflikt waren, nicht von »feindlichen« Positionen aus, sondern eben gerade von jenen der Erneuerung. Es sind dies zumal Hodann, Münzenberg, Wehner, der norwegische Schriftsteller Nordahl Grieg und auf eigene Weise Brecht.

Hierbei ist nicht zu übersehen, daß weite Teile der »Ästhetik des Widerstands« eine Hommage an Hodann sind, den Armenarzt, Psychiater und Sexualwissenschaftler – wobei interessant wäre zu erfahren, ob Peter Weiss bewußt war, daß Hodann in den zwanziger Jahren beruflich auch mit seinem Geburtsort Nowawes (heute Potsdam-Babelsberg) zu tun hatte.¹³ Hodann ist der »Apostel« eines humanen Sozialismus, der in allen drei Bänden prägend in Erscheinung tritt, in der Rückerinnerung an seine Berliner Zeit, an der spanischen Front wie im französischen und schwedischen Exil. In ihm sah Weiss offenbar die Züge vereint, die für ihn für einen (neuen) Sozialisten prägend sein sollten: Menschendienlichkeit, Verständnis für andere, weiter intellektueller Horizont, Sensorium für künstlerische Werke (Hölderlin im spanischen Lazarett), Sinn für historische Zusammenhänge wie (schon vom Beruf her) für Individuum und Gesellschaft, Loyalität zur Partei (in Spanien), aber sie kritisch befragend, immer auf der Suche nach neuen Wegen, gerechtere und friedliche Verhältnisse zu schaffen, ohne ausschließen zu können, daß es einmal einen Bruch geben könne – und der kam 1945.

Münzenberg erscheint bei Weiss als der, der das im »Widerstand« mit der »Ästhetik« der Agitation, der Propaganda, der Medien notwendig zu Leistende selbständig erfaßt und schon bei der Realisierung der publizistischen Arbeit ist, ehe sie »die Partei« beschlossen hat. In der Sicht von Peter Weiss ist er so etwas wie ein eleganter und zugleich schöpferischer Intellektueller, der sich als verhinderter Parteiführer fühlt.

Bei Wehner treten dann eher – seine Zweifel und Skrupel eingehend würdigend – die Züge hervor, die aus den verschiedensten Quellen so schon irgendwie bekannt waren, hier aber noch stärker in der von anderen geleugneten Klammer der Loyalität gehalten werden.

Ja, und Brecht. Auch wenn Sabine Kebir erst jüngst (Freitag 19/2007) im Gefolge vor allem von Jost Hermand harsche kritische Positionen zur »im Zentrum der Bücher« stehenden »Brecht-Gestalt« geäußert hat,¹⁴ würde ich unterstreichen wollen, daß ich in meiner neuerlichen Lektüre der »Ästhetik des Widerstands« genau das entdeckt habe, worum es ja auch Sabine Kebir eigentlich geht: Brecht als »Chef« einer »ästhetischen« Werkstatt, in der von den unterschiedlichsten Seiten her das Material zusammengetragen und dann gemeinsam befragt wird, ob es sich als »Widerstands«-Potential erweist. Insofern hat Peter Weiss, auch wenn er womöglich seine Ressentiments gehabt hat, genau das herausgearbeitet, was jenseits irgendwelcher parteilicher Normen als trag- und zukunftsfähig für eine sozialistische Politik und für die sozialistische Kultur in dieser Werkstatt erarbeitet worden ist – dies ganz im Sinne des Verfassers in seinen Notizbüchern: »Die Kultur ist nicht der Überbau, sondern die Basis der menschlichen Tätigkeit.«¹⁵

Eine Analogie

Wenn man die Genannten metaphorisch als »Apostel« der Erneuerung des Sozialismus (und als »Ketzer« im System des realen) ansieht, wäre das, was wir hier zur Kulturrevolution, zur Aufnahme des universalen humanen Erbes und zur Respektierung der Individualität des Einzelnen herausgearbeitet haben, die »Botschaft«. Die (»paulinischen«) Lehrbriefe wären identisch mit den Rekursen auf Rosa Luxemburg, Bucharin, Gramsci, die Utopisten. Von den »Martyrergeschichten« hatten wir schon gesprochen – und schließlich die Apokalypse (Offenbarung). Sie deutet sich in den Moskauer Prozessen an – die eigentliche konnte Weiss (noch) nicht erahnen.

Es mag unangemessen, ja vermessend sein, die »Ästhetik des Widerstands« auf den biblischen Kanon zu beziehen – noch dazu, da wir gesehen hatten, wie zurückhaltend, ja polemisch Weiss gegenüber allem Christlichen in seinem Werk agierte. Aber vielleicht ist es ja gerade umgekehrt so, daß dieser von einem einzelnen unternommene Versuch, die in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts entstandenen historischen Konstellationen und deren weltanschauliche Kontexte, die letztlich einen bis dahin singulären Charakter aufwiesen und eine Art Zäsur in der Geschichte der Menschheit bedeuteten, in einer Ich-Erzählung auszugestalten, die auch scheinbar Dokumentarisches ins Fiktionale transponieren läßt, so etwas wie ein Kanon ist. Hierauf würde allein schon die alles andere als eine Marotte erscheinende, an eine »Gesetzestafel« erin-

14 Bei Sabine Kebir heißt es: »Er *Hermand 1983* wies auf die von Weiss zwar öffentlich gemachte, dem Publikum jedoch meist nicht bewusste Tatsache, dass er den Stockholmer Brecht »ja selber kaum oder gar nicht gekannt hat«. Und obwohl er sich bemühe, ihn »so historisch objektiv wie nur möglich darzustellen«, sei das Ergebnis zweifelhaft, da es von modischen Anti-Brecht-Affekten geprägt sei und von einem »Unterlegenheitsgefühl des Jüngeren dem älteren Meister gegenüber«, einer Art »Übervater, dem er mit einer instinktiven Abneigung gegenübertritt, da dieser all das hat, was er nicht besitzt: nämlich Lebenskenntnis, Frauen, künstlerische Meisterschaft, politische Übersicht usw.« Dass sich Weiss dieser Ressentiments bewußt war, zeige die Äußerung: »Mir war Brecht eigentlich nicht sympathisch, weil er sich für mich nicht interessierte. Ich habe auch Minderwertigkeitsgefühle gehabt: Ich hatte ihm nichts zu zeigen, keine fertigen Werke ... Er war von Menschen umgeben, die ihm halfen und die ständig bereit waren, ihm alles aus dem Weg zu räumen.« Sie hält aber generell fest: »Mit der Bemerkung »Heute, da für mich die Zeit reif ist, um die Linien, die damals entstanden, zusammenzuführen, sehe ich, daß wir mit der kulturellen Revolution den Umbruch meinten, der den politischen Kampf erst zur Erfüllung bringen konnte«, steht Weiss weit über dem Problembewusstsein heutiger Linker in Politik und Kultur.«

15 Aus den »Notizbüchern 1971-1980« (Frankfurt 1981), zitiert nach: Deut-

sche Volkszeitung, Düsseldorf, 45/1986.

16 Als Sonderfall erscheint Rosalinde von Ossietzky. Sie wird nicht, wie »die Boye« oder »die Marcauer« oder »die Bischoff«, als »die Ossietzky« eingeführt, sondern als »Tochter Ossietzky« oder Rosalinde (vor allem II, 133 ff.). Für mich sind die Ossietzky-Abschnitte die sperrigsten im ganzen Werk.

17 Vgl. Ludwig Hoffmann u.a.: Exil in der Tschechoslowakei, in Großbritannien, Skandinavien und Palästina. Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933-1945, Bd. 5, Leipzig 1987. Vgl. auch Max Seydewitz: Es hat sich gelohnt zu leben. Lebenserinnerungen in zwei Bänden, Berlin 1976 und 1980; Jan Peters (Hg.), Zweimal Stockholm-Berlin 1946, Leipzig 1989. Zu den Mitgliedern des Freien Deutschen Kulturbundes in Schweden gehörten u. a. die Schauspieler Johannes Arpe, später bekannt aus vielen DEFA-Filmen, und Curt Trepte, später u. a. Intendant in Quedlinburg; Gerhard Scholz, nach Rückkehr zuerst in Weimar (Nationale Gedenkstätten), dann Humboldt-Universität zu Berlin; Max Seydewitz, sächsischer Ministerpräsident, zuletzt Generaldirektor der Dresdner Kunstsammlungen; der Arzt Dr. Kurt Winter, in der DDR Rektor der Akademie für ärztliche Fortbildung; Walter Sack, Bezirksbürgermeister von Berlin-Treptow; Herbert Warnke, FDGB-Vorsitzender; Alfred Lange, Mitarbeiter des Verlags Tribüne; Horst-Heinz Meyer (früher Sekretär des Jüdischen Studentenbundes in der Schweiz), in der DDR als Übersetzer, Redakteur

nernde typographische Gestaltung der »Ästhetik des Widerstands« hindeuten, ebenso die Detailversessenheit, die an die Stilistik des Alten Testaments erinnert, zusätzliche grammatikalische Schnörkel und der durchgehende Verzicht auf Vornamen (mit Ausnahmen dort, wo eine Verwechslung möglich wäre wie bei Heinrich und Klaus Mann, Arnold Zweig oder Ludwig Marcuse – I, 158 f.).¹⁶ Tatsächlich entbehren die erratischen Blöcke dieses Werks schon vom Augenschein her nicht des Numinosen.

Überdies liefert Weiss selber einen Schlüssel für solches Verständnis seines Werks. In Spanien wird der Ich-Erzähler mit den »paternalistischen Transparenten« konfrontiert, »die uns überall ihre Leitsätze vor Augen hielten«. »Phrasen, Sprüche, so wurde gesagt, sollten uns eingehämmert werden..., dabei wüßten wir selbst am besten, warum wir hier waren.« Und doch hätten diese Schlagworte ihre Wahrheit. »Sie rührten zwar nur Äußeres an..., die Handlungen kamen von uns« (I, 207). Hier nun folgt unmittelbar eine Beobachtung, die eben so etwas wie ein »Schlüssel« ist: »Desgleichen [!] hatte Gaudí sich und seinen Glaubensanhängern zum ständigen Angedenken ein Gloria Gloria, ein Sanctus Sanctus, ein Hos[ia]nna in excelsis rundum ins Mauerwerk geschlagen« (I, 208). Die Bedeutung der Analogie wird dadurch nicht relativiert, daß für beide Fälle von »Gläubigkeit« statuiert wird: »Dies aber konnte wieder Beweis sein dafür, daß wir von einer überlegenen Führung niedergehalten wurden ...« (ebenda).

Doch ein realer Ort für die Utopie?

Es bleibt für mich eine letzte Überlegung nach dem »postsozialistischen« Wiederlesen der »Ästhetik des Widerstands«. Wenn ich es richtig sehe, verlieren die letzten Abschnitte des dritten Bandes ein wenig von dem Anspruch des Universalen, des Gesamt an humanem Erbe, und sie verlieren sich scheinbar im Nationalen. Sicherlich hat dies mit der von Weiss diagnostizierten Tatsache zu tun, daß im Zusammenhang mit dem Aufeinandertreffen der Mächte der Antihitlerkoalition in Deutschland das geschlagene und zugleich befreite Land zum Focus aller zentralen weltpolitischen Auseinandersetzungen wird, vor allem aber der bald entstehenden Brüche in der Koalition.

Daher wird für Weiss und sein anderes Ich ein scheinbar peripheres Ereignis in der schwedischen Emigration zu einem womöglich realen Ort seiner (utopischen) Hoffnung auf eine Perspektive für gesellschaftliche und geistige Erneuerung in eben diesem Deutschland durch kulturelle Erneuerung. Mindestens als eine vorsichtige Annäherung, wenigstens als ein Samenkorn eines solchen Prozesses erschien daher die im Januar 1944 in Stockholm vollzogene Gründung des Freien Deutschen Kulturbundes in Schweden.¹⁷

Wenn Hodann, »der außerhalb der Parteien stand ... und den Respekt der deutschen Emigration und schwedischer intellektueller Kreise besaß« (III, 254), als prädestiniert erscheint, »den Bund in seiner beabsichtigten Neutralität zu präsentieren« (ebenda), dann muß freilich sogleich in der Würdigung des Gründungsakts und der Rede dieses Vorsitzenden nicht nur dessen Bekenntnis zu deutscher Schuld und Verantwortung und sein Aufruf zur »Auflehnung«, zum »Widerstreit« von Kultur gegen eine feindliche »Übermacht«

(III, 255) hervorgehoben, sondern auch sofort eindrücklich gezeigt werden, wie die geschichtlichen Konstellationen in diesem vergleichsweise peripheren Vorgang zum Ausdruck gelangen:

»Obgleich Hodann alles daran setzte, die Demokratie, wie sie im Keim im deutschen Untergrund angelegt worden war, zur Verwirklichung zu bringen, war er auch ein Seher, ... und dies war es, was ihn plötzlich zum Stocken brachte. Befürchtend, ein Erstickenanfall [des schwer kranken Hodann, der 1946 sechzigjährig in Stockholm starb] stehe bevor, öffnete ich schon den Kasten mit der Spritze, doch was ihn für einen Augenblick verstummen ließ, war die Vorstellung, wie die beiden von gegensätzlichen Ideologien geleiteten Heere in Deutschland aufeinanderstoßen würden« (III, 256).

Die Bruchstellen

Wir sehen also, wie die nicht nur von politischen, militärischen und ökonomischen Kalkülen, sondern vor allem auch von ideologisch-weltanschaulichen Prämissen bestimmten Brüche der Antihitlerkoalition (die deutsche Übersetzung von Wendell Willkies Programmschrift dieser Koalition, »One World«, war gerade – 1943 – bei Bermann-Fischer in Stockholm unter dem Titel »Unenteilbare Welt« erschienen) früh zur Kenntnis und zur Wirkung gelangen und die ebenso redlichen wie genauen Überlegungen zu einer Assoziation im Zeichen der kulturellen Erneuerung überschatten, und es sollte daher auch nicht lange dauern, daß Hodann sich nicht mehr in der Lage sah, als Vorsitzender zu fungieren: »Bis in den Sommer ließ es sich im Glauben an die gemeinsame Front leben, dann aber wurde die Front zur Scheidelinie, auf der einen Seite verhielt man sich abwartend, auf der andern Seite wurde sie mit marxistischen Staatsbegriffen belegt« (III, 263). Und was bedeutete das für die Assoziation kultureller Erneuerung in Stockholm? »Unter wechselnder Leitung, mehr und mehr von den Bürgerlichen verlassen, übergehend zu einem noch rohen, aufgewühlten Gefüge, erlebte der Bund seine fruchtbarste Zeit. Es sammelten sich jetzt dort alle, die an eine kulturelle Umwälzung glaubten« (III, 267).

Um dies hier einzufügen: Beides, der Glaube an eine kulturelle Umwälzung *und* der Exodus vieler Bürgerlicher, sollte letztlich in anderen Erscheinungsformen für Bechers Konzept des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands zum Ereignis werden – also jenes Bundes, der in umfassender Weise das schon von Becher im Moskauer Exil entworfene und für Deutschland, aber auch für einige Exilländer bestimmte Konzept zu realisieren suchte, der aber eben auch schon bald an seine Grenzen, an die »Bruchstellen« stieß.¹⁸

Immerhin: »Die Ästhetik des Widerstands« wäre am Ende nicht das, was sie auf bald 1 000 Seiten vorher war, wenn nicht auch mit Blick auf die Gründungsversammlung des Freien Deutschen Kulturbundes in Schweden die Widerstandskraft ästhetischen Potentials zur Geltung gekommen wäre:

»Den meisten *Teilnehmern* war, wenn sie später an den Abend zurückdachten, dessen Abschluß im Sinn geblieben, der Auftritt der Schauspielertruppe. Und sie hätten nicht mehr zu beschreiben gewußt, wie die Wiese des Rütli, überm nächtlichen See, dazu die hohen, eisgekrönten Felswände ringsum ... hatten erstehen können ... Als die Be-

(u. a. im Neuen Deutschland) und Schriftsteller tätig. Auch der in Schweden verbleibende Germanist Walter A. Berendson und Leo Blech, später Generalmusikdirektor der Städtischen Oper in Berlin, wären zu nennen. Daß schon früh – 1947 – zwei Bücher von Nelly Sachs im Aufbau-Verlag erschienen sind (ein Gedichtband und ein Sammelband schwedischer Lyrik), ist auf den Kontakt der späteren Nobelpreisträgerin zum Kulturbund zurückzuführen.

18 Günter Wirth: Der historische Ort des Kulturbundes (1945 bis 1989). Drei Aspekte, in: Siegfried Prokop, Dieter Zänker (Hg.): Verlorene Träume. Zum 60. Jahrestag des Kulturbundes, Berlin 2007, S. 17 ff. Die inhaltliche Bestimmung der »Ästhetik des Widerstands« fand offenbar auch Anwendung auf die Bürgerbewegung der DDR 1989, wenn Antje Vollmer, die Theologin unter den grünen Politikerinnen, die sich in ihren Arbeiten auch mit nonkonformistischen Gruppierungen im deutschen Protestantismus beschäftigt hat, am 13. Februar 1992 in der F. A. Z., an Bärbel Bohley gerichtet, von der »Ästhetik einer wunderbaren Revolution« schrieb.

waffneten von den Höhen herabstiegen, aus der Tiefe herausgeklettert waren, wurde verwundert gefragt, ob dies denn Schiller sei, denn nur wenige erinnerten sich noch an das Stück, es schien geschrieben für sie, die sich hier ... versammelt hatten, jeder Vers ... richtete sich an sie, die Freunde des vergewaltigten Lands, und so trugen alle Rösselmanns Worte vom Eid des neuen Bunds und Stauffachers letzte Ermahnung mit sich hinaus auf die schneenassen Straßen« (III, 263). Sie hatten gleichsam an »der Gründung des Volksstaats« (ebenda) teilgenommen, aber eben in der Zeit vor den Brüchen...

Diese Brüche sieht Weiss in merkwürdiger zeitlicher Perspektive. Er bleibt gleichsam am 8. Mai 1945 stehen, nimmt aber (im Konjunktiv) das in die zeitgenössische Betrachtung auf, was er in der Folgezeit an Erfahrungen machen, an zumeist bitteren Erkenntnissen gewinnen würde. »Noch aus weiter Entfernung, die ich erreichen müßte, um meine Erfahrungen deuten zu können, würde ich die Erschütterungen empfinden, wie sie ausgingen vom Abschluß jener Phase. Über den Begriff der Zeit zu sprechen, war auch früher unser Anliegen gewesen [vgl. III, 209], wie tief aber wäre erst diese ständig fließende Veränderung zu spüren, wenn noch einmal so viel Zeit vergangen sei, wie damals für mich beim verhängnisvollen Ende des Kriegs... Ich würde das, was ich eben noch erdacht hatte, fadenscheinig, vom kommenden Mißgeschick überschattet sehn, und statt der Offenheit, die uns im Mai Fünfundvierzig noch eigen war, würde sich uns Engstirnigkeit und Versperrtheit zeigen« (III, 270).

Von hier aus kann Weiss (kann sein *alter ego*) seiner sozialistischen Option auf eigene Weise, zumal in Erinnerung an die Kampfgefährten (Hodann vor allem), treu bleiben, ohne seine kritischen Positionen zu verdrängen, und daher neuerlich betonen: »Die Hoffnungen würden bleiben. Die Utopie würde notwendig sein« (III, 274).

Angesichts dieser Brüche wird eben letztlich der utopische Charakter auch der »Ästhetik« als der Dominante einer (neuen) sozialistischen Option deutlich. Denn es sind die sich ständig verändernden und unübersichtlicher werdenden objektiven Bedingungen des gesamtgesellschaftlichen Lebens in seinen internationalen Dimensionen, die für solche Brüche und damit die Brüchigkeit der »Ästhetik« verantwortlich sind, und es sind die von diesen objektiven Bedingungen erzwungenen Nötigungen, hiergegen »Widerstand« zu leisten – »Widerstand« womöglich auch ohne Rücksicht auf »Ästhetik« –, die diese zur Utopie werden lassen.

Allerdings wird damit keinesfalls die Bedeutung einer »Ästhetik« im Sinne eines Gesamt des universalen menschheitlichen Erbes und seiner zeitgenössischen authentischen Adaption für die Regeneration sozialistischer Politik dementiert. Im Gegenteil würde gerade ihre Konstituierung als Orientierungshilfe, mehr noch: als Orientierungsnorm sowohl für die Gesamtstrategie wie für den »taktischen« Alltag, in optimalen Fällen auch unter den schwierigsten objektiven Bedingungen, mindestens zu einer Annäherung des Utopischen an die Realitäten führen können – und das wäre dann doch eine hoffnungsvolle Perspektive. Auch für einen Rückweg aus der Utopie?

JOHN P. NEELSEN

Landwirtschaft und Ernährung – Stundenglas der kapitalistischen Produktionsweise

»... dann fangen wir wieder von vorne an!«

Theodor Bergmann

Die Landwirtschaft ein zu Unrecht vernachlässigter Sektor – Der Untersuchungshorizont

Wären da nicht die angelegentlichen medienwirksamen Traktorblockaden oder die öffentliche Vernichtung von Obst und Gemüse aufgebrachter Landwirte als Protest gegen zu niedrige Erzeugerpreise, Probleme der Landwirtschaft, die weniger als 5 Prozent zum Bruttosozialprodukt und zur Beschäftigung in den Ländern der Triade repräsentiert, machten kaum Schlagzeilen. Und auch die jüngst vermehrt auftretenden Seuchen wie Rinderwahn, Schweinepest oder SARC führen nur vorübergehend zu Änderungen im Verbraucherverhalten, lenken aber – anders als die um sich greifende Fettleibigkeit – nicht das Augenmerk einer an einen Überfluß billigen saisonunabhängigen Nahrungsmittelangebots gewöhnten Öffentlichkeit auf Art und Weise ihrer Produktion.

Völlig zu Unrecht. An der Entwicklung der Landwirtschaft läßt sich unmittelbar der Zustand der Gesellschaftsordnung insgesamt ablesen. Den Problemhorizont und die alles andere als marginale Bedeutung des Agrarsektors umreißen bereits erste globale Daten.

1. 55-60 Prozent der Weltbevölkerung von über 6 Milliarden leben auf dem Land. 45 Prozent der weltweit Erwerbstätigen, nämlich 1,3 Milliarden, sind Bauern; einschließlich ihrer Familien kann man von einer Gesamtzahl von 2,7 Milliarden Menschen ausgehen.

2. Weltweit hungern 854 Millionen, davon 820 Millionen in der Dritten Welt. Täglich sterben 80 000 Menschen weltweit an den Folgen des Hungers, mehr als in jedem noch so blutigen Krieg. Statt sich dem Ziel des Welternährungsgipfels in Rom 1996, die Zahl der weltweit Hungernden bis 2015 zu halbieren, zu nähern, hat sich die Zahl derjenigen, die mit täglich weniger als 1 900 Kalorien leben müssen, erhöht.¹

3. Hunger ist kein Ausdruck eines absoluten Mangels an Lebensmitteln. Im Gegenteil: Trotz eines Bevölkerungswachstums um das Eineinhalbfache konnte seit 1950 die weltweite Nahrungsmittelproduktion pro Kopf von 2 400 auf 2 700 erhöht werden.

4. Obgleich augenfällig in den Städten leben 80 Prozent der Hungernden auf dem Land. Sie sind gerade unter denen zu finden, die direkt mit der Nahrungsmittelproduktion befaßt sind: über die Hälfte sind marginalisierte und verarmte Landarbeiter, »Zwergbauern« und

John P. Neelsen – Jg. 1943, Prof. Dr.; Soziologe, Universität Tübingen. Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung; wissenschaftlicher Beirat ATTAC Deutschland; wissenschaftlicher Beirat Centre Mondial de la Paix, des Libertés et des Droits de l'Homme, Verdun/Frankreich. Arbeitsschwerpunkte: Entwicklungssoziologie; Nord-Süd-Beziehungen; Politische Ökonomie, Globalisierung; Indien und Sri Lanka (5 Jahre Feld- und Forschungsaufenthalt in Süd-Asien). Jüngste Veröffentlichung: *Crisis of State and Nation – South Asian States between Nation-Building and Fragmentation*, 420 S., Manohar, Delhi 2007. Editors: John P. Neelsen and Dipak Malik.

1 Dabei gibt es große regionale Unterschiede: Erfolge wurden vor allem in

China, Fortschritte auch in Indien verzeichnet. Dagegen wächst die Zahl der unzureichend Ernährten im Vorderen Orient und besonders in Afrika (dort jährlich um 1 Million). Vgl. Paasch 2006, S. 1196; FAO, Welt-ernährungsbericht 2006, Rom 2006; Le Monde, Les Clefs de l'Info, No.359, Dezember 2006.

2 World Development Report 2006, S. 296 f. Diese Zahlen beziehen sich auf den Primärsektor, d. h. schließen auch Fischfang und Forstwirtschaft ein. Hinter diesem Durchschnitt verbergen sich große nationale und regionale Unterschiede: so liegt der Beitrag des Primärsektors zum BIP in 18 Ländern des sub-saharischen Afrika mit einem Drittel bis zu 60 Prozent weit darüber.

kleine Pächter; zudem hat Hunger ein Geschlecht: es sind vor allem Frauen.

5. Über den internationalen Handel, in den zehn Prozent der weltweit produzierten Agrargüter eingehen, werden ganz unterschiedliche Produktionsbedingungen miteinander verglichen. Die Preise sind seit 1960 um vier Fünftel gesunken und mit ihnen die Haushaltsausgaben für Nahrungsmittel in den Industrieländern (15-20 Prozent). Gleichzeitig werden in der Triade über 365 Milliarden \$ jährlich an Agrarsubventionen gezahlt, d. h. ein Mehrfaches an Entwicklungshilfe. Ihre Streichung wird seit langem gefordert, da sie nicht nur eine weitere Liberalisierung der Welthandelsordnung (WTO) blockieren, sondern die Exportchancen der Dritten Welt behindern und gerade die Kleinbauern in den ärmsten Ländern ruinieren.

6. Selbst in den ärmsten Entwicklungsländern trägt der Agrarsektor durchschnittlich allenfalls ein Viertel zum Bruttoinlandsprodukt bei, in dem zugleich bis zu zwei Drittel aller Erwerbstätigen beschäftigt sind.² Dies Mißverhältnis verweist auf eine vergleichsweise unproduktive Landwirtschaft bzw. ausgeprägte landwirtschaftliche Überbevölkerung. Es ist ein Indikator für Armut und Unterentwicklung, der die eingeschlagene Entwicklungsstrategie, wenn nicht das ganze Entwicklungsmodell in Frage stellt.

Auf diesem Hintergrund werden folgende Hypothesen formuliert:

(1) Landwirtschaft ist mehr als ein Wirtschaftsbereich unter anderen; daneben umfaßt sie eine soziale und ökologische Dimension. Art und Weise des Zugangs und der Nutzung des Landes reflektieren auf den Umgang mit der Natur und die lokale Gesellschaftsordnung.

(2) Unterernährung ist weniger eine Frage der Verteilung als systemisch bedingt. Anders als bei industriellen Gütern und Dienstleistungen unterminieren die Prinzipien des freien Marktes und die Regeln der neoliberalen Globalisierung das Menschenrecht auf Ernährungssicherheit. Eine Streichung der Agrarsubventionen in den Ländern der Triade würde internationale Handelsströme und Gewinne neu verteilen, aber die Grundproblematik von Hunger und Naturgefährdung nicht berühren.

(3) Die Durchsetzung des Kapitalismus im Agrarsektor erscheint einerseits als ein *andauernder* Prozeß *ursprünglicher* Akkumulation; andererseits als ein Verharren auf der Stufe der kleinen Warenproduktion. In der Substanz geraten die formal selbständigen Produzenten jedoch in die Abhängigkeit von transnationalen Konzernen, die die *vor- und nachgelagerten* Prozesse der Nahrungsmittelherstellung beherrschen. Dabei spielt die wissenschaftlich vermittelte privatwirtschaftliche Aneignung der *lebendigen* Arbeitsgegenstände, Saatgut und Tier, eine wachsende Rolle.

(4) Mehr als in anderen Bereichen zeigt sich an der Entwicklung der Agrarwirtschaft und des Nahrungsmittelsektors insgesamt die Destruktivität der kapitalistischen Produktionsweise, selbst dort, wo sie – wie bei den Produktivitätsgewinnen – progressiv zu sein scheint. Der systemische Widerspruch zwischen produktivistischer Landwirtschaft und weltweiter Ernährungssicherheit im Verein mit dauerhafter Entwicklung läßt sich nur jenseits eines privatwirtschaftlichen Markt-systems lösen.

(5) Die heutigen Metropolen als urban-industrielle Gesellschaften mit absolut marginalem Primärsektor sind im Rahmen eines universalen Kapitalismus entstanden und historisch einmalig; sie stellen kein Modell für die Dritte Welt dar. Der ländliche Raum wird als Erwerbs- und Lebensraum mit gleichwertigen Chancen und Qualitäten für Milliarden von Menschen neu erfunden werden müssen.

(6) Die sich formierende Opposition der unmittelbar Betroffenen ist sehr heterogen und schwach. Sie bedarf der politischen Unterstützung durch weitere anti-kapitalistische Bewegungen und Organisationen. Wo die materiellen Grundlagen der gesellschaftlichen ebenso wie der individuellen Reproduktion auf Dauer in Frage gestellt sind, ist eine konzeptuelle und politische Repositionierung der auf formal kapitalistische Produktionsverhältnisse im außeragrari-schen Sektor (Industrie, Arbeiterschaft/Proletariat) fixierten marxistischen Linken angesagt.

Transformation der Produktionsverhältnisse – Technische Revolutionen und Disparitäten

1. Global wurden seit dem Zweiten Weltkrieg in der Landwirtschaft weit größere Produktivitätssteigerungen erzielt als in den anderen Wirtschaftssektoren. Gleichzeitig haben sich die Disparitäten im Vergleich zwischen Nationen und, mehr noch, zwischen den Agrarbetrieben verschärft. Frankreich mit seinem nach wie vor bedeutsamen Agrarsektor belegt anschaulich diese Entwicklung. Produzierte zwischen 1700 und 1850 eine ländliche Arbeitskraft einen Ernteüberschuß für weitere 1,5 Personen, verdreifachte sich diese Zahl im Gefolge der industriellen Revolution und der Entwicklung des Kunstdüngers bis 1910. Weitere Produktivitätsgewinne erlaubten die Ernährung von insgesamt fünf Personen um die Mitte des 20. Jahrhunderts, um dank neuer agrartechnischer Revolutionen nach dem Zweiten Weltkrieg auf 12 empor zu schnellen. Dabei belegt Frankreich im synchronen Vergleich nur einen Platz im Mittelfeld; denn in Rußland ernährt ein Landwirt heute nur vier, in den USA dagegen 31 weitere Personen.³

2. Im Rahmen dieser Produktivitätssteigerungen hat sich der für den Kapitalismus typische Konzentrationsprozeß noch beschleunigt.⁴ So lassen sich für Frankreich seit den Römischen Verträgen von 1955 mit der Gemeinsamen Agrarpolitik als Kern folgende Trends herauschälen:

- Eine Reduzierung der Höfe um 70 Prozent von 2,3 Millionen (1955) auf 664 000 (2000), wovon besonders die Klein- (10-35 ha) und Kleinstbetriebe (weniger als 10 ha)⁵ betroffen waren.

- Die durchschnittliche Betriebsfläche verdreifachte sich von 15 auf 45 ha (während zur selben Zeit die Gesamtanbaufläche um 10 Prozent vermindert wurde). Diesem Prozeß parallel lief ein Prozeß der Polarisierung: Die Bauernhöfe unter 50 ha stellen zwar die große Mehrheit (70 Prozent), decken aber bei einer Durchschnittsgröße von 7,5 ha nur 12 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche ab, während umgekehrt die 12 Prozent der Betriebe der Kategorie über 100 ha (Durchschnitt 163 ha) 46 Prozent des Ackerlands kultivieren.

- Nur 11 Prozent der insgesamt 1,3 Millionen landwirtschaftlichen Erwerbstätigen sind angestellte Lohnarbeiter. Die meisten Höfe ope-

3 Vgl. zu den Zahlenangaben: Frémy, Quid 2004, S. 1691.

4 Vgl. ebenda, S. 1722 ff.

5 So wurden vier Fünftel der Höfe unter 10 ha aufgegeben. Frémy, 2004, S. 1728.

rieren als Familienbetriebe; wobei auch nur noch die Hälfte als Voll-erwerbslandwirtschaft geführt werden kann.

Mit anderen Worten, ein halbes Jahrhundert EU Agrarpolitik mit Interventionspreisen, Abnahmegarantien, Quotenregelungen und Exportsubventionen hat drastische quantitative Erfolge, begleitet von einem dramatischen Prozeß des Bauernsterbens gezeitigt. Verminderung der Höfe, gepaart mit Flächenkonzentration und einer ausgeprägten Größendichotomisierung sowie einer spürbaren Verringerung der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft charakterisiert die Entwicklung. Dabei wird die überwiegende Mehrheit der verbliebenen Höfe als Familienbetrieb und im Nebenerwerb gemanagt. Ganz im Gegensatz zu ihrem ökonomischen Gewicht sind Großbetriebe mit Landarbeitern eher selten. Zumindest *formal* haben sich demnach vorkapitalistische Eigentums- und Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft weitgehend erhalten.

3. Drei Revolutionen sind für die Produktionssteigerungen bei den Nahrungsmitteln und den Wandel in den Eigentumsverhältnissen verantwortlich, die zunächst alle die Betriebsmittel betreffen. Es handelt sich um:

- Die Mechanisierung bzw. Motorisierung bei der Bodenbearbeitung.
- Die Verwendung anorganischen (chemischen) Düngers, gefolgt von Pestiziden und Fungiziden.
- Wandel beim Saatgut, angefangen bei den Hohertragsorten (Grüne Revolution) der 1960er und 1970er Jahre bis zu gentechnologisch veränderten Sorten heute.

Diese technischen Umwälzungen bei den Betriebsmitteln sind integraler Bestandteil eines umfassenden Prozesses der sozial-ökonomischen Transformation der Landwirtschaft. Dabei geht es zunächst und grundsätzlich um den Übergang von der Subsistenz- zur Marktproduktion. Dies hat zuerst eine von Markt- und Konkurrenzbedingungen diktierte Spezialisierung in der Produktion zur Folge. Mit der wachsenden Bedeutung des Welthandels geht diese in eine internationale Arbeitsteilung über, die sich über die Exportorientierung bei den Gütern hinaus auf Standort, Betriebsgröße und Methoden der Produktion auswirkt (Stichworte sind Agrarfabriken, industrielle Landwirtschaft).

Über Marktmechanismen von Preis und Effizienz universalisiert, wird die Verwendung der modernen Betriebsmittel zur Überlebensfrage. Ihre Nutzung ist besonders kapitalintensiv. So belaufen sich die Investitionskosten eines mechanisierten Betriebs auf 300 000 \$ pro Beschäftigtem. Ein mit Zugtieren arbeitender und Hohertragsorten (Grüne Revolution) nutzender Hof muß dagegen mit Betriebsmitteln von 10 000 \$ pro Beschäftigtem rechnen, während arme Bauern ohne Zugtiere auf Investitionen von jährlich 100 \$ kommen.⁶ Die Höhe der *Ausrüstungsinvestitionen* tritt damit als zentrales Kriterium neben das traditionelle Merkmal des Umfangs der Nutzungsfläche zur Kategorisierung eines landwirtschaftlichen Betriebes und letztlich der Klassenzugehörigkeit des Eigentümers. Sie sind mit erheblichen Unterschieden im *Produktionsertrag* pro Arbeitskraft verbunden. Betrogen die Ertragsdifferenzen 1940 noch 10:1, erreichen sie heute ein Niveau von 2000:1.

6 Vgl. Alternatives Sud, Question Agraire, p. 11 f.

4. Wie am Beispiel Frankreich illustriert, haben sich auch global je nach Grad der Anwendung moderner Produktionsmittel die insgesamt rund 1,3 Milliarden landwirtschaftliche Betriebe stark ausdifferenziert.⁷ Vier Gruppen werden unterschieden:

- Einige zehn Millionen mit modernsten Mitteln ausgestattete und teilweise mit Lohnarbeit operierende Großbetriebe erzielen pro Arbeitskraft Erträge von 2000 t Getreide pro Jahr. Kaum 3 Prozent der globalen Agrarbevölkerung gehören in diese Kategorie von Großfarmen, Latifundien und vom Agrobusiness gemanagte Betriebe, die vor allem in Nordamerika, Europa, (inklusive Ukraine), Australien und dem Süden Lateinamerikas zu finden sind und auf die ein Großteil der weltweit nur 28 Millionen Traktoren entfallen dürften.

- Etwa 380 Millionen oder knapp 30 Prozent aller Höfe verfügen zwar nur über Zugtiere, aber können sich die Errungenschaften der Grünen Revolution, inklusive Düngemittel und Pestizide leisten. Bis zu 5 Hektar Land mit einem Ertrag von bis zu 50 t/ha pro Arbeitskraft lassen sich damit bebauen, bei künstlicher Bewässerung zwei Ernten (100 t/ha) erzielen.

- Rund 35 Prozent der globalen Bauernschaft können nurmehr 100 \$ an Betriebsmitteln investieren, verwenden zwar auch Hohertragsorten, verfügen aber lediglich über manuelle Geräte und keine Zugtiere, so daß eine Arbeitskraft kaum mehr als einen Hektar unter den Pflug nehmen kann. Dabei läßt sich mit einer Bruttogetreideernte von 10 t jährlich, bei Zugang zu künstlicher Bewässerung mit dem doppelten Ertrag bei zwei Ernten rechnen.

- Die Ärmsten, deren Zahl auf 450 Millionen oder 37 Prozent aller Bauern geschätzt wird, können sich keine Hohertragsorten leisten, verfügen über keine Zugtiere, weder Mineraldünger noch Pestizide etc. und hängen ganz von den Wetter- und Bodenbedingungen ab. Diese zusammen mit ihren Haushalten mehr als eine Milliarde Menschen überlebt mit einem Ernteertrag von 1 t/ha pro Arbeitskraft bei Regenfeldbau mehr schlecht als recht von ihrer Landwirtschaft.

Zusammengefaßt: Die mit der Mechanisierung und Verwissenschaftlichung der Nahrungsmittelproduktion einhergehenden Produktionssteigerungen stehen ursächlich mit dem Wandel hin zu Großbetrieben und dem Einsatz kapitalintensiver Betriebsmittel in Zusammenhang. Sie implizieren zum einen eine systematische Reduzierung der *notwendigen* landwirtschaftlichen Arbeitsplätze; zum anderen die abnehmende Bedeutung des bloßen Grundeigentums zugunsten moderner, kostenintensiver Betriebsmittel.⁸ Nur eine verschwindende Minderheit verfügt über sie, bestimmt aber in entscheidendem Maße die Produktionsbedingungen und Marktverhältnisse. Mindestens zwei Drittel der weltweiten Bauernschaft sind eher Opfer des internationalisierten Agrarmarktes, verstrickt in einer Spirale der strukturellen Verarmung. Schon bei weit geringeren Produktivitätsunterschieden wären sie in allen anderen Wirtschaftssektoren längst bankrott gegangen. So aber hängen sie aus offenkundigem Mangel an Einkommensalternativen an ihrer Scholle, eingebunden in einen Teufelskreis aus Überarbeitung, Unterkonsumtion und Überausbeutung des Bodens. Die eingangs genannten Daten zum Mißverhältnis im Agrarsektor zwischen Beitrag zum BNP und Anteil an Erwerbstätigen (Überbevölkerung) finden hier ihre Erklärung.⁹

7 Vgl. ebenda, p. 10 ff.

8 Damit wird die Bedeutung von Forderungen nach Landreform, insoweit sie sich auf bloße Änderung der Eigentumsverhältnisse des Typus »land to the tiller« beschränken, als Lösung der Agrar- und Ernährungsfrage relativiert. Ähnliches gilt für die seinerzeit revolutionäre Landreform in China, die jeder auf dem Land lebenden Familie ein Stück Land zur eigenen Bebauung zuwies.

9 Vgl. auch K. Marx: The Indian Question – The Irish Tenant Right, in: K. Marx, F. Engels: On Colonialism, S. 55 ff., Moscow, Progress Publishers.

Formen der Aneignung – Oligopsonie oder im Griff der Multis

Auf der Ebene der unmittelbaren Produzenten bleiben trotz fortschreitender Konzentration bei der Betriebsgröße und steigender Investitionskosten *vorkapitalistische* Produktionsverhältnisse zumindest *formal* weiterhin vorherrschend, mögen sich auch *real* der hoch mechanisierte profitorientierte Eigentümerlandwirt und der nur mit Handgeräten ausgestattete, um sein bloßes Überleben kämpfende Bauer als Anbieter auf demselben kapitalistischen Markt wiederfinden. Eigentümlich für den Agrarsektor geht die steigende Produktivität im Bereich der Arbeitsmittel (Mechanisierung) mit einer schrumpfenden Nachfrage nach Arbeitskraft sowohl beim einzelnen Betrieb wie in dem Wirtschaftssektor insgesamt einher. Die Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse manifestiert sich weniger durch erhöhte Ausbeutung qua zunehmender Lohnarbeiter, sondern einerseits durch steigende Renten, sei es in Form der absoluten Grundrente bzw. heute besonders der Differentialrente II,¹⁰ als durch die wachsende Abhängigkeit der Bauern und Farmer von den der unmittelbaren Produktion *vorgelagerten* Herstellern von Betriebsmitteln ebenso wie den *nachgelagerten* Prozeß der Distribution beherrschenden Abnehmern. Die These lautet: daß der Bauer/Landwirt typischerweise nurmehr *formal* selbständiger Eigentümer ist, faktisch aber durch die marktbeherrschenden Monopole auf dem Betriebsmittel- wie dem Absatzmarkt seines Gewinns beraubt wird.

1. So gelangen zwar weniger als 10 Prozent der globalen Getreideernte auf den internationalen Markt, doch werden 80 Prozent der Agrarexporte aus der Dritten Welt durch Multis abgewickelt, von denen nur sechs 85 Prozent des Weltgetreidehandels kontrollieren. Mehr noch, seit 1960 wurde der Handel mit Agrargütern mengenmäßig verdoppelt, sein Anteil am globalen Warenaustausch aber verringerte sich von 25 auf 10 Prozent (550 Milliarden \$). Darin spiegelt sich zum einen das schnellere Wachstum nicht-agrarischer Ausfuhren, zugleich aber auch langfristig fallende *terms of trade*. Verschärfte Konkurrenz unter den Anbietern, wenig diversifiziertes Warensortiment, steigende Volumina und geringer Verarbeitungsgrad haben bei den von Primärexporten abhängigen Ländern der Dritten Welt zu einem drastischen Preisverfall geführt. Die realen Preise sind auf ein Fünftel ihres früheren Werts gesunken.¹¹ Den Befürwortern des Freihandels als *panacea* zur Hungerbekämpfung muß entgegen gehalten werden, daß gerade die Länder des Südens mit hoher Exportquote am BNP und hohem Primärgüteranteil bei den Erwerbstätigen wie beim Bruttosozialprodukt zugleich auch die höchste Armen- und Hungerquote aufweisen. Anders, Freihandel verarmt die armen Länder zuerst zugunsten der Handelskonzerne und dann zugunsten der Endverbraucher auf den – typischerweise – metropolitanen Absatzmärkten.

2. Ähnlich extreme Konzentrationserscheinungen gibt es bei den Saatgutfirmen, die als »Life-Science-Unternehmen« fungierend, den Chemie- und Pharmamarkt, einschließlich Düngemittel, Herbizide und Pestizide sowie Antibiotika, dominieren. (Monsanto, Bayer, Cargill, Novartis, etc.). Hat der Landwirt glücklich seine Ernte eingebracht, sieht er sich erneut einem Kartell, diesmal bei den Abnehmern gegenüber, sei es in Gestalt der Einkaufszentralen der Super-

10 Die absolute Grundrente fällt dem Eigentümer qua reinem Eigentumstitel zu; die Differentialrente I bezieht sich auf die Unterschiede in der Bodenfruchtbarkeit; die Differentialrente II auf die erhöhten Erträge im Zuge von Investitionen in Betriebsmittel (Dünger, Saatgut – Hochoertragsarten – etc.). Vgl. dazu K. Marx: Das Kapital III, MEW, Bd. 25, 6. Abschnitt, S. 627 ff.

11 Amin 2003, S. 36 f.

marktketten, wie Wal-Mart, Metro, Spar, Carrefour, etc., sei es in Gestalt der Fast-Food-Ketten, wie McDonalds, Burger King, Kentucky Fried Chicken, etc. Konfrontiert mit solcher Verhandlungsmacht ist die Organisations- und Sanktionsfähigkeit der unmittelbaren Produzenten gering!

3. *Captive supplies*: Der Aufstieg von Fast-Food-Ketten und Self-Service-Restaurants mit ihrer weltweit identischen, auf ein Minimum reduzierten Palette von Schnellgerichten für täglich Hunderte von Millionen Konsumenten ist kaum eine Generation her und hat doch Ernährungsgewohnheiten und mit ihnen die landwirtschaftliche Produktion tiefgreifend verändert.¹² Auch hier sind die USA Vorreiter, so daß die dortige Entwicklung als typisch gelten kann. Gaben US-Amerikaner 1970 lediglich 6 Milliarden \$ für Fast-Food aus, waren es 2000 bereits 110 Milliarden, d. h. mehr als für Kino, Bücher, Zeitungen und Zeitschriften, Videos und Musikkassetten zusammen oder mehr als für die Anschaffung von neuen Autos.¹³ Mit ihrer täglichen millionenfachen Kundschaft für Hamburger, Pommes frites und chicken nuggets sind die Ketten auf die zeitige Lieferung großer Mengen von Rind- und Hühnerfleisch wie Kartoffeln in immer gleicher Konsistenz angewiesen. So ist McDonalds der weltgrößte Einkäufer von Rindfleisch, in den USA von Fleisch überhaupt; und das will etwas heißen in dem Land mit dem weltweit höchsten Fleischkonsum pro Kopf von jährlich 122 kg.¹⁴ Wurden die rund 2500 McDonalds Restaurants in den USA 1968 noch von 175 lokalen Lieferanten mit Rindfleisch versorgt, sind es heute bei etwa 15000 nur noch fünf! Damit wird Licht auf einen Konzentrationsprozeß sowohl bei den Viehzüchtern wie vor allem bei den Zulieferern geworfen. Erzielten die vier größten Fleischverarbeitungsbetriebe 1970 einen Marktanteil von gerade einmal 21 Prozent, decken Con-Agra, IBP (Iowa Beef Processors), Excel und National Beef heute 84 Prozent ab. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der unabhängigen Rinderzüchter um rund 40 Prozent auf 800000. Allerdings kommen viele nur dann einigermaßen über die Runden, wenn sie einen Nebenjob finden. Denn während die Durchschnittsherden inzwischen 300-400 Tiere umfassen, erodieren die Erlöse; erhielten die Züchter 1980 von jedem für den Kauf von Rindfleisch ausgegebenen Dollar 63 Cents, sind es heute weniger als 45. Mögen so die Cow-boys mehr und mehr zur reinen Folklore werden, ganz verschwinden werden sie wohl nicht, denn die Konzerne der Fleischverarbeitung haben wenig Interesse, die Aufzucht der Tiere ganz in eigene Regie zu übernehmen, denn das bedeutet hohe allgemeine Unkosten, vor allem hohe Kapitalanlagen in Bodeneigentum und eben Risiko. Das halbe Dutzend Verarbeiter sitzt am längeren Hebel, kontrolliert den Markt, hat die Züchter an der Gurgel.¹⁵ Ähnliche Konzentrationsprozesse im Verbund mit immer geringeren Produzentenerlösen lassen sich bei Geflügel- und Schweinezüchtern bzw. den Verarbeitern feststellen.¹⁶ Das Gleiche gilt für die Kartoffelbauern bzw. Pommes Hersteller. Auch hier hat sich eine *Oligopsonie*, in der eine kleine Zahl von Aufkäufern eine große Zahl von Verkäufern bzw. Produzenten beherrscht, herausgebildet.¹⁷

4. Die geringe Zahl von Abnehmern fördert die Konzentration im Verbund mit Massenproduktion bei den Produzenten. Sie stimuliert

12 Die McDonalds Brüder eröffneten das erste Drive-In Restaurant 1937; aber das heutige Markenzeichen: kein Geschirr, nur Plastik/Papier, Minimalmenü Hamburger/Cheeseburger, wurde 1948 eingeführt; 1960 gab es 250, 1973 bereits 3000 solcher Restaurants. Ausgehend von den USA kann man solche Schnellgerichte weltweit in 32000 Filialen in 118 Ländern zu sich nehmen. Als einziges weltweit identisches Produkt sind sie zum »Weltgeld« geworden, an dem sich Produktivität und Kaufkraft international vergleichen lassen. Neben McDonalds sind eine Reihe weiterer Ketten getreten wie Pizza Hut, Burger King, Kentucky Fried Chicken. Vgl. zu dem ganzen Komplex das hervorragende Buch von Dirk Schlosser, *Fast Food Nation*, 2001.

13 2002 zählte McDonalds 1,5 Millionen meist jugendliche Beschäftigte und erzielte einen Umsatz von 36 Milliarden Euro. Vgl. Klaus Werner, Hans Weiss: *Das neue Schwarzbuch, Markenfirmen*, Wien 2005, S. 334 f.

14 Frémy, *Quid* 2004, S. 1725.

15 Schlosser, 2001, S. 138. Rund ein Fünftel des Viehmarktes kontrollieren die Schlachtbetriebe direkt durch eigene Mastbetriebe, durch Sonderverträge mit wenigen großen Viehzüchtern oder durch sogenannte »forward contracts«. Bei steigenden Preisen können sie dann leicht den Markt mit ihrem eigenen Mengenangebot (*captive supply*) überschwemmen und in ihrem Sinn wieder »ins Lot bringen«.

16 Worldwatch 2006, S. 88. Vier Gesellschaften kontrollieren über 50 Prozent der US-amerikanischen Hähnchenindustrie.

17 80 Prozent des Geschäfts mit den Mitte der 60er Jahre eingeführten tiefgefrorenen Pommes frites haben drei Hersteller (Simplot, Lamb Weston, McCain) in der Hand. Ihre Profitmargen sind angesichts scharfer Konkurrenz um Lieferverträge an die Fast-Food-Ketten, die 90 Prozent aller Pommes frites an den Endverbraucher absetzen, niedrig. So wird der Druck nach unten an die unmittelbaren Produzenten weitergegeben: Von einer Portion Frites für 1.50 \$ gehen vielleicht 2 Cents an den Bauern!

18 Schlosser 2001, S. 118.

19 Der Verbreitung von Fertiggerichten und Fast-Food-Restaurants lief ein verändertes Verbraucherverhalten parallel: einerseits wird immer weniger Zeit in der Küche für die Zubereitung von Speisen verbracht, gegenüber durchschnittlich zwei Stunden vor dem Zweiten Weltkrieg, nur noch 30 Minuten in den 1970ern; heute wird der Zeitaufwand mit rund 10 Minuten angegeben. Analog hat sich auch das Einkaufsverhalten gewandelt: 1960 wurden 5 Sechstel des Geflügels in unzerlegter Form eingekauft; heute werden dagegen nur 12 Prozent als ganze Tiere abgegeben, 55 Prozent in zerlegter und ein Drittel in weiter verarbeiteter Form.

20 Zur Geflügelzucht in den USA vgl. Schlosser, 2001, S. 139-141. Die Selbstmordrate unter US

eine »produktivistische« industrielle Landwirtschaft, die sich durch Monokultur, den Verbrauch hoher Dosen chemischen Düngers im Verein mit Pestiziden, Fungiziden und Herbiziden, modernste Landmaschinen und Bewässerung auszeichnet. Derselbe Prozeß verschärft die Konkurrenz unter den Produzenten, verdrängt die bäuerlichen Familienbetriebe zugunsten von Großfarmen mit Tausenden von Hektar, bringt sie in steigende Abhängigkeit erst von den Lieferanten der Betriebsmittel, dann von den Abnehmern. Ein Kartoffelfarmer bringt die Lage auf den Punkt: »The only thing I can really control is what time I get out of bed in the morning.«¹⁸

5. *Contract farming* Der Kreislauf schließt sich beim »contract farming«, wenn der Landwirt ähnlich einem *sweat shop* nurmehr seinen Hof und seine Arbeitskraft dem »Verarbeiter« zur Verfügung stellt. Wenn heute, nicht zuletzt dank der Verbreitung von Fertiggerichten und der Einführung von »chicken nuggets« Anfang der 80er Jahre, mehr »weißes« als »rotes Fleisch« konsumiert wird, profitieren davon nicht unbedingt die Hühnchenzüchter; im Gegenteil. Das große Geld hat sich nach vorn in die Verarbeitung und Vermarktung verlagert, während die Geflügelzüchter in immer größere wirtschaftliche Bedrängnis geraten.¹⁹ Ob in den USA oder in Frankreich: der Hühnerfarmer stellt lediglich das Land, die Arbeitskraft, die sachlichen Betriebsmittel zur Verfügung. Der Verarbeiter wie Tyson Food liefert einen Tag alte Kücken und das Futter, bestimmt die Futterzeiten, führt regelmäßige Kontrollen durch und holt die schlachtreifen Tiere sieben Wochen später wieder ab. Die Entlohnung der Geflügelzüchter bestimmt sich nach Zahl, Gewicht der Tiere und Menge des verbrauchten Futters. Mit anderen Worten, formal selbständig ist der Züchter realiter nichts anderes als ein Lohnarbeiter. Die Zuchtverträge sind kurzfristig, sie können jederzeit vom Verarbeiter gekündigt werden, schließlich ist er der Eigentümer der Hühner. In den USA machen die Hälfte aller Hühnchenzüchter nach durchschnittlich drei Jahren ihre Farm hoch verschuldet wieder zu. Welcher privaten Eigentumsideologie sie auch immer anhängen mögen, die Logik des Kapitals hat sich ihrer nicht nur bemächtigt, sondern ihre Selbständigkeit zu instrumentalisieren gewußt: Das gesamte Risiko unsicherer Ernteerträge ebenso wie schwankender Konsumenten-nachfrage liegt bei ihnen, den Produzenten, die quasi als Subunternehmer in die Wertschöpfungskette der Großunternehmen eingebunden sind! Groß an Zahl wird ihnen ihre Vereinzelung qua Privateigentum gegenüber dem hoch konzentrierten vor- und nachgelagerten Kapital zum Verhängnis. Wie ein Stundenglas schieben sich zwischen die Millionen bzw. Milliarden von Bauern und Landwirten einerseits die Endverbraucher, andererseits eine kleine Hand voll von Intermediären: multinationale Lieferanten, Verarbeiter. Sie besetzen strategische Engen, die sie selbst durch ihr marktinduziertes Oligopol geschaffen haben; sie profitieren nach beiden Seiten: laugen den Produzenten aus, sahen beim Konsumenten ab.²⁰

6. Im Rahmen der 1995 als Nachfolger des GATT ins Leben gerufenen Welthandelsorganisation (WTO) wurde neben der Liberalisierung beim Warenhandel und Dienstleistungen auf Drängen westlicher multinationaler Konzerne auch eine verbindliche Basisregelung über den Schutz geistigen Eigentums vereinbart (TRIPS). Orientiert

am US-amerikanischen Recht sieht es langfristige monopolistische Marktbeschränkungen zugunsten von Erfindern und Patenthaltern nicht nur in Literatur und Kunst und bei technischen Neuerungen, sondern auch im informationell-kommunikativen sowie vor allem im chemisch-pharmakologischen und natürlich-organischen Bereich vor. Die Fortschritte in der naturwissenschaftlichen Erkenntnis gepaart mit wachsender Eingriffsmöglichkeit in natürliche Prozesse haben gerade die in den Bereichen Medizin, Chemie und Agrarwirtschaft tätigen Unternehmen zu Vorkämpfern international geltender Schutzbestimmungen gemacht. Dabei geht es diesen »life-science«-Multis nicht nur um die kommerzielle Auswertung ihrer privat finanzierten Forschungsergebnisse. Sie zielen vornehmlich auf den Zugang zur überwiegenden Mehrheit der Bauern und Landwirte vor allem in der Dritten Welt, die ihre Aussaat bisher mit eigenen, über Generationen gezüchteten, den spezifischen Boden- und Klimabedingungen angepaßten Landrassen aus vergangener Ernte oder im nachbarschaftlichen Tausch vorgenommen haben. Die moderne Bio- und Gentechnologie im Verein mit dem internationalen Patentrecht liefert ihnen diese Zugriffschance, sei es marktmäßig über die Durchsetzung ihrer produktiveren Sorten, sei es über die Analyse und eventuelle Manipulation/Rekombination (inklusive Biopiraterie) traditionellen Saatguts. Schon die Grüne Revolution hatte die traditionellen Produktionsverhältnisse revolutioniert. Die Marktintegration zusammen mit Kommerzialisierung und Spezialisierung wurde gefördert, höhere Erträge eingefahren, vorausgesetzt der bäuerliche Haushalt verfügte über die zusätzlich notwendigen Mittel, Bewässerung, Dünger etc. Diese Hohertragssorten waren aus staatlicher Forschung hervorgegangen und offen zugänglich. Das heutige bio- und gentechnisch veränderte Saatgut ist dagegen (a) im wesentlichen steril, d. h. das Farmerprivileg, einen Teil der Ernte für die Aussaat im folgenden Jahr zurückzubehalten, verliert seine Substanz; (b) das neue Saatgut ist ganz auf den gleichzeitigen Einsatz firmeneigenen angepaßten Düngers bzw. entsprechender Pestizide, Herbizide, etc. ausgerichtet.²¹ Diese Qualität mutiert zu einem Hebel sozialer Ausbeutungsverhältnisse, wenn der landwirtschaftliche Produzent gezwungen wird, quasi sein eigenes Saatgut immer wieder erneut käuflich zu erwerben. Eine dauerhafte Abhängigkeit ist hergestellt; Arbeit und Risiko bleiben beim Produzenten, einen steten Zufluß an Monopolprofit verbucht dafür eine Hand voll von Saatgutfirmen.

Von der Beherrschung zur Zerstörung der Natur

1. Der Wandel von der Subsistenz zur Marktproduktion bringt notwendig eine Spezialisierung beim Anbau im Verbund mit Massenproduktion mit sich. Diese ist ihrerseits an den Einsatz von Maschinen bei der Feldbestellung wie bei der Ernte gekoppelt, was eine weitgehende Homogenität bei Pflanzenwuchs und Reifezeit voraussetzt, die letztendlich auch durch die Qualitätsnormen bei den Marktteilnehmern gefordert wird. Nachfrage, Preiskonkurrenz, Eingliederung in eine nationale bzw. internationale Arbeitsteilung fördern die Konzentration und die Gründung von Agrarfabriken ganz nach dem Muster industrieller Fertigungsanlagen. Schließlich spielen auch Standortfaktoren im Kampf um Kostenvorteile eine Rolle,

Farmern ist dreimal so hoch wie der nationale Durchschnitt. Zur Konzentration siehe auch Nierenberg, S. 85-111 in Worldwatch 2006. Als Beispiel für das Absahnen beim Endverbraucher: Der pommes frites Hersteller bekommt für ein Pfund 30 cents, die dem McDo-Gast dann für 6 \$ über die Theke geschoben werden. Für Frankreich vgl. Bové, Dufour, 2000, S. 143 f. Dies gilt für jede einzelne Nahrungsmittelbranche; so sehen sich die Milchproduzenten in Frankreich machtlos dem Abnahmekartell von fünf Einkaufszentralen gegenüber; vgl. L'Est Républicain 9. 12. 2006.

21 Das Saatgut hat eine interne Resistenz gegen Herbizide, etc. (z. B. »Round-up«); der »Terminator« Samen hatte eine genetisch manipulierte Sterilität eingepflanzt; eine juristische Schranke qua Patentrecht stellen die TRIPS dar, deren Einhaltung durch Kontrolle der Felder durchgesetzt und deren Verletzung gerichtlich selbst bei zufälliger Windbestäubung geahndet wird. Zum Fall des kanadischen Bauern Percy Schmeiser vgl. Koehlin, Florianne: Patente auf Lebewesen: Kontrolle über weltweite Ernährungsgrundlagen, 2001: http://www.blaueninstitut.ch/Tx/tP/tpF/f_PatenteLebewesen.pdf#search=%22Patente%20auf%20Lebewesen%3A%20Kontrolle%20%20C3%BCber%20weltweite%20Ern%20C3%A4hrungsgrundlagen%22

sei es im Hinblick auf Marktnähe, sei es zwecks kostengünstiger Anlieferung von Rohstoffen, sei es auch beim Verarbeitungsprozeß.

2. Die internationale Arbeitsteilung hat nicht nur einen Wandel von der Anpflanzung von Nahrungsmitteln zur Ernährung der eigenen Bevölkerung zum Anbau von Exportprodukten zwecks Deviseneinnahmen (z. B. Tapioka statt Reis) selbst in Ländern mit hohen Hungerquoten mit sich gebracht. Dem Imperativ Kostenminimierung gehorchend, haben sich bei dem Dreiklang Homogenität des Warenangebots, Standortkonzentration bei der Produktion und Auslagerung gerade bei der arbeitsintensiven Verarbeitung weite Distanzen und hohes Transportaufkommen ergeben. So werden beispielsweise in Dänemark gefangene und dort zum Verkauf angebotene Krabben in Marokko geschält, in Deutschland angebauter und verkaufter Salat in Tunesien gewaschen, ein in Bayern oder Kiel gekaufter Erdbeerjoghurt wird in Stuttgart mit Ingredienzen u. a. aus Polen, Amsterdam, Köln und Lüneburg produziert.²² Der der Marktwirtschaft systemimmanente »methodische Individualismus« läßt die gravierenden Umweltschäden als gesamtgesellschaftliche Kosten hinter dem individuellen Vorteil verschwinden.

3. Regionale und betriebsmäßige Spezialisierung ist der Hauptmotor der Modernisierung. Diese geht einher mit Massentierhaltung und *boden-unabhängiger* Produktion und damit einer Abkehr von der traditionellen Landwirtschaft mit ihrer Vielfalt lokal spezifischer Landrassen. Monokultur stellt sich als erstes Ergebnis ein. Die überkommenen Systeme bäuerlicher Produktion mit ihrer Mischung aus Pflanzenanbau und Viehzucht, die dank ihrer Angepaßtheit an lokales Klima, Böden und Topographie ein Gleichgewicht gebildet hatten, sind verschwunden. »Das industrielle Modell duldet keine Diversität.«²³ Der Landwirt ist überhaupt kein Agronom mehr; sondern nur noch Einzelerzeuger, ohne Anbau vorgelagerter Kulturen, ohne Nutzung der verschiedenen Böden. So wie das Kotelett in deutschen Pfannen vom »Einheits-Niedersachsen-Schwein« stammt, befindet sich in Frankreich knapp die Hälfte der Schweinezuchtbetriebe wegen der Nähe zu Häfen und damit des kostengünstigen Zugangs zu importierten Futtermitteln in der Bretagne. Hielten die bretonischen Bauern noch bis in die Mitte der 80er Jahre neben Schweinen auch Kühe und Geflügel, sind sie heute völlig einseitig auf ein einziges Produkt spezialisiert. Als weiteres Resultat verminderte sich in 25 Jahren die Zahl der Betriebe von 26 000 auf 3 000 mit einer zugleich *dreifach* größeren Produktion, mit anderen Worten ein um das 27fache vergrößerter Tierbestand pro Mastbetrieb! Die dritte Konsequenz solcher *industrieller Agrarfabriken* sind ökologischer Natur. So entspricht das Volumen an Urin und Exkrementen aus der Tierhaltung dem zwölffachen der faktischen Bevölkerung der Bretagne mit ihren knapp 3 Millionen Einwohnern. Der Boden kann diese Menge gar nicht aufnehmen; mehr noch, anders als bei der extensiven Viehzucht enthalten die Ausscheidungen aus Massentierhaltung Schwermetalle sowie Rückstände von Antibiotika. Zusätzlich verpesten hunderttausende Tonnen Ammoniak und Nitrat die Luft, verunreinigen das Trinkwasser und beeinträchtigten die Austernkulturen.²⁴ Viehdung – früher Hauptinstrument zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Bodenfruchtbarkeit – ist in sein Gegenteil

22 In einer »produktbezogenen Transportkettenanalyse« wurde festgestellt, daß für die Herstellung solcher Erdbeerjoghurts insgesamt 9 115 km (z. B. 2 884 km für die Verpackung, 1 587 für das Etikett, 917 km für die Rohbakterien) beansprucht werden; vgl. Das Parlament, Jg. 46, Nr. 30/31, 12./19. Juli 1996, S. 3. Vgl. auch Greenpeace (2004): Unsere Nahrung in der Globalisierungsfalle.

23 Bové, Dufour 2001, S. 89.

24 Ebenda, S. 89, 143-149.

verkehrt: Weltweit geht mehr die Hälfte in den Getreidezyklus ein, der Rest *vergiftet* Luft, Wasser und Boden.²⁵ Heute werden bereits drei Viertel des Geflügels, inklusive Eier, und rund die Hälfte aller Schweine und Rinder in solchen Mastbetrieben aufgezogen. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf alle Bereiche der primärsektoralen Produktion. So werden trotz einer sehr ungünstigen Kalorienrelation von 1:7 die Hälfte der Getreideernten und ein Drittel des Fischfangs als Tierfutter verwendet, werden statt Nahrungsgetreide Soja und Mais trotz erheblicher Umweltbelastung (Boden und Wasserverbrauch) favorisiert.²⁶ Nicht zufällig sind es gerade diese beiden Kulturpflanzen, denen sich die Saatgutunternehmen zwecks gentechnologischer Manipulation besonders angenommen haben. Und die industrielle Fleischfabrikation nach dem Muster »Soja-Mais-Beton« hat nicht nur nichts mehr mit »Landwirtschaft« und »Viehzucht« gemein,²⁷ die massenhafte Stallhaltung erhöht auch das Infektionsrisiko, zwingt für sich schon zum erhöhten Einsatz von Antibiotika.

4. Die Bio- und Gentechnologie als dritte Revolution in der Landwirtschaft und Viehzucht nach Mechanisierung und Grüner Revolution hat die mit der Kommodifizierung der Produktion generell verbundene Zielsetzung von Effizienzsteigerung in der input-output-Relation, Verkürzung der Produktions- und Umlaufzeit durch Spezialisierung, Mechanisierung der Produktionsabläufe sowie Massenproduktion und Homogenität bei Kulturpflanzen und Nutztieren potenziert. Vermittels der Ausweitung des Patentrechts, inklusive des geistigen Eigentums an lebenden Organismen (WTO, TRIPS, Para 27,3), d. h. der privateigentümlichen monopolistischen Aneignung wurde dieser Prozeß drastisch beschleunigt.

Bei der Viehzucht werden umfangreiche Forschungsmittel mit dem doppelten Ziel (a) eines größeren physischen Ertrags und (b) einer Erleichterung beim Umgang mit und der Aufzucht immer größerer Herden eingesetzt. So werden Kuhrassen mit sozialem, nicht-aggressivem Charakter gezüchtet, die genetisch für hohe Milchleistung, leichten Umgang beim Kalben sowie ein automatisiertes Melken prädestiniert sind. Erfolgreich im Sinne der Marktimperative von Kosteneffizienz, hier schnelleres Wachstum, weniger Abfälle, bessere »Verwertung« der inputs, erbringt ein Tier jährlich zwischen 8-10000 kg Milch, kalbt im Schnitt dreimal (2,8) und lebt etwas mehr als fünf Jahre.²⁸ Mit Hilfe des Zusatzes von Antibiotika und Wachstumshormonen wird das *ideale* Schlachtgewicht beim Kalb in 14, bei Ferkeln in 4 Monaten, beim Huhn in 7 Wochen erreicht. Allerdings sind die Tiere unter Bedingungen dieser industriellen Aufzucht zu reinen Freß- und Wachstumsmaschinen degeneriert: so nimmt das Ferkel in den sechs Monaten seines kurzen Lebens um das Sechsfache seines Ursprungsgewichts (23 auf 133 kg), das Kalb sogar um das 15fache (36 auf 544 kg) zu; und vom Huhn heißt es, es sei nichts anderes als »Korn auf Korn gespießt«.²⁹

5. Die marktorientierten gentechnischen Erfolge solcher »*Industrialisierung biologischer Systeme*« sind beim Huhn besonders beeindruckend. Sie sind zukunftsweisend, haben Vorbildcharakter für die Forschungsziele bei Kühen, Schweinen und anderen Nutztieren. So wurde bei der Hühnerhaltung im Vergleich zu 1920 die Mortalitäts-

25 Worldwatch 2006, S. 95.

26 Im Zuge der Globalisierung hat sich auch okzidentaler Lebensstil und Verbraucherverhalten verbreitet. Weizen ersetzt zunehmend lokale Grundnahrungsmittel, Fleischkonsum wird zum Statussymbol. Verzehrte jeder Mann im globalen Durchschnitt in den 80er Jahren 18 kg Fleisch jährlich, wird für 2020 die doppelte Menge prognostiziert. Im letzten Jahrzehnt hat sich der Fleischkonsum in China um 50 Prozent auf 73 kg pro Person und Jahr erhöht. Worldwatch, a. a. O.

27 So wurden 2005 weltweit 75 Prozent allen Geflügels, 68 Prozent der Eier, 50 Prozent aller Schweine und 43 Prozent Rinder in solchen Mastbetrieben mit jeweils Tausenden von Tieren großgezogen. Worldwatch 2006, Kap. 2.

28 Bové, Dufour, 2001, S. 95, 116.

29 Worldwatch 2006, S. 91-93.

30 Das Lebendgewicht wurde von 1 auf 2,27 kg, die Futtermittelverwertung von 4,7 auf 1,9 erhöht. M. a. W., um ein Gramm Fleisch zu produzieren, mußten 1920 rund 5 Gramm, heute nur knapp 2 Gramm verfüttert werden. Petschow/Idel 2004, S. 263 ff.

31 Vgl. ebenda.

32 Zur Arbeit der im Akkord bezahlten Hühnerfänger (»chicken catcher«) vgl. Worldwatch 2006, S. 91.

33 Petschow/Idel 2004, S. 279-282.

34 Wörner 2000, S. 30-33; Bové, Dufour 2001, S. 125.

35 Shiva, V.: Biodiversität. Plädoyer für eine nachhaltige Entwicklung, Bern 2001, S. 18 ff.

36 Greenpeace, Gentechnik: Keine Hoffnung für die Hungernden, Hamburg 10/2004. Bereits heute werden in den USA 50 Prozent des Getreide-, 85 Prozent des Soja- und Raps- sowie 75 Prozent des Baumwollanbaus mit gentechnisch verändertem Material betrieben. Deren Verwendung hat sich in vier Jahren fast verdoppelt und kommt heute in 17 Ländern zum Einsatz. Seitens der WTO werden Bedenken als unerlaubte Handelshindernisse gebrandmarkt. Mag die Unbedenklichkeitserklärung der WTO im Sinne der Prävention als unverantwortlich, das Verbot von Einfuhrbeschränkungen in die EU als Handelshemmnis für skandalös gehalten werden, die EU Verordnung zur Etikettierung ist ihrerseits eher Augenwischerei, insofern diese *nicht* für Fleisch gilt!

rate von 18 auf 5 Prozent (trotz Batteriehaltung) gesenkt, das Lebendgewicht bei der Schlachtung um 125 Prozent, dazu in weniger als der Hälfte der Zeit (7 statt 16 Wochen) erhöht, die Futtermittelverwertung um 250 Prozent verbessert.³⁰ Entsprechend sind die Produktionskosten drastisch gesunken, die produzierte Menge massiv gestiegen: Hühnerfleisch kostet inflationsbereinigt nur noch ein Achtel im Vergleich zur Zeit nach 1945. Über den Preismechanismus wurde dieses *industrielle* Huhn mitsamt seinen Aufzuchtmethoden universalisiert. Die Analogie zum fließbandmäßigen industriellen Fertigungsprozeß geht noch weiter, wie der Begriff vom »fordistischen« Huhn nahelegt.³¹ In der Tat, einmal eingefangen,³² geht die Schlachtung und weitere »Verarbeitung« der Hühner völlig maschinell vor sich. Dies ist natürlich nur möglich, weil die lebenden Organismen wie Industriewaren völlig gleichförmig sind. Diese genetische, auch für eine Patentierung unabdingbare Uniformität wird mit der gleichzeitigen Verdrängung anderer Rassen erkaufte. So ruht die Weltproduktion der Hunderte von Millionen industrieller Fleischhühner auf einer sehr engen genetischen Basis von nur drei bis vier »primary breeders« und 35-40 reinrassigen Stammlinien, die über die globalisierten Märkte auch die traditionelle Zucht (middle level stocks) auszukonkurrieren und damit zu verdrängen drohen.³³ Anders, der Fortschritt dieser marktrationalen Viehrevolution wird mit einer systemimmanenten Erosion der genetischen Basis erkaufte. Im Einzelfall wird damit das Risiko des Krankheitsbefalls verbunden mit großflächiger Vernichtung gesteigert, der langfristige Bestand gefährdet.

6. Generell als Folge der industriell »produktivistischen Landwirtschaft« mit Hohertragsorten und Hochleistungsrassen hat sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts die Biodiversität bei Pflanzen um 75 Prozent – dazu mit wachsender Geschwindigkeit – verringert. Bei Nutzpflanzen ist eine ähnliche Tendenz zu beobachten. Alarmiert sieht die FAO denn auch die Ernährungssicherheit potentiell bedroht. Die Zahlen sind in der Tat beunruhigend. Zwar sind von den weltweit existierenden Pflanzensorten bis zu 50 000 essbar; aber lediglich 150-200 gehen in die menschliche Ernährung ein. Doch selbst bei dieser geringen Zahl gibt es erhebliche Ungleichgewichte: so decken Reis, Mais und Weizen rund 60 Prozent des Kalorien- und Eiweißbedarfs ab; zusammen mit Gerste, Hirse, Kartoffeln, Yams, Zuckerrohr und Sojabohnen kommt man auf einen Anteil von drei Viertel. Diese Auswahl von weniger als ein Dutzend Getreidearten wurde im Zuge der Saatgutrevolutionen und der damit verbundenen einheitlichen Sorten gepaart mit Monokulturanbau weiter eingeschränkt. Gab es in der Vergangenheit in Asien 140 000, in Indien allein über 30 000 verschiedene Reissorten, werden heute ganze zehn auf drei Vierteln der Fläche angebaut.³⁴ Ähnlich steht es in Europa, wo auf 80 Prozent der Agrarfläche lediglich vier verschiedene Kulturpflanzen ausgesät werden.³⁵ Die durch die WTO sanktionierte, auf Betreiben bedeutender Agrarstaaten wie den USA, Argentinien und Kanada weltweite Verwendung genmanipulierter Nahrungsmittel – so wurden bis Ende 2004 auf die Hauptnahrungspflanzen Reis, Mais, Weizen, Soja und Sorghum-Getreide bereits mehr als 1000 Patente erteilt – schreibt die weltweite Verbreitung solch homogenen Saatguts fort.³⁶

7. Zusammenfassend läßt sich konstatieren: Die Merkmale der modernen Landwirtschaft, nämlich Uniformität, absolute genetische

Homogenität, Ertragsabhängigkeit qua chemischer Zugaben und Sterilität des Saatguts widersprechen fundamental den Grundgesetzen der Natur als da sind Vielfalt, Anpassung an unterschiedliche Naturräume, Reproduktionsfähigkeit. Diese werden zugunsten der dauerhaften privaten Aneignung des Lebens und darüber hinaus systemisch-struktureller sozialer Abhängigkeitsverhältnisse ersetzt und geopfert. Für private Zwecke zugerichtet und ihrer Basisfunktion beraubt, gibt die Natur lediglich das Medium für Ausbeutung und individuelle Gewinnmaximierung ab. Durch die Einschränkung auf ganz wenige Arten werden Artenvielfalt und Genpool zerstört, die auch durch die Einrichtung von Genbanken, die – typischerweise vor allem in den Industrieländern lokalisiert sind und damit einen neuen Nord-Süd-Konflikt in sich bergen – nicht kompensiert werden. Anders, im Namen des quantitativen kostengünstigen Nahrungsmittelangebots wird ein umfassender Angriff auf die Ernährungsgrundlagen selbst gestartet, das materielle Fundament der Reproduktion von Gesellschaft selbst gefährdet. Privatkapitalistische Verwertungsinteressen und natürliche Prozesse sind unvereinbar, sie unterliegen antagonistischen Logiken.

8. Die Konzentration auf nur wenige Sorten, die weltweite Homogenisierung im Anbau gentechnisch manipulierter Pflanzen, der massenweise Einsatz von Kunstdünger, von Insektiziden und Pestiziden, Massentierhaltung im Verein mit Futtermittelimporten, Wachstumshormonen und Pharmaka haben die Axt an die natürlichen Grundlagen unser aller Leben gelegt.³⁷ Die Gefahren gehäuft auftretender Tierseuchen wie Rinderwahn, Schweinepest und Vogelgrippe ebenso wie Pestbefall bei Pflanzen und die noch völlig unbekannt langfristigen Auswirkungen gentechnisch manipulierten Materials auf Naturpflanzen und schließlich den Menschen sollten zur Rückkehr mahnen. Die Unterwerfung der Natur unter rein marktwirtschaftliche Kostenkalküle einerseits, ihre Pervertierung zwecks Zurichtung für industrielle Massenproduktion und private individuelle Aneignung zugunsten Weniger zeigt, dass die Periode des Niedergangs des Kapitals längst begonnen hat, wir uns bereits in der Barbarei befinden. Deshalb kann auch die Devise weder lauten, Abbau von Handelsschranken und Subventionen in der Triade zugunsten vermehrter Nahrungsmittelimporte aus der Dritten Welt – wie es vor allem die Cairns Gruppe mit den USA, Brasilien und Argentinien an der Spitze fordert – noch »ökologische Landwirtschaft« als Allheilmittel propagiert werden. Solche Forderungen sind nicht nur kurzfristig, sie sind auch in sich fragwürdig. In jedem Fall argumentieren sie systemimmanent, stellen weder Markt noch internationale Arbeitsteilung in Frage; beide aber sind in jeder Hinsicht destruktiv. Im Falle ihrer Implementierung werden durch solche Maßnahmen bestenfalls Marktnischen besetzt, eine Umverteilung zugunsten einiger Großfarmen in Schwellenländern erreicht, aber weder die Lage der ärmsten Länder (»Vierte Welt«) oder generell der (Netto-) Nahrungsmittelimporteure des Trikont verbessert, noch das Problem der mangelnden *monetären* Nachfrage, die Hunderte von Millionen Menschen aus Mangel an Geld vor vollen Brotregalen verhungern läßt, an der Wurzel gepackt.³⁸ Noch in einem weiteren Sinn zeigt insbesondere die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft dessen dop-

37 Worldwatch 2006, S. 99. Aus Gründen der Gesundheit wie des schnelleren Wachstums wegen werden den Tieren Antibiotika im Futter und Wasser beigegeben. Im Schnitt erhalten sie achtmal mehr als die Menschen. Doch während für die letzteren das Rezept eines Arztes erforderlich ist, ist die Landwirtschaft davon ausgenommen. Über die Nahrung wird so eine Bakterienresistenz herausgebildet. Wir »opfern eine Zukunft, in der Antibiotika kranke Menschen behandeln könnten, indem wir sie heute leichtfertig an Tiere verschwenden, die überhaupt nicht krank sind«.

38 Die ganze Heuchelei solcher »Gutmenschen« und »bourgeois Sozialisten« manifestiert sich am 16. Oktober, dem UN-Welt-ernährungstag. Dabei brauchte niemand zu hungern; der Markt selbst verkörpert die strukturelle Gewalt, der buchstäblich in jedem Augenblick Menschen zum Opfer fallen.

pelt negatives Gesicht: er treibt die ursprüngliche Akkumulation unaufhaltsam voran, ohne zur erweiterten kapitalistischen Reproduktion überzugehen. Die Kleinproduzenten werden unter der Herrschaft des Marktes immer weiter verarmt, doch statt zum kapitalistischen Pächter aufzusteigen oder ihre Arbeitskraft einem Unternehmer zur Mehrwertproduktion anzubieten, werden sie aus Mangel an Beschäftigungs- und Einkommensalternativen in eine immer prekärere Subsistenz zurückgetrieben. Hier zeichnet sich die *neue Agrarfrage* als Problematisierung des gesamten Entwicklungsmodells ab, das auf Urbanisierung und Industrialisierung bei gleichzeitiger erst absoluter, dann auch relativer Rückführung der Agrarbevölkerung nach dem historischen Vorbild der heutigen Metropolen setzt. Doch dies ist eine Sackgasse: der Kapitalismus wird *aus seinem Zentrum* heraus globalisiert, d. h. ist kapital- und forschungsintensiv, braucht Konsumenten, weniger Produzenten. Wo aber finden die 330 Millionen Inder oder 300 Millionen Chinesen, die in den nächsten 25 Jahren allein in diesen beiden zukünftigen Weltmächten auf den Arbeitsmarkt strömen, sichere Arbeit und angemessenes Einkommen?

Die Fragwürdigkeit der herrschenden Produktionsweise, die Aporien der in ihr erwachsenen Landwirtschaft bedeuten keine absolute Ausweglosigkeit. Jeder einzelne, selbst die für die Mitte des nächsten Jahrhunderts vorhergesagte stationäre Weltbevölkerung von über 10 Milliarden könnte ausreichend ernährt werden. Mögen die heutigen Strategien wegen ihrer Zielsetzung fragwürdig sein, eine nicht an privater Profitmaximierung ausgerichtete wissenschaftliche Forschung erlaubt Optimismus. Ein Umsteuern ist nötig und möglich. Der FAO zufolge könnten bisher noch brach liegende Ressourcen erschlossen werden, angefangen beim Ackerland oder vermehrter künstlicher Bewässerung, so daß die Ackerfläche erweitert, wenigstens teilweise die durch Hohertragssorten und massive Chemisierung (mit-)verursachte Verschlechterung der Böden kompensiert werden könnte.³⁹ Schließlich müssen die Auswirkungen des prognostizierten, die Landwirtschaft generell, die Ernährungslage der Dritten Welt speziell negativ beeinflussenden Klimawandels mit Trockenperioden, vermehrter Dürre neben Überschwemmungen berücksichtigt werden. Vielleicht ist es schon zu spät, um eine Verschlechterung der natürlichen Lebensgrundlagen zu verhindern. Doch wer sich angesichts des über seinem Kopf in hellen Flammen stehenden Hauses fragt, ob er ins Unbekannte springen soll, begeht Selbstmord aus Angst vor dem Tode. Der Sand im Stundenglas verrinnt, die obere Hälfte ist fast leer; wer dreht sie um?

39 So werden 40 Prozent der weltweiten Getreidernte von lediglich 17 Prozent bewässerter Fläche eingebracht. Dieser Anteil könnte bei nur 14 prozentiger Erhöhung des Wasserverbrauchs verdoppelt werden. Zu Fragen der Erosion, Versalzung, Nährstoffabbau vgl. World Resources Institute, World Resources 2000-2001, Washington 2000, S. 54.

Ausgewählte Bibliographie

- Alternatives Sud, Question agraire et mondialisation. Points de vue du Sud, vol. X, No.1, 2003, (Hrsg. Centre Tricontinental) Paris: L'Harmattan. Editorial, Mondialisation libérale et pauvreté paysanne. Quelle Alternative?, S. 5-26.
- Altieri, M. A.: Ecological Impacts of Industrial Agriculture and the Possibilities for Truly Sustainable Farming, p. 77-92 in Magdoff, F. et al., Hungry for Profit. The Agribusiness Threat to Farmers, Food, and the Environment, New York: Monthly Review Press, 2000.
- Amin, S.: Le virus libéral. La guerre permanente et l'américanisation du monde. Pantin: Le Temps des Cerises, 2003.
- Araghi, F.: The Great Global Enclosure of Our Times: Peasants and the Agrarian Question at the End of the 20th Century, p. 145-160, in Magdoff, F. et al., Hungry for Profit. The Agribusiness Threat to Farmers, Food, and the Environment, New York: Monthly Review Press, 2000.
- Blanckenburg, P. v.: Welternährung, München: Beck, 1986.

- Bové, J., Dufour, F.: *Le Monde n'est pas une Marchandise. Des paysans contre la malbouffe*, Paris: La Découverte, 2000.
- Bräbel, F., Paasch, A.: Die Globalisierung des Hungers und das Menschenrecht auf Nahrung, p. 1473-1480, in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 12/2005.
- BUKO-Agrarkoordination (Hrsg): *Wer Hunger pflanzt und Überschuss erntet. Beiträge zu einer entwicklungspolitischen Kritik der EG-Agrarpolitik*, Hamburg 1988.
- Burbach, R., Flynn, P.: *Agribusiness in the Americas*, New York: Monthly Review Press, 1980.
- Carfantan, J. Y.: *La Mondialisation Déloyale. Pour un nouvel ordre agricole et alimentaire*, Paris: Fayard, 2002.
- Commission on Intellectual Property Rights: *Integrating Intellectual Property Rights and Development Policy*, London 2002 (Internet: www.ipr.commission.org).
- Confédération Paysanne, *Changeons de politique agricole*, Paris: Fayard (Mille et une nuits), 2001.
- Begander, E., Seitz, K.: *Zwischen Hunger und Überschüssen, Agrarpolitik und Entwicklungspolitik im Widerspruch*, Deutsches Institut für Fernstudien, Tübingen 1989.
- FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations): *The State of Food Insecurity in the World 2003*, Rome: FAO 2003.
- FIAN, *Wirtschaft global – Hunger egal? Für das Menschenrecht auf Nahrung*, ATTACBasis Texte 16, Hamburg: vsa Verlag, 2005.
- Foster, J. B., Magdoff, F.: *Liebig, Marx and the Depletion of Soil Fertility: Relevance for Today's Agriculture*, S. 43-60, in: Magdoff, F. et al., *Hungry for Profit. The Agribusiness Threat to Farmers, Food, and the Environment*, New York: Monthly Review Press, 2000.
- Heffernan, W. D.: *Concentration of Ownership and Control in Agriculture*, p. 61-75, in Magdoff, F. et al., *Hungry for Profit. The Agribusiness Threat to Farmers, Food, and the Environment*, New York: Monthly Review Press, 2000.
- Hobbelink, H.: *Biotechnology and the Future of World Agriculture*, London: Zed Books, 1991.
- Kaiser, G.: *Biopiraterie – Der neue Kolonialismus*, p. 1172-1176, in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/2006.
- Lewontin, R. C.: *The maturing of Capitalist Agriculture: Farmer as Proletarian*, p. 93-106, in: Magdoff, F. et al., *Hungry for Profit. The Agribusiness Threat to Farmers, Food, and the Environment*, New York: Monthly Review Press, 2000.
- Magdoff, F. et al.: *Hungry for Profit. The Agribusiness Threat to Farmers, Food, and the Environment*, New York: Monthly Review Press, 2000.
- Mazoyer, M., Roudart, L.: *A History of World Agriculture*, New York: Monthly Review Press 2006.
- McMichael, Ph.: *Global Food Politics*, p. 125-143, in Magdoff, F. et al., *Hungry for Profit. The Agribusiness Threat to Farmers, Food, and the Environment*, New York: Monthly Review Press, 2000.
- Middendorf, G. et al.: *New Agricultural Biotechnologies: The Struggle for Democratic Choice*, pp 107-123, in Magdoff, F. et al., *Hungry for Profit. The Agribusiness Threat to Farmers, Food, and the Environment*, New York: Monthly Review Press, 2000.
- Nuschler, F.: *Entwicklungspolitik*, Bonn: Dietz Verlag, (6.Auflage) 2005.
- Oxfam, *Rigged Rules and Double Standards – Trade, Globalisation, and the Fight against Poverty*, 2002. http://www.maketradeair.com/assets/english/Report_English.pdf.
- Paasch, A.: *Hunger global*, S. 1169-1172, in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 10/2006.
- Palme, Ch.: *Das Kartell der Grünen Gentechnik*, S. 463-473, in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 04/2005.
- Palme, Ch.: *Grüne Gentechnik auf dem Vormarsch*, S. 527-531 in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 05/2006.
- Petschow, U., Idel, A.: *Das globale Huhn*, S. 263-285, in *PROKLA*, 34. Jg.2004, Heft 135.
- Schlösser, E.: *Fast Food Nation. The dark side of the all-american meal*, Boston/New York: Houghton Mifflin Co. 2001.
- Shiva, V.: *Biopiraterie – Kolonialismus im 21. Jahrhundert*, Münster 2002.
- Spangenberg, J.: *Das Grüne Gold der Gene*, Wuppertal: Hammer Verlag, 1992.
- Third World Network, *Third World Resurgence (Penang/Malaysia)*, No 97, >Terminator Technology<: *Grabbing the World's Future Food Supply*, Sept.1998. No. 100/1, *The WTO, Agriculture & Food Security*, Dec.1998/Jan.1999. No. 106, *The Future of Genetic Resources*, June 1999. No. 118/9, *The Real >Miracle<: Sustainable Agriculture*, June/July 2000. No. 161-2, *Back to Basics: Revitalizing the Convention on Biological Diversity*, Jan/Feb. 2004. No. 186, *Regulating Access to the South's Biological Resources*, Feb. 2006.
- Wessel, J.: *Hantman, M., Getreidefieber. US-Agrarkrise, Konzernmacht und Welternährung*. München: dtv 1987.
- Wömer, B.: *Von Gen-Piraten und Patenten*, (Hrsg: *Brot für die Welt*), Frankfurt: Brandes und Apsel 2000.

ULRICH BUSCH

Kein Ende der Arbeitslosigkeit durch Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland

Die demographische Entwicklung in Ostdeutschland seit 1989 wird im Wesentlichen durch zwei Faktoren bestimmt, durch den Fortzug großer Bevölkerungsteile und durch den dramatischen Rückgang der Geburtenrate. Wie aus Abbildung 1 ersichtlich ist, bestimmte in den ersten Jahren nach dem Fall der Mauer die Abwanderung das Bild: Von 1989 bis 1991 verließen 1 033 482 Menschen Ostdeutschland und zogen in den Westen. Das entsprach 6,2 Prozent der Bevölkerung. Den umgekehrten Weg gingen dagegen nur 121 639 Personen, so dass der Wanderungssaldo Ost für diesen Zeitraum -911 843 Personen beträgt. Auch in den Folgejahren waren die Zuzüge nach Ostdeutschland sichtlich geringer als die Fortzüge. Die Differenz ging jedoch bis 1997 kontinuierlich zurück, stieg dann aber wieder an und stabilisierte sich schließlich bei einer Größenordnung von rund 50 000 Personen p. a. Für den Zeitraum 1992 bis 2005 betrug der Wanderungssaldo ca. 725 Tausend Personen. Insgesamt beläuft sich der durch die innerdeutsche Migration verursachte Bevölkerungsverlust Ostdeutschlands aktuell rund 1,7 Millionen Personen. Dies entspricht 10,2 Prozent der ursprünglichen Einwohnerzahl.¹

Anders als bei der Binnenwanderung weist der Saldo der Auslandswanderung ein positives Vorzeichen auf: Seit 1990 gab es hier mehr Zu- als Fortzüge, rund 1,5 Millionen gegenüber 1,1 Millionen. Dadurch vermindert sich der wanderungsbedingte Bevölkerungsverlust Ostdeutschlands seit 1989 insgesamt auf 1,2 Millionen Personen.

Während die Bedeutung der Binnenwanderung für die Bevölkerungsentwicklung im Laufe der Zeit abnimmt, gewinnt der zweite Faktor, die Geburtenrate, ständig an Gewicht. Langfristig erweist sich der Rückgang der Fertilitätsrate² als Hauptfaktor für die demographische Entwicklung. Die Geburtenziffer in Ostdeutschland verringerte sich nach 1989 sprunghaft von 1,57 bis auf den historischen Tiefstand von 0,76 im Jahr 1993. Danach stieg sie wieder an, bis auf 1,3, was zwar in etwa dem westdeutschen Niveau entspricht, aber immer noch weit davon entfernt ist, die einfache Reproduktion zu sichern. Dafür wären mindestens 2,1 Kinder je Frau erforderlich. Eine Beibehaltung des jetzigen Niveaus hätte, *ceteris paribus*, zur Folge, dass jede Generation ein Drittel kleiner ist als die vorherige. Dieser Schrumpfungstrend ließe sich nur langfristig, durch massiven Zuzug von außen oder eine radikale Veränderung des Geburtsverhaltens, korrigieren. Ersteres scheitert jedoch am politischen Klima. Letzterem steht infolge des hohen Frauenanteils bei den Fortzüglern von 63 Prozent inzwischen ein »historisch einmaliges zahlenmäßi-

Ulrich Busch – Jg. 1951, Doz. Dr. oec. habil., Finanzwissenschaftler, TU Berlin, Veröffentlichungen zur Wirtschaftstheorie und -politik sowie zur Entwicklung Ostdeutschlands, zuletzt in UTOPIE kreativ: Berlin – Weltstadtvisionen und Finanzrestriktionen, Heft 195 (Januar 2007).

1 Der Berechnung liegt die mittlere Bevölkerungszahl von 16,614 Millionen für 1989 zugrunde (Statistisches Amt der DDR 1990: 1).

2 Die allgemeine Fertilitätsrate oder Fruchtbarkeitsziffer gibt die Zahl der lebend geborenen Kinder je 1000 Frauen im gebärfähigen Alter als durchschnittliche Kinderzahl je Frau an.

ges Missverhältnis der Geschlechter«, wonach auf 100 Männer nur noch 90 Frauen kommen³, entgegen (vgl. Berlin-Institut 2006: 23 f.). So nimmt der Bevölkerungsrückgang seinen vorgezeichneten Lauf, wird zum Trend und gewinnt mehr und mehr an Stabilität. Dabei verstärken sich die beiden Faktoren gegenseitig: Die Abwanderung mindert die Lebensqualität, wodurch das Geburtsverhalten negativ beeinflusst wird und dieses wiederum erhöht die Perspektivlosigkeit, wodurch sich die Abwanderung verstärkt. Beides zusammen bewirkt eine dramatische Schrumpfung der Bevölkerung, zumindest bis zum Jahr 2050, wie die Projektion des Statistischen Bundesamtes zeigt, möglicherweise aber auch noch darüber hinaus (vgl. Abbildung 2).

Bevölkerungsentwicklung und Humanressourcen

Wie in Abbildung 2 dargestellt, ist die demographische Entwicklung Ostdeutschlands durch einen eskalierenden Schrumpfungsprozess gekennzeichnet. Dieser begann schon vor 1989, setzte sich aber nach dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung beschleunigt fort. Allein in den fünf neuen Ländern, also ohne Berücksichtigung Berlins, schrumpfte die Bevölkerung zwischen 1989 und 2005 um 1 768 Tausend Personen oder 11,7 Prozent. Bis 2020 verschwinden weitere 1,33 Millionen aus der Statistik, so dass die ostdeutsche Population auf 12,1 Millionen absinkt, ein Minus von 10 Prozent. Bis 2050 wird der Bevölkerungsstand voraussichtlich unter die 10-Millionen-Grenze fallen, ein weiteres Minus von 18,5 Prozent. Dies bedeutet, dass sich die ostdeutsche Bevölkerung innerhalb eines Jahrhunderts (1950-2050) beinahe halbiert und seit 1989 um mehr als ein Drittel reduziert.

Diese Entwicklung gewinnt noch erheblich an Brisanz, wenn man sie in ihrer regionalen Differenziertheit, getrennt nach Ländern und Regionen, betrachtet (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1:

Bevölkerungsentwicklung nach Ländern 1989 – 2020

	1989	1990	2005	2020	Veränderung in Prozent
Berlin	3.379	3.434	3.395	3.429	+1,5
Brandenburg	2.641	2.578	2.559	2.412	-8,7
MVP	1.964	1.924	1.707	1.507	-23,3
Sachsen	4.901	4.764	4.274	3.786	-22,8
Sachsen-Anhalt	2.965	2.874	2.470	2.056	-30,7
Thüringen	2.684	2.611	2.335	2.110	-21,4
Neue Länder ohne Berlin	15.155	14.751	13.345	11.871	-21,7
Neue Länder mit Berlin	18.534	18.185	16.740	15.300	-17,4

Quelle: Statistisches Bundesamt 2006 (Stand jeweils am Jahresende).

Dabei fällt auf, dass Berlin und Brandenburg kaum Einwohner verlieren, während alle anderen Länder erhebliche Einbußen verzeich-

3 »Bei den 18- bis 29-Jährigen fehlen in den neuen Bundesländern (mit Berlin) zehn Prozent der weiblichen Bevölkerung. In besonders strukturschwachen Regionen wie Ostsachsen, Nordthüringen oder Vorpommern beträgt das Defizit teilweise 20 Prozent. Den Minusrekord hält der Landkreis Uecker-Randow. Hier gehen rein rechnerisch 26 von 100 Männern bei der Partnersuche leer aus.« (Berlin-Institut 2006: 23).

4 Die Angaben beruhen auf der Bevölkerungsentwicklung seit 1990 und einer Prognose des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) bis zum Jahr 2020.

5 Vgl. hierzu die Übersichten des BBR, insbesondere die Raumordnungsprognose 2020/2050 in der Reihe »Berichte« des BBR, Band 23 sowie die Darstellungen in: Berlin-Institut 2006: 36 f.

6 Vgl. dazu: Zur Lage in Ostdeutschland (2006), insbesondere S. 6-16 und 54-64.

7 Vgl. hierzu zum Beispiel Wolfgang Kil (2004) sowie die beiden Filmprojekte von Holger Lauinger und Daniel Kunle »Nicht mehr – noch nicht« (2006) und »Neuland« (2007), worin über neue Chancen und Zukunftsentwürfe im Osten berichtet wird.

8 Das Erwerbspersonenpotenzial erfasst die Gesamtzahl der Erwerbspersonen, also alle Personen, die ihren Wohnsitz in Ostdeutschland haben und die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder eine derartige Tätigkeit suchen. Die Erwerbspersonenzahl setzt sich zusammen aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen. Sie umfasst also den Teil der Erwerbsfähigen (alle Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 14 und 64 Jahren), der dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung steht.

9 1989 befanden sich in der DDR 10,6 Millionen Menschen im arbeitsfähigen Alter. Für den Vergleich sind davon 0,86 Millionen Perso-

nen. Eine kleinräumig-regionale Betrachtung zeigt jedoch ein differenzierteres Bild. Hier finden sich Regionen, die keine oder nur geringe Bevölkerungsverluste erleiden (Westmecklenburg und das Obere Elbtal/Osterzgebirge) und solche mit Zugewinnen (Potsdam-Mittelmark, Oberhavel, Teltow-Fläming, Barnim) neben Regionen, die von der Schrumpfung überproportional betroffen sind (Altmark, Uckermark, Vorpommern, Prignitz, Ost-, Nord- und Südthüringen, Oberlausitz-Niederschlesien, Lausitz-Spreewald, Südwestsachsen), darunter auch Städte wie Hoyerswerda, Halle, Magdeburg, Cottbus, Gera, Schwerin, Zwickau, Chemnitz, Wittenberge, Görlitz und Dessau.⁴ Auffällig ist, dass die Regionen, die bisher bereits die größten Bevölkerungsverluste erlitten haben, auch diejenigen sein werden, die in den nächsten Jahrzehnten mit einer negativen Bevölkerungsentwicklung zu rechnen haben. Der Trend zur räumlichen Differenzierung verstärkt sich also.⁵

Der in den Daten zum Ausdruck kommende reale und erwartete Schrumpfungsprozess ist aber keineswegs nur ein quantitatives Phänomen. Er beinhaltet auch strukturelle und qualitative Komponenten, so zum Beispiel die Verschiebung in den Geschlechterproportionen (Männerüberschuss), die Alterung der Bevölkerung sowie den Rückgang des Bildungs-, Qualifikations- und Kulturniveaus der Residualbevölkerung infolge der selektiven Mobilität insbesondere junger Menschen. Als Momente eines übergreifenden demographischen Wandels erklären sich diese Prozesse nicht allein aus den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen Ostdeutschlands, sondern sind zugleich Ausdruck eines *gesellschaftlichen Umbruchs*, der nicht nur Ostdeutschland betrifft, sondern gleichermaßen, wenn auch zeitversetzt, Westdeutschland, Europa und die Welt.⁶ In Ostdeutschland treten die Folgen dieses sozioökonomischen Umbruchs, verstärkt durch die Systemtransformation und die Deindustrialisierung, aber zeitlich früher, konzentrierter und komprimierter in Erscheinung als anderswo. Dies lässt sie hier zur demographischen Katastrophe werden, in mancher Hinsicht aber auch zur Chance für Innovationen, Kreativität und Pioniergeist.⁷

Noch problematischer als die Bevölkerungsentwicklung insgesamt erweist sich für die Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands der Rückgang des *Erwerbspersonenpotenzials*⁸ und infolgedessen die Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen. Als Folge der Abwanderung und der extrem niedrigen Geburtenrate in den 1990er Jahren schrumpft die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) in den nächsten Jahrzehnten wesentlich stärker als die Bevölkerung insgesamt. Infolgedessen verringert sich das Erwerbspersonenpotenzial bis 2020 um ca. 20 Prozent und bis 2050 um 43,1 Prozent (Deutsche Bank Research 2004: 40 f.). Im Jahr 2050 wird die Zahl der Erwerbspersonen in den fünf neuen Ländern nur noch vier Millionen betragen. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber 1989 um fast 60 Prozent.⁹ Dies alles ist mit erheblichen negativen Konsequenzen für die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung Ostdeutschlands verbunden. Zwar resultieren hieraus auch positive Effekte, zum Beispiel für den Naturschutz und den Ressourcenerhalt. Diese wiegen die negativen Wirkungen aber bei weitem nicht auf. Sie betreffen das Wirtschaftswachstum und die ökonomi-

sche Reproduktion ebenso wie die Infrastruktur, das Bildungswesen und die Kultur, den Arbeitsmarkt, die Einkommensverhältnisse, die Finanzlage der öffentlichen Haushalte, die privaten Vermögen und die Transferleistungen. Letztlich alles. Einige dieser Wirkungszusammenhänge sollen im Folgenden skizziert werden.

Zuvor aber sei auf die wachsende regionale Differenziertheit des demographischen Entwicklungsprozesses und die daraus resultierenden Folgen hingewiesen. Die neueste Studie der *Prognos AG* (2007) stellt vor allem die Unterschiede der Regionen in der Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft heraus. Zugleich aber zeigt gerade auch dieser Bericht, dass in Ostdeutschland *einige wenige* Standorte mit sehr hohen Zukunftschancen (Potsdam, Dresden, Jena) *sehr vielen* Regionen mit hohen Risiken gegenüberstehen. So weisen von den 113 ostdeutschen Städten und Kreisen 81 deutlich mehr Zukunftsrisiken als -chancen auf. Im gesamtdeutschen Vergleich sind die letzten 50 Plätze der 439 Standorte ausschließlich von ostdeutschen Regionen besetzt. Für sie ist die Zukunft »schwarz«. Und dies, so das Ergebnis der Recherche, wird auch künftig so sein, obwohl sich einige ostdeutsche Regionen sehr dynamisch entwickeln und durchaus Potenziale besitzen, um gegenüber westdeutschen Regionen aufzuschließen.

Tabelle 2:

Erwerbstätige nach Ländern 1999 bis 2005 in 1000 Personen

	1989	1991	1999	2005	Veränderung 1989-2005 in Prozent
Berlin	1.883,0	1.673,1	1.552,2	1.538,5	-18,3
Brandenburg	1.531,1	1.193,0	1.067,5	1.005,9	-34,3
MVP	1.169,4	843,0	755,2	702,8	-39,9
Sachsen	2.864,9	2.250,3	1.982,3	1.885,1	-34,2
Sachsen-Anhalt	1.700,7	1.281,3	1.081,7	988,1	-42,9
Thüringen	1.601,3	1.227,0	1.072,0	1.004,4	-37,3
NL ohne Berlin	8.890,0	6.794,6	5.958,7	5.582,2	-37,2
NL mit Berlin	10.773,0	8.467,7	7.510,9	7.120,7	-33,9

Quelle: Statistisches Bundesamt 2007; Heske 2005: 251, 268; eigene Berechnungen.

Demographie und Wirtschaftswachstum

Das Wirtschaftswachstum ist der wichtigste Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Es findet sein Maß im jährlichen Zuwachs des (realen) Bruttoinlandsprodukts (BIP). Als Pro-Kopf-Größe (BIP je Einwohner) gilt das BIP als zentrale Kennziffer für die Messung des Wohlfahrtsniveaus und der Wohlfahrtsdynamik. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist das Wachstum wesentlich produktivitätsbestimmt und damit vor allem *qualitativer* Art. Dies wird von manchem Kritiker übersehen, insbesondere wenn die Argumentation auf den Ressourcenverbrauch zielt und gar nicht auf den Wertumfang resp. die inflationsbereinigte Preissumme des Outputs, welche aber für das Wachstum ausschlaggebend ist. Während für die Wert-

nen in Berlin-Ost abzuziehen und wegen der veränderten Erwerbsaltersgrenze ca. 0,4 Millionen Frauen im Alter zwischen 60 und 65 Jahren hinzuzurechnen. Daraus ergibt sich eine vergleichbare Größe der Erwerbsfähigen von rund 10,1 Millionen Personen, wovon 8,9 Millionen erwerbstätig waren. Dies entspricht einer Erwerbstätigenquote von 88,2 % und einer Erwerbsbeteiligungsquote (Anteil des Erwerbspersonenpotenzials ohne Stille Reserve an den Erwerbsfähigen) von mehr als 90 % (vgl. Statistisches Amt der DDR 1990: 390 ff.; Heske 2005: 224, 268). Gegenwärtig liegt die Erwerbstätigenquote (am 1. und 2. Arbeitsmarkt) in den neuen Bundesländern bei 66,3 %. Die Erwerbsbeteiligungsquote beträgt 79,7 % (Bundesregierung 2007: A 33). Beide Quoten könnten in der Zukunft ansteigen, aber kaum bis auf das Niveau von 1989. Die Prognose würde dadurch aber nicht wesentlich modifiziert werden.

größe des BIP ein Wachstumspostulat gilt, gibt es für den Ressourcenverbrauch und die Inanspruchnahme der Umwelt durch die Wirtschaft natürliche, ökologische und ökonomische Grenzen. Dies ist absolut unstrittig, ebenso wie das wirtschaftliche Wachstum für die Erhöhung des Wohlstands und die Entwicklung der Gesellschaft unverzichtbar ist. Findet kein Wachstum statt, so haben wir es mit Stagnation oder Rezession zu tun, Prozessen also, die sich im Schrumpfen des verteilbaren Produkts, des Volkseinkommens, der Hauhaltseinkommen, des Konsums und des Lebensniveaus äußern.

Für Ostdeutschland gilt folgende Bilanz: Auf den Einbruch beim ökonomischen Wachstum in den Jahren 1990 und 1991 folgte eine Aufbau-, Modernisierungs- und Restrukturierungsphase (1992-1996), in welcher hohe Wachstumsraten erzielt wurden. Seit 1997 aber herrscht – mit Ausnahme von 1999, 2004, 2006 und 2007 – Stagnation, das heißt, die Zuwachsraten des BIP erreichten im Jahresdurchschnitt kaum mehr als ein Prozent (vgl. Bundesregierung 2006: 152).¹⁰ Auch für die Zukunft ist davon auszugehen, dass sich der Bevölkerungsrückgang wegen des damit verbundenen Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials und der Erwerbstätigenzahl negativ auf das ökonomische Wachstum auswirken wird: Einer Projektion der *DB Research* zufolge wird das sinkende Arbeitskräfteangebot das Wachstumspotenzial Ostdeutschlands bis 2050 um durchschnittlich einen Prozentpunkt dämpfen. Bei einem angenommenen Wachstumspotenzial von 1,0-1,5 Prozent p. a. bedeutet dies, dass die ostdeutsche Wirtschaft auch in den kommenden Jahrzehnten mehr oder weniger stagniert (2004: 41).

Dies wäre aber trotzdem noch ein vergleichsweise *optimistisches* Szenario. Wie die weiteren Überlegungen zeigen, geht es auch anders. Hält der für die Stagnation seit 1997 verantwortliche Rückgang der Investitionen an, so ist für die ostdeutsche Wirtschaft ein *kontinuierlicher Schrumpfungsprozess* zu erwarten. In diesem Szenario würden sich der Rückgang der Erwerbstätigen und deren Alterung und Dequalifikation mit einem zunehmenden technischen Rückstand verbinden. Dadurch würde sich der Abstand gegenüber Westdeutschland erheblich ausweiten, was wiederum die Abwanderung verstärken würde usw. Die divergierende Entwicklung des BIP in Ost- und Westdeutschland hätte zur Folge, dass das BIP-Ost p. C. von derzeit 64,5 Prozent des Westniveaus unter 60 Prozent absinkt. Der in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre unterbrochene Aufholprozess der neuen Länder würde dadurch in sein Gegenteil umschlagen, in Divergenz. Die maximale Annäherung beider Landesteile wäre Anfang dieses Jahrzehnts erreicht worden. Für die nächsten Jahre und Jahrzehnte sind keine weiteren Fortschritte zu erwarten, sondern das wirtschaftliche Auseinanderdriften von Ost und West, so dass Ostdeutschland bis 2050 »wieder auf das Niveau von Mitte der 90er Jahre zurückfallen« würde (DB Research 2004: 44).

Diese Projektion lässt sich durch eine Analyse der Auswirkungen des demographischen Wandels auf das *Arbeitsangebot* untersetzen. Den Ausgangspunkt dafür bildet die oben konstatierte und praktisch nicht mehr zu umgehende Reduktion und Alterung des Erwerbspersonenpotenzials. Mit dem Rückgang der Zahl der erwerbsfähigen Personen verringert sich auf der Angebotsseite der Wirtschaft (bei gleich bleibender Erwerbsbeteiligung) das Potenzial an verfügbaren

10 Pro Kopf gerechnet verzeichneten die neuen Länder aber trotzdem einen Zuwachs, weil sich der Bevölkerungsrückgang statistisch als Anstieg des BIP p.C. niederschlägt.

Arbeitskräften. Allein im Zeitraum 2005 bis 2020 ist hier mit einem Rückgang von 14,5 Prozent zu rechnen (IWH/TU Dresden/ifo 2006: 170). Da die Arbeit der wichtigste Produktionsfaktor ist, führt dieser Rückgang *ceteris paribus* zu einer Verringerung des Outputs, des BIP. Die gesamtwirtschaftlich erzielbaren Wachstumsraten werden hierdurch gedämpft. Diese Wirkung ließe sich durch eine steigende Kapitalausstattung je Arbeitskraft kompensieren. Davon ist jedoch eher nicht auszugehen, da weniger Personen in Forschung und Entwicklung tätig sein werden und die Anlageinvestitionen seit längerem rückläufig sind (vgl. Tabelle 3). Da sich außerdem die Schrumpfung der Bevölkerung sukzessive in einem Alterungsprozess bemerkbar macht, sinkt zudem die Erwerbstätigenquote.¹¹ Mithin verschlechtert sich das Verhältnis zwischen Produzenten und Konsumenten, wodurch nicht nur das produzierte BIP geringer wird, sondern auch das Pro-Kopf-Einkommen und das Wohlstandsniveau sinken.

11 »Da die Bevölkerungsentwicklung vor allem durch den geringen Besatz von ›nachwachsenden‹ Generationen getrieben wird (und zugleich von der Abwanderung gerade junger Menschen), ist die Verringerung der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) nahezu doppelt so groß wie die Abnahme der Bevölkerung insgesamt. Damit verbunden ist ein deutlicher Anstieg des Durchschnittsalters sowohl der gesamten als auch der erwerbsfähigen Bevölkerung. (...) Nach der 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für die ostdeutschen Bundesländer steigt der Altersdurchschnitt der Personen im erwerbsfähigen Alter (...) von heute 40,4 Jahre auf 44 Jahre im Jahr 2020.« (IWH/TU Dresden/ifo 2006: 35).

Tabelle 3:
Investitionen in neue Anlagen in Ostdeutschland in laufenden Preisen (Milliarden €)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Wirtschaft insgesamt	96,2	91,5	88,4	83,8	76,1	68,7	66,9	67,2	65,3
dar. prod.									
Gewerbe	16,9	16,0	15,5	14,5	14,3	12,4	11,5	12,4	11,6
dar. verarb.									
Gewerbe	9,7	9,3	9,5	9,7	10,3	8,9	8,6	9,6	8,9

Quelle: Bundesregierung: Jahresbericht 2007: Anhang 38 f.

Weitere Aspekte betreffen die Innovationsintensität, die Existenzgründungen, die Mobilität des Humankapitals und die Humankapitalakkumulation. So liegt es zum Beispiel nahe, dass sich Schrumpfung und Alterung des Erwerbspersonenpotenzials direkt in einer Verringerung der Zahl der Existenzgründungen niederschlägt. Dafür sprechen sowohl die altersspezifischen Gründungsquoten, wonach die meisten Gründer zwischen 25 und 39 Jahre alt sind, als auch die Abnahme der Gründungsneigung und Gründungswahrscheinlichkeit mit zunehmendem Alter. Für Ostdeutschland wird deshalb für die nächsten Jahrzehnte ein spürbarer Rückgang der Existenzgründungen prognostiziert (vgl. Tabelle 4).¹²

Tabelle 4:
Voraussichtliche Entwicklung der Gründungszahlen im Vergleich zu 2002 (in Prozent)

	Berlin	Brandenb.	MVP	Sachsen	Sachsen-Anh.	Thüringen
2010	-6	-10	-13	-8	-15	-5
2020	-14	-32	-30	-28	-27	-28

Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH/TU Dresden/ifo 2006: 97

12 Politische Aktivitäten mit dem Ziel, die Zahl der Existenzgründungen in den neuen Ländern spürbar zu erhöhen, wie zuletzt von Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagen, werden an diesem Trend wenig ändern, ihn weder umkehren noch aufhalten. Da dem sowohl die Bevölkerungsentwicklung als auch die Marktentwicklung entgegenstehen, müssen sie wirkungslos bleiben.

13 Diese Angaben wie auch die folgenden Ausführungen beziehen sich auf den Zeitraum 2005 bis 2020. Sie fußen auf einer gemeinsamen Untersuchung des IWH, der TU Dresden und des ifo Instituts vom Dezember 2006.

14 Dies gilt besonders für Ostdeutschland, wo die Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten derzeit bei 50 % liegt. Das heißt, auf jeden erwerbstätigen Geringqualifizierten kommt ein arbeitsloser Geringqualifizierter. Bei Personen mit Berufsabschluss und bei Hochqualifizierten mit einem akademischen Abschluss sind die Quoten mit 20 % bzw. 5 % dagegen deutlich geringer (vgl. IWH/TU Dresden/ifo 2006: 158).

15 Die Erwerbsquote bezeichnet den Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahre).

16 Berechnungen des ifo Instituts München/Dresden zufolge schrumpft die ostdeutsche Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den einzelnen Qualifikationsstufen differenziert. Am stärksten geht zwischen 2005 und 2020 die Zahl der Personen mit Berufsabschluss zurück, weniger stark dagegen die Gruppe der Personen ohne Berufsabschluss und die Gruppe der Hochschulabsolventen. Diese Entwicklung findet in der Veränderung der tatsächlichen Qualifikationsstruktur der Erwerbspersonen einen adäquaten Niederschlag (vgl. ebenda, S. 167 und 170).

17 Der Sektor der handelbaren Güter umfasst im

Folgen für den Arbeitsmarkt

Der demographische Wandel ist von erheblicher Bedeutung für den ostdeutschen Arbeitsmarkt. Von besonderer Relevanz ist dabei in den nächsten Jahren der mehr als doppelt so starke Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials (-16,5 Prozent) gegenüber dem Rückgang der Bevölkerung insgesamt (-7 Prozent).¹³ Auch wenn dieser Prozess kurzfristig für den Arbeitsmarkt von entlastender Wirkung sein kann, so wirkt er sich mittel- bis langfristig doch bremsend auf Wachstum und Innovation und damit tendenziell *negativ* auf die Beschäftigungslage aus. Dieser Effekt erklärt sich vor allem aus einer Veränderung der Nachfrage nach Arbeitskräften. Er rührt aber auch daher, dass mit der Schrumpfung der Bevölkerung deren Alterung einhergeht und sich mithin die Altersstruktur der Personen im erwerbsfähigen Alter verschiebt: So geht zwischen 2005 und 2010 die Zahl der wirtschaftlich stark ins Gewicht fallenden 35- bis 44-Jährigen spürbar zurück (-21,1 Prozent). Noch mehr vermindert sich der Anteil der 15- bis 24-Jährigen, indem ihre Zahl bis 2015 sogar um 47 Prozent sinkt. Die Zahl der 25- bis 34-Jährigen nimmt anfangs noch leicht zu, geht ab 2015 dann aber ebenfalls zurück. Die einzige Altersgruppe, die über den gesamten Zeitraum hinweg zulegt, ist die der 55- bis 64-Jährigen. Sie wird im Jahr 2020 mehr als 27 Prozent der Erwerbsfähigen und mehr als ein Drittel der Erwerbspersonen stellen.

Neben der Altersstruktur verändert sich die *Qualifikationsstruktur*. Dies spielt hier eine Rolle, da die Qualifikation sowohl für die Beschäftigungschance als auch für die Erwerbsbeteiligung von zunehmender Relevanz ist. Geringqualifizierte sind stärker dem Risiko der Arbeitslosigkeit ausgesetzt als Qualifizierte und Hochqualifizierte.¹⁴ Ferner gilt: Erwerbsquote¹⁵ und Qualifikationsniveau stehen in einer positiven Korrelation zueinander. Hieraus folgt, dass die Alterung der erwerbsfähigen Bevölkerung sowie der Rückgang des Qualifikationsniveaus¹⁶, nicht zuletzt infolge der selektiven Abwanderung qualifizierter Personen, dazu führen, dass die Erwerbsquote in Ostdeutschland sukzessive sinkt, von gegenwärtig etwa 86 Prozent auf 82,5 Prozent im Jahr 2020 und sich das Arbeitsangebot im Zeitverlauf qualitativ deutlich verschlechtert.

Eine analoge Analyse lässt sich für die *Arbeitsnachfrage* vornehmen. Dies setzt voraus, dass zunächst innerhalb der Wirtschaft zwischen zwei Sektoren – zwischen handelbaren und nicht-handelbaren Gütern – unterschieden wird.¹⁷ Diese Unterscheidung ist deshalb erforderlich, weil regionale demographische Veränderungen für die Arbeitsnachfrage im Sektor der handelbaren Güter irrelevant sind (diese Güter lassen sich überall verkaufen), im Sektor der nicht-handelbaren Güter dagegen nicht. Hängt im Sektor der handelbaren Güter die Arbeitsnachfrage mithin von der Güternachfrage *weltweit* ab, und damit vom Lohnniveau, so wird die Nachfrage nach Dienstleistungen und anderen nicht-handelbaren Gütern – und damit auch die Nachfrage nach Arbeitskräften – in diesem Sektor maßgeblich von der ortsansässigen Bevölkerung bestimmt. Die weiteren Überlegungen sollen sich daher auf den Sektor der nicht-handelbaren Güter konzentrieren, zumal hier rund 80 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten und mehr als drei Viertel der Konsumausgaben getätigt werden,

während für handelbare Güter nur knapp ein Viertel des verfügbaren Einkommens ausgegeben wird.¹⁸

Die Analyse lässt im betrachteten Zeitraum zwei gegenläufige Tendenzen erkennen: *Zum einen* kommt es durch den Rückgang und die Alterung der Bevölkerung, aber auch durch die Zunahme des Anteils der mit Kaufkraft unterdurchschnittlich ausgestatteten Transferempfänger (Rentner¹⁹, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger), zu einer deutlichen Reduktion der kaufkräftigen Nachfrage. *Zum anderen* aber bringt die demographische Veränderung zugleich eine Nachfrageverschiebung zugunsten altersspezifischer Güter mit sich, die häufig nicht handelbar sind und nur lokal oder regional bereitgestellt werden (zum Beispiel Gesundheitsdienstleistungen). Dies hat einen Anstieg der Arbeitsnachfrage im Sektor der nicht-handelbaren Güter zur Folge. Ferner ist eine Verschiebung in der Qualifikationsstruktur zu erwarten: Die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften, zum Beispiel Ärzten, wird steigen, während die Nachfrage nach Gering- und Durchschnittsqualifizierten (Verkäuferinnen, Lagerarbeitern, Transporteuren) zurückgeht. Es ist wahrscheinlich, dass sich im hier betrachteten Zeitraum die alterungsbedingten Effekte gegenseitig aufheben, so dass es zwar zu strukturellen Verschiebungen innerhalb der Sektoren kommt, nicht aber zu einer generellen Veränderung der Arbeitsnachfrage. Was bleibt, ist der Effekt des Bevölkerungsrückgangs, der sich eindeutig »dämpfend« auf die Nachfrage nach nicht-handelbaren Gütern und damit auch auf die Nachfrage nach Arbeitskräften auswirkt.

Da für den Arbeitsmarkt die Nachfrageseite den Ausschlag gibt, folgt aus dem hier Dargestellten, dass in Ostdeutschland nicht nur der Arbeitskräftebedarf zurückgehen wird, sondern auch die Beschäftigung. Nach dem dramatischen Beschäftigungsabbau zu Beginn der 1990er Jahre um mehr als ein Drittel ist in den vor uns liegenden Jahren mit einer weiteren Reduktion der Erwerbstätigen zu rechnen, von derzeit 7,1 Millionen auf nur noch 6,3 Millionen im Jahr 2020.²⁰ Und das ist noch lange nicht das Ende des Schrumpfungprozesses.

Auf dieser Grundlage lassen sich nunmehr modellhaft drei Szenarien für die Entwicklung von Beschäftigung und Erwerbslosigkeit in Ostdeutschland konstruieren. Dabei werden die beiden Seiten des Arbeitsmarktes, das Arbeitsangebot und die Arbeitsnachfrage, zusammengeführt und unter Einbeziehung möglicher Lohnentwicklungsvarianten diskutiert.

Ein *erstes* Szenario geht davon aus, dass der Bevölkerungsrückgang resp. Rückgang des Arbeitsangebots bei konstanter Arbeitsnachfrage zu einem Verschwinden der Arbeitslosigkeit führt. Unter bestimmten Konstellationen wie der »demographischen Falle«, wo Ersatzbedarf und Fachkräftenachwuchs temporär auseinander fallen (vgl. Steiner/Wiener 2006: 65 ff.), kann die Unterbeschäftigung zeitweise sogar in einen eklatanten Arbeitskräftemangel umschlagen. Dies wäre jedoch keineswegs gleichbedeutend mit einer Lösung des ostdeutschen Arbeitsmarktproblems. Ökonomen und Politiker, die diese (Wunsch-)vorstellung hegen, übersehen, dass dieses Szenario durchaus *gegensätzliche* Effekte auf separaten Teilmärkten impliziert, so dass Arbeitskräftemangel und Unterbeschäftigung gleich-

Wesentlichen die Land- und Forstwirtschaft, die Fischerei, den Bergbau, das verarbeitende Gewerbe und das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Zum Sektor der nicht-handelbaren Güter zählen die Energie- und Wasserversorgung, das Baugewerbe, der Handel, das Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung usw., die öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Erziehung und Bildung, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, öffentliche und persönliche Dienstleistungen und anderes mehr.

18 In der Studie IWH/TU Dresden/ifo (2006) wird festgestellt, dass die sektorale Nachfragestruktur keiner altersbedingten Veränderung unterworfen ist: »Vielmehr bleibt die Ausgabenstruktur konstant, d. h. 23,8 % des verfügbaren Einkommens werden von den Einwohnern Ostdeutschlands für handelbare Güter ausgegeben, während es 76,2 % für die nicht-handelbaren (lokalen) Güter sind.« (ebd., S. 176).

19 Während die gegenwärtige Rentnergeneration in Ostdeutschland eher überdurchschnittlich mit Kaufkraft ausgestattet ist, werden die künftigen Rentner in ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen mehrheitlich weit schlechter gestellt sein. Die Zunahme des Anteils der Älteren an der ostdeutschen Bevölkerung wird daher mit deren Verarmung und einem sichtlichen Rückgang der kaufkräftigen Nachfrage einhergehen (vgl. Winkler 2006: 44 ff.).

20 Vgl. IWH/TU Dresden/ifo (2006): 178. Die

Zahlen beziehen sich auf die fünf neuen Bundesländer und Berlin, ohne Berücksichtigung Auszubildender. Andere Berechnungen, zum Beispiel des IAB, welche Auszubildende sowie geringfügig Beschäftigte mit einbeziehen, kommen zu einem noch stärkeren Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen bis 2020 von rund 1 Million Personen.

21 »Vergleicht man die durchschnittlichen Monatsverdienste eines vollbeschäftigten Arbeitnehmers im Unternehmenssektor zwischen den neuen und den alten Bundesländern, so wird deutlich, dass sich bei steigenden Bruttoverdiensten der Lohnabstand seit Ende der neunziger Jahre nicht verändert hat. Der Verdienst eines Vollbeschäftigten beläuft sich im Produzierenden Gewerbe Ostdeutschlands auf rund 70 % des Westniveaus, in Handels-, Kredit- und Versicherungsunternehmen auf 74 %. Über alle Beschäftigungstengruppen im Unternehmenssektor gerechnet, ist der Abstand größer. Im Produzierenden Gewerbe liegt die Annäherung bei 62 %, im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr bei 71 %. Beachtet man die längeren Arbeitszeiten im Osten, liegen die Bruttoverdienste ... je geleistete Arbeitsstunde bei zwei Dritteln des Westniveaus, im Verarbeitenden Gewerbe bei knapp 60 %.« (Ludwig et al. 2006: 196 f.).

22 »In den neuen Bundesländern verfügen inzwischen 57 % aller ab 18-Jährigen über eigene Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit – wenn auch bei unterschiedlicher Dauer. Dabei waren insgesamt seit 1990 Männer in höherem

zeitig *nebeneinander* bestehen würden. Andererseits scheint es völlig unrealistisch, anzunehmen, die Arbeitsnachfrage bliebe unter den Bedingungen des demographischen Wandels unverändert, womit wir bei den beiden anderen Szenarien wären.

Das *zweite* Szenario unterstellt, dass es, hervorgerufen zum Beispiel durch den produktivitätssteigernden technischen Fortschritt, zu einer Erhöhung der Arbeitsnachfrage kommt. Bleibt der Lohn konstant, so könnte sich dies positiv auf die Beschäftigungslage auswirken. Steigt der Lohn hingegen, so würde die zusätzliche Arbeitsnachfrage nicht beschäftigungswirksam werden. Unter den ostdeutschen Bedingungen ist eher von letzterem auszugehen, da es einen starken Druck gibt, die Lohndifferenz gegenüber Westdeutschland, die sich seit Jahren kaum verringert, einzuebnen.²¹ Damit hätte sich auch dieses Modell praktisch erledigt.

Von größerer Realitätsnähe ist demgegenüber das *dritte* Szenario. Dieses geht davon aus, dass der Rückgang der Bevölkerung – wie oben entwickelt – zu sinkenden Ausgaben und einer Reduktion des Konsumtionsniveaus bei nicht-handelbaren Gütern führt. In der Folge ginge auch die Arbeitsnachfrage zurück.²² Würde der Lohn unter diesen Bedingungen konstant bleiben, so wäre der Beschäftigungsrückgang vergleichsweise hoch. Würde der Lohn aber sinken, so würde die beschäftigungswirksame Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt weniger stark zurückgehen als die Güternachfrage. Auf jeden Fall aber handelt es sich hierbei um ein *rezessives* Szenario, bei dem, ausgelöst durch den Bevölkerungsrückgang, Arbeitsangebot *und* Arbeitsnachfrage schrumpfen. Letztlich sinkt dadurch die Dynamik der wirtschaftlichen Aktivität überhaupt, was auch dem Arbeitsmarkt alles andere als belebende Impulse verleiht. Es wäre daher naiv anzunehmen, der Bevölkerungsrückgang würde das Problem der hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland lösen. Das Gegenteil ist der Fall: Alle an realen Bedingungen orientierten Simulationsrechnungen gelangen zu dem Resultat, dass »das Problem der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland durch den demographischen Wandel nicht behoben wird« (IWH/TU Dresden/ifo 2006: 193). Vielmehr wird es auch in der Zukunft das soziale Hauptproblem bleiben.

Demographie und Transferbedarf

Die wirtschaftliche und soziale Lage in Ostdeutschland seit 1990, aber auch die Wiedervereinigungsstrategien der Bundesregierung sowie der letzten DDR-Regierungen unter Hans Modrow und Lothar de Maizière, erforderten Transferzahlungen. Angesichts des wirtschaftlichen und sozialen Niveaufalles zwischen West- und Ostdeutschland und den mit der Systemtransformation und der Vereinigung verbundenen Herausforderungen war dies unumgänglich. Ohne die Zahlung regelmäßiger hoher öffentlicher Transfers des Bundes, der Europäischen Union, der westdeutschen Länder und der Sozialversicherungskassen wären die Transformation, der *Aufbau Ost* und die deutsche Einheit kaum denkbar gewesen. Der Gesamtumfang dieser Zahlungen beläuft sich im Zeitraum von 1990 bis 2006 auf ca. 1 500 Milliarden € (brutto). Nach Abzug der in Ostdeutschland aufgebrauchten Steuern und Beiträge erhält man eine Nettogröße von ca. 1 100 Milliarden €. Das sind jährlich zwischen 50 und 85 Milliarden € (vgl. Abb. 3 im Anhang).

Die Transferleistungen bilden seit 1990 das finanzielle Rückgrat der deutsch-deutschen Beziehungen, auf Bundesebene ebenso wie auf der Ebene der Länder und Kommunen.²³ Darüber hinaus bilden sie eine Schlüsselgröße für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den neuen Ländern. Während sie mit ca. 4 Prozent der gesamtdeutschen Wirtschaftsleistung für Westdeutschland eine leistbare, wenn auch nicht unbeachtliche ökonomische Belastung darstellen, ist ihre Bedeutung für Ostdeutschland ungleich höher zu bemessen: Rund 16 Prozent der Wertschöpfung sind hier transfergestützt. Dies entspricht einem Anteil am BIP von 13,5 Prozent und einem Arbeitsvolumen von 85 000 Arbeitsplätzen (Lehmann et al. 2005: 21). Der Anteil der Transfers an der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bzw. inländischen Verwendung Ostdeutschlands liegt zwischen 45 Prozent (Anfang der 90er Jahre) und 20 Prozent (Ludwig et al. 2005: 184). Die Bedeutung der Transferzahlungen reicht jedoch weit über die Ökonomie hinaus: Es gibt kaum einen Bereich des gesellschaftlichen Lebens, von der Wirtschaft bis zur Kultur, von den Investitionen bis zu den Ausgaben der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, von Bildung, Wissenschaft und Umweltschutz, der nicht zumindest zu einem Teil transferfinanziert ist. Die Transferleistungen sichern in Ostdeutschland ein Lebensniveau deutlich oberhalb der regionalen wirtschaftlichen Leistungskraft. Durch die damit erfolgende Alimentierung begründen sie aber auch den abhängigen Status der neuen Länder und ihrer Bewohner, deren politische Schwäche und Deklassierung zu »Bürgern zweiter Klasse«.

Die Transferleistungen lassen sich auf verschiedene Weise klassifizieren und quantifizieren.²⁴ Hier soll allein der demographische Aspekt interessieren. Um den Einfluss des demographischen Wandels auf den Umfang der Transferleistungen zu bestimmen, ist es hilfreich, zwischen Leistungen, die pro Kopf, entsprechend allgemeingültiger Richtlinien oder Gesetze erbracht werden, Zahlungen, die in Abhängigkeit vom Bedarf zu leisten sind und Einzelmaßnahmen, die im Rahmen bestimmter Programme vorgenommen werden, zu differenzieren. Zur ersten Gruppe gehören die Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs und die Sonderbedarfsergänzungszuweisungen des Bundes an die Länder. Zur zweiten Kategorie zählen die Leistungen der Sozialversicherungskassen, soweit ihr Umfang das Aufkommen in Ostdeutschland übersteigt. In der dritten Gruppe sind die Zahlungen der Europäischen Union und die verschiedenen Leistungen des *Aufbau Ost* erfasst.

Es ist leicht nachzuvollziehen, dass sich der Umfang der Transferzahlungen in der ersten Gruppe mit dem Rückgang der Bevölkerungszahl reduzieren wird. Erheblich verstärkt wird dieser Effekt durch die geplante Abschmelzung der Solidarpaktmittel in den Jahren 2008 bis 2020 (vgl. Abbildung 4). Allein im Korb I vermindert sich bis 2020 der jährliche Umfang der Transfers gegenüber heute um 10,5 Milliarden €. Die Leistungen im Korb 2 sind gesetzlich nicht näher spezifiziert, unterliegen aber ebenfalls einem Degressionsprozess. Diesem Negativeffekt steht momentan ein positiver Effekt durch wachstumsbedingte Steuermehreinnahmen bei den ostdeutschen Gebietskörperschaften gegenüber. Dieser wird jedoch durch den Bevölkerungsrückgang und den Alterungseffekt relati-

Maße betroffen (61 %) als Frauen (54 %).« (Winkler 2006 b: 16).

23 »Alle finanzwirtschaftlichen Kennzahlen belegen, dass die ostdeutschen Bundesländer ohne Zuwendungen vom Bund und von den westdeutschen Bundesländern in ihrer heutigen Form nicht lebensfähig wären.« (DB Research 2004: 46).

24 Vgl. dazu im Einzelnen: Ulrich Busch: Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin 2002.

25 Vgl. dazu AG Wirtschaftspolitik der Linkspartei.PDS: Beiträge zur Wirtschaftspolitik. Öffentliche Finanzen – Herausforderung für linke Wirtschaftspolitik, Berlin, darin insbesondere: Busch 2006 b und Troost 2006.

viert, so dass längerfristig mit »erheblichen Verlusten beim Volumen der Steuereinnahmen« (IWH/TU Dresden/ifo 2006: 234) zu rechnen ist. Da die Ausgaben auf Grund des Kostenremanenzeffekts nicht in gleichem Maße reduzierbar sind, erhöht sich der Transferbedarf und die ostdeutschen Länder werden verstärkt in finanzielle Probleme geraten.²⁵ Ob dem mit einem Solidarpakt III begegnet werden kann, wie die AG *Alternative Wirtschaftspolitik* es vorschlägt (2006: 162 ff.), darf jedoch bezweifelt werden. Dafür fehlt bis auf weiteres der politische Wille, aber auch ein Konzept der Bundesregierung zur Sanierung der ostdeutschen Länderhaushalte.

Im Unterschied zu diesen Transfers, die zielgerichtet sukzessive zurückgeführt werden, unterliegen die in der zweiten Kategorie zusammengefassten Leistungen einem gewissen Automatismus: Ihr Umfang geht zurück, wenn die Bevölkerungszahl sinkt. Er steigt aber auch, wenn die Zahl der Transferempfänger wächst und deren Anteil an der Bevölkerung zunimmt. In dem Maße, wie sich die wirtschaftliche und soziale Lage in Ostdeutschland relativ zu Westdeutschland wieder verschlechtert, entstehen bei den Sozialsystemen Finanzierungslücken. Mithin wächst der begründbare Transferbedarf. Dies gilt selbst für den Fall, dass der Leistungsbezug im Osten weiterhin unterhalb des westdeutschen Niveaus festgeschrieben bleibt, wie zum Beispiel bei der Altersrente, wo es wegen des geringeren Rentenwerts Ost (87,9 Prozent) auch künftig keine Gleichheit im Leistungsbezug geben wird (Winkler 2006a: 273 ff.).

Die Leistungen der dritten Gruppe hängen von politischen Entscheidungen ab und sind insofern in bestimmtem Maße beeinflussbar. Dies gilt sowohl für die Ebene der Europäischen Union als auch für die Leistungen des Bundes und der Sozialversicherungssysteme. Hält man am Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland (und in Europa) fest, was faktisch »soziale Konvergenz« bedeutet, so impliziert dies weiterhin hohe Sozialtransfers für Ostdeutschland. Will man diese reduzieren, so verlangt dies private und öffentliche Investitionen, also *investive* Transfers. Das Transfervolumen würde dadurch erst einmal steigen, trotz sinkender Bevölkerungszahl. Werden die Investitionen dagegen reduziert, wie seit Mitte der 1990er Jahre der Fall²⁶, so geht die durch den demographischen Wandel ohnehin geschwächte Wirtschaftskraft der neuen Länder noch mehr zurück. »Damit verschlechtern sich die Zukunftsaussichten weiter – ein Teufelskreis von schrumpfender Bevölkerung und nachlassender Wirtschaftskraft beginnt.« (Ragnitz 2005: 8) In den peripheren Regionen der neuen Länder – in Vorpommern, in der Altmark, in Ost-sachsen und in Teilen Brandenburgs und Thüringens – ist dieses Szenario bereits Realität. Dafür steht der Begriff »Mezzogiorno« als Bezeichnung für eine dauerhaft zurückbleibende und transferabhängige Region.

Fazit

Der demographische Wandel führt in Ostdeutschland zwangsläufig zu einem Rückgang und einer Alterung des Erwerbspersonenpotenzials, ferner zu einem Sinken der Erwerbstätigenzahl und einer qualitativen Verschlechterung des Arbeitsangebots. Dadurch verringern sich in der Zukunft die Möglichkeiten des Produktionswachstums

26 Der Umfang der Anlageinvestitionen in Ostdeutschland war mit 65,3 Milliarden € im Jahre 2005 um 38,1 % geringer als 1995. Bei Ausrüstungsinvestitionen stagniert der nominale Wert seit Mitte der 1990er Jahre. Seit 1997 wird je Einwohner im Osten jährlich weniger in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen investiert als in Westdeutschland. Dadurch vergrößert sich der wirtschaftliche Abstand zwischen neuen und alten Ländern seit einem Jahrzehnt von Jahr zu Jahr (vgl. Bundesregierung 2006: 168).

und der Wohlfahrtssteigerung. Weitere Effekte sind der Rückgang und die strukturelle Veränderung der kaufkräftigen Nachfrage, vor allem im Sektor der nicht-handelbaren Güter. Infolgedessen sinkt auch die Arbeitsnachfrage. Es verringert sich die Erwerbsquote und es entsteht ein enormer Druck auf den Lohn. Möglichkeiten für eine verstärkte Beschäftigung bieten sich unter diesen Bedingungen nur für Hochqualifizierte. Trotz struktureller Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt bleibt die Arbeitslosigkeit hoch. Der demographische Schrumpfungsprozess – und damit die hierauf setzende Strategie der passiven Sanierung – erweisen sich damit als ungeeignet, das Problem der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland wirksam zu lösen, auch wenn die Arbeitslosenquote künftig geringer ausfallen wird als in der ersten Hälfte des Jahrzehnts.

Die für die nächsten Jahrzehnte zu erwartende volkswirtschaftliche Konstellation macht zudem weiterhin Transferzahlungen erforderlich. Während die Leistungen im Rahmen des Solidarpakts II bis 2020 planmäßig zurückgeführt werden und die Investitionsprogramme des *Aufbau Ost* auslaufen, reproduziert sich der Transferbedarf bei den Sozialleistungen. Es kommt zu einem Teufelskreis von schrumpfender Bevölkerung und sinkender Wirtschaftskraft, welcher in Finanzdefiziten, Haushaltsnotlagen und anhaltenden Transfers seinen Ausdruck findet. Ostdeutschland bleibt eine transferabhängige Region: Die Voraussetzungen für eine selbst tragende Entwicklung werden durch den demographischen Wandel keineswegs besser, sondern eher schwieriger.

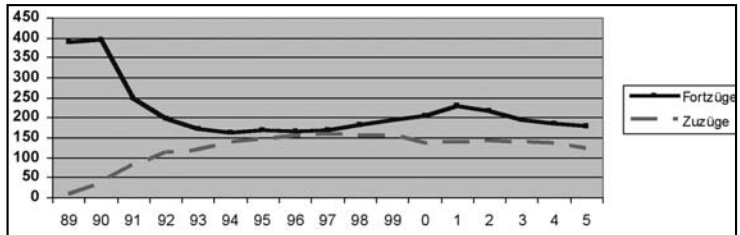
Literatur:

- AG Alternative Wirtschaftspolitik (2006): Memorandum 2006. Mehr Beschäftigung braucht eine andere Verteilung, Köln.
- Bahrman, Hannes/Links, Christoph (Hg.) (2005): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz, Berlin.
- Berlin-Institut (2006): Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?, München.
- Binswanger, Hans Christoph (2006): Die Wachstumsspirale, Marburg.
- Bosbach, Gerd (2006): Demographische Entwicklung – Realität und mediale Aufbereitung, in: Berliner Debatte Initial, 17. Jg., Heft 3, S. 59-66.
- Bundesregierung (2007): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2007, Berlin.
- Busch, Ulrich (2002): Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin..
- Busch, Ulrich (2005 a): Wie soll der Osten Deutschlands wachsen?, in: Neue Zürcher Zeitung, 7. 1.
- Busch, Ulrich (2005 b): Ostdeutschland: Wirtschaftspolitische Optionen für 2005 bis 2019, in: UTOPIE kreativ 172 (Februar 2005), S. 135-146..
- Busch, Ulrich (2006a): Gesamtwirtschaftliche Stagnation und zunehmender Transferbedarf, in: Berliner Debatte Initial, 17. Jg., Heft 5, S. 17-26.
- Busch, Ulrich (2006b): In der Schuldenklemme: Die Finanzen der Länder und Gemeinden, in: AG Wirtschaftspolitik der Linkspartei.PDS: Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Berlin 2006, S. 51-66.
- Busch, Ulrich/Mai, Karl/Steinitz, Klaus (Hrsg.) (2006): Ostdeutschland zwischen Währungsunion und Solidarpakt II, Berlin..
- Busch, Ulrich/Mai, Karl (2007): Konvergenzbremse Produktivität, in: Berliner Debatte Initial, 18. Jg., Heft 4-5, S. 121-136.
- Deutsche Bank Research (2004): Perspektiven Ostdeutschlands – 15 Jahre danach, Aktuelle Themen Nr. 306, Frankfurt am Main.
- Heske, Gerhard (2005): Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1979-2000, Historical Social Research, Supplement No. 17, Köln..
- IWH/TU Dresden/ifo Institut (2006): Demographische Entwicklung in Ostdeutschland. Endbericht, Halle.
- KfW (2005): 15 Jahre Deutsche Einheit: Wie geht es im Osten weiter?, Mittelstands- und Strukturpolitik Nr. 34, Sonderband, Berlin.
- Kil, Wolfgang (2004): Luxus der Leere. Vorm schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt. Eine Streitschrift, Wuppertal..
- Land, Rainer/Willisch, Andreas (2006): Schrumpfung – Raumordnung oder Gesellschaftsordnung, in: Berliner Debatte Initial, 17. Jg., Heft 5, S. 54-64.
- Lehmann, Harald/Ludwig, Udo/Ragnitz, Joachim (2005): Transferleistungen und Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland, IWH, Halle.

- Ludwig, Udo et al. (2005): Ostdeutsche Wirtschaft: Aufholen mit Trippelschritten, in: *Wirtschaft im Wandel*, 6. Halle, S. 164-184..
- Ludwig, Udo et al. (2006): Ostdeutsche Wirtschaft: Wachstum der Produktion bleibt erneut im Ost-West-Vergleich zurück, in: *Wirtschaft im Wandel*, 7. Halle, S. 188-212..
- Ludwig, Udo et al. (2007): Ostdeutsche Wirtschaft: Nachfrageschub überwiegt strukturelle Schwächen, in: *Wirtschaft im Wandel*, 7. Halle, S. 227-256..
- Prognos AG (2007): *Zukunftsatlas 2007 – Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb*, www.prognos.com/zukunftsatlas
- Ragnitz, Joachim (2005): Schrumpfende Regionen in Ostdeutschland, in: *Berliner Debatte Initial*, 16. Jg., Heft 6, S. 4-12..
- Schneider, Lutz (2005): Ost-West-Binnenwanderung: Gravierender Verlust an Humankapital, in: *Wirtschaft im Wandel*, 10. Halle, S. 309-314..
- Statistisches Amt der DDR (Hg.) (1990): *Statistisches Jahrbuch der DDR 1990*, Berlin..
- Statistisches Bundesamt (StBA) (Hrsg.) (2004): *Datenreport 2004*, Bonn.
- Statistisches Bundesamt (StBA) (Hrsg.) (2006a): *Datenreport 2006*, Bonn.
- Statistisches Bundesamt (StBA) (Hrsg.) (2006b): *Fachserie 1, Heft 1.2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Wanderungen*, Wiesbaden.
- Steiner, Christine/Wiener, Bettina (2006): Ausgegrenzt, abgewandert, weggeblieben. Unsichere Perspektiven für Jugendliche trotz zukünftiger Fachkräftelücken, in: *Berliner Debatte Initial*, 17. Jg., Heft 5, S. 65-76.
- Steinitz, Klaus (2003): Ist Wirtschaftswachstum unverzichtbar?, in: *UTOPIE kreativ* 148 (Februar), S. 123-135.
- Troost, Axel (2006): Intelligente Finanzpolitik für mehr Beschäftigung statt hausgemachter Staatsverschuldung, in: *AG Wirtschaftspolitik der Linkspartei.PDS: Beiträge zur Wirtschaftspolitik*, Berlin 2006, S. 37-50.
- Winkler, Gunnar (2006a): *Die Region der »neuen« Alten*, Berlin.
- Winkler, Gunnar (2006b): *Sozialreport 2006. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern*, Berlin.
- Zur Lage in Ostdeutschland (2006), in: *Berliner Debatte Initial*, 17. Jg., Heft 5, S. 3-96.

Abbildung 1:

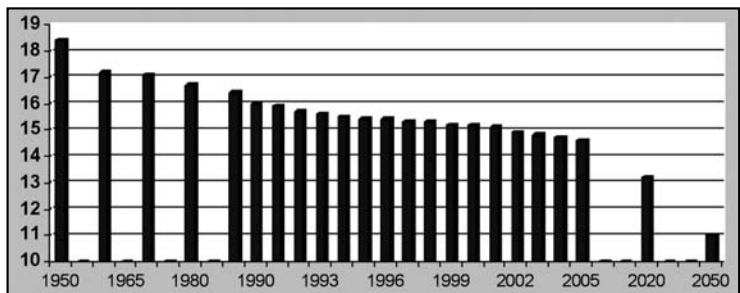
*Binnenwanderung zwischen Ost- und Westdeutschland
1989-2005 (in 1000)*



Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 2004: 53; 2006: 47; eigene Berechnungen.

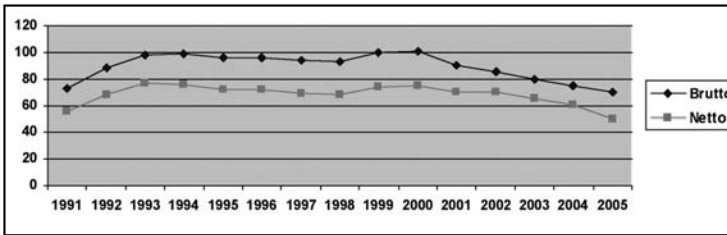
Abbildung 2:

*Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland 1950 bis 2050
in Millionen Personen*



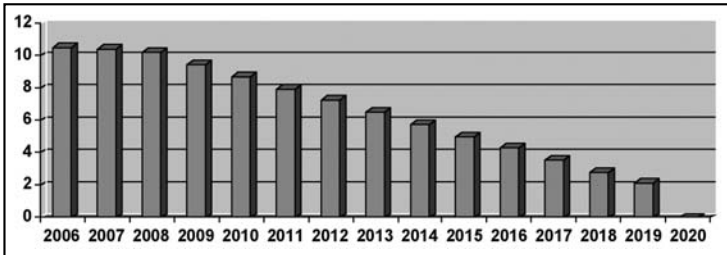
Quelle: Statistisches Bundesamt, IWH 2006, Ostdeutschland einschließlich Berlin-Ost.

Abbildung 3
Öffentliche Brutto- und Nettotransfers 1991 bis 2005 in Mrd. €



Quelle: diverse Veröffentlichungen des IWH, eigene Schätzungen.

Abbildung 4:
Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen gemäß Solidarpakt II in Mrd. €



Quelle: Bundesfinanzministerium

BENNO HERZOG

Arbeit, work, trabajo ...

Kulturelle, politische und ökonomische Aspekte
des Arbeitsbegriffes in Europa

Benno Herzog – Jg. 1977; Magistersoziologe, war von 2001 bis 2004 Studienstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung; arbeitet und promoviert an der Universidad de Valencia (Spanien) zu populären Stereotypen und Vorurteilen gegenüber Einwanderern; Veröffentlichungen zum Thema Einwanderung, Integration und Drogenkonsum; E-Mail: Benno.herzog@uv.es; Internet: www.traducate.net

Arbeit gilt sowohl in den Sozialwissenschaften als auch in linken Bewegungszusammenhängen als ein Schlüsselbegriff zum Verständnis gesellschaftlicher Verhältnisse. Allerdings wird nicht immer dasselbe gemeint. Arbeit ist je nach Kontext Beitrag zur persönlichen Freude, Fundament des Reichtums der Nationen, Waffe zur Befreiung der Unterdrückten, Ausdruck religiöser Spiritualität, Garant von Autonomie und Freiheit, patriotische Tugend, ökonomische Notwendigkeit, Spaß und vieles mehr. Der ökonomische, soziale und kulturelle Kontext entscheidet oft über die spezifische Bedeutung des Arbeitsbegriffes. Bedeutungsinhalte sind in vielen Fällen gerade keine Selbstverständlichkeiten. Im Folgenden wird der Hintergrund verschiedener Konnotationen des Arbeitsbegriffes beleuchtet. Der Verweis auf Unterschiede in Europa und entlang der Zeitachse verdeutlicht die Vielfalt des Arbeitsbegriffes und schärft den Blick für die feinen Unterschiede und die latent kommunizierten Selbstverständlichkeiten, wenn Menschen über Arbeit sprechen. Dabei erhebt der Text keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit – im Gegenteil: Die Auswahl der untersuchten Aspekte und regionalen Besonderheiten kann deutlich erweitert werden.

Der Arbeitsbegriff in Deutschland steht dabei im Mittelpunkt der Darstellung, aber der Methode des permanenten Vergleichs folgend wird in jedem Abschnitt mit dem Verweis auf Alternativen innerhalb Europas (und hier besonders Englands und Spaniens) die Nicht-Selbstverständlichkeit der eigenen Diskursgeschichte herausgearbeitet.

In einem ersten Schritt werden der Katholizismus und zwei Arten des Protestantismus mit ihren Auswirkungen auf die Vorstellung von Arbeit dargestellt. Im zweiten werden politische Aspekte – allen voran die Rolle des Bürgertums und sein Einfluss auf die Konnotation von Arbeit – beschrieben. Im dritten und letzten Teil geht es dann um die ökonomischen Aspekte des Arbeitsbegriffes – also um die Frage, wie unterschiedliche ökonomische Gestaltungen des Kapitalismus die Wahrnehmung der Arbeit beeinflussen. Dabei sind sowohl Verbindungslinien von einem Aspekt zum anderen als auch historische Kontinuitäten zu erkennen. Dennoch wird mit der Vielzahl möglicher Arbeitsbegriffe gerade die Kontingenz des jeweils Verwendeten behauptet.

Arbeit und geistliches Wohl – Einheit oder getrennte Sphären?

Die Welt des Glaubens mit ihren Regeln und moralischen Imperativen wirkt stets auch auf den Arbeitsalltag der Gläubigen ein. Religion stellt dabei einerseits Anforderungen an das Verhalten des Ein-

zeln und hilft andererseits, die soziale Wirklichkeit zu interpretieren. Doch auch die religiösen Schriften selbst rufen stets unterschiedliche Interpretation hervor. Bei der christlichen Religion kann in Bezug auf Arbeitsvorstellung auch für die Zeit vor der Aufspaltung in verschiedene Konfessionen nicht von einer kohärenten Botschaft gesprochen werden.

Bereits im Alten Testament finden sich zwei verschiedene Aspekte des Arbeitsbegriffes wieder. Einerseits wurde mit der Vertreibung aus dem Paradies den Menschen Arbeit als Strafe auferlegt. Mühsal und Last prägen diesen Aspekt der harten körperlichen Arbeit. Andererseits das Gegenbild: Arbeit als gottähnliches, schöpferisches Bepflanzen, Bebauen und Bewahren fand entgegen der Vorstellung vom Paradies als arbeitsfreier Existenz bereits vor der Vertreibung aus dem Paradies statt (Gen. 2.15).

Da das Werk und Leben Jesu eher auf das Jenseits gerichtet war, finden sich im Neuen Testament keine Aussagen Jesu, die sich direkt mit dem Problem der Arbeit beschäftigen. Als Schlüsselszene kann jedoch die Vertreibung der Händler aus dem Tempel gelesen werden. Handel, also profane Tätigkeit, wurde als Entweihung der Heiligen Stätte verstanden und musste von dieser getrennt geschehen. Mit der Geburt des Christentums werden somit Aspekte des Arbeitslebens von der Religion getrennt. Das alltägliche Arbeiten war für das Seelenheil bestenfalls wertneutral, Handel – und hier besonders der Geld- und Zwischenhandel – galten aber als bedenklich, waren sie doch stets von der Gefahr des Wuchervorwurfs begleitet. Auch wurde die Gefahr gesehen, dass Arbeit zu Habgier und Verschwendung verleitet. Seelenheil, so die allgemein verbreitete Rezeption, konnte nicht über Arbeit, sondern nur über die Hinwendung zum Heiligen und zu guten Werken erlangt werden. Dennoch bot Arbeit neben der Notwendigkeit, seinen Lebensunterhalt zu schaffen, auch eine *Chance* für das Seelenheil: Wenn Arbeit nicht auf Besitz, sondern auf Geld für die Caritas zielte, hatte sie durchaus auch ihre Funktion für das Jenseitsstreben. Außerdem galt Arbeit als Begierlichkeiten zügelnd und als Heilmittel gegen Müßiggang.¹

Bis zum Vorabend der Neuzeit bedeutete Arbeit für die übergroße Mehrzahl der Bevölkerung körperliche Anstrengung, Mühe und Plage. Auch wenn es durchaus Ansätze gab, Arbeit als gottähnliche Schöpfung, Schaffung von Möglichkeiten zum Almosengeben etc. positiv zu konnotieren, so war die alltägliche, schwere Arbeit doch nicht nur wegen der damit verbundenen Anstrengungen negativ besetzt. Auch die soziale Situation der Arbeitenden war in der Regel die der Abhängigkeit und sozialen Minderberechtigung. Die moralische Entwicklung des Menschen und die Erlangung des Seelenheils waren eher mit kontemplativen Tätigkeiten verbunden, und wem es der Stand erlaubte, der zog diese selbstverständlich der Arbeit – mit hin körperlichen Tätigkeit – vor.

Mit Luther ändert sich die Bewertung der alltäglichen Arbeit in den von ihm erreichten Regionen Europas so grundlegend, dass hier von der Entstehung einer neuen Arbeitsethik gesprochen werden kann. Neu bei Luther ist vor allem die Begründung der Arbeitspflicht, da er Arbeit als *eine Pflicht des einzelnen Menschen direkt gegenüber Gott* versteht. Luther stellte somit eine unmittelbare Verbindung des

1 Vgl. Andreas Pawlas: Die lutherische Berufs- und Wirtschaftsethik. Eine Einführung, Neukirchen-Vluyn 2000, S. 41.

einzelnen Arbeitenden zu Gott her, wobei Arbeit selbst zu einem Medium dieser Verbindung wird. Diese neuartige Begründung schlägt sich auch in Luthers Begriff vom *Beruf* nieder, dem er durch seine Bibelübersetzung zu weiter Verbreitung verhalf. Die Mönche, die bis dahin den Berufsbegriff für sich okkupiert hatten, da sie meinten, als einzige einer Berufung zu folgen, haben laut Luther gerade *keinen* Beruf. Dem Ruf Christi müsse *in der Welt* geantwortet, Tugend eben dort geübt werden.² Nach Luthers Vorstellung hat Gott jedem Einzelnen ein Stück Arbeit zugewiesen, durch dessen Erfüllung der Mensch als Handlanger Gottes zugleich seine Pflicht gegenüber den Mitmenschen erfüllt.³ Profane Tätigkeiten bekamen nun die Würde eines Gottesdienstes, und da Arbeit Gottesdienst war, konnte sie auch nie mit Verdruss getan werden, sondern war fröhlicher Dienst an Gott und dem Nächsten. Hier entwickelte sich zum ersten Mal der Gedanke der *Arbeitsfreude*, also die Vorstellung, dass nicht nur das Ergebnis, das Werk, der geistige Lohn, die Bezahlung oder der gesellschaftliche Nutzen der Arbeit nachträglich Sinn und dadurch vermittelt Freude bereitet, sondern dass die Arbeitstätigkeit selbst Freude bereit hält.

Doch einfach nur tätig zu sein reichte nicht aus, um sich seines Gnadenstandes zu versichern. Entscheidend war *die Art und Weise, wie die Arbeit ausgeführt wurde*. Diese solle in Demut, Gehorsam und vor allem im Glauben verrichtet werden. Christen sollen nach Luther nur auf die Arbeit selbst sehen und nicht auf deren Ertrag, denn die Frucht der Arbeit, also sowohl der sichtbare Ertrag als auch besonders die Gewährung der Gnade Gottes, hängt allein vom Glauben ab. Gott will demnach, dass der Mensch arbeite, er will aber nicht, dass der Mensch glaube, die Arbeit sei es, die ihn erhalte.

Im Calvinismus hingegen – und hier kann der Blick auf die Entwicklung in England als beispielhaft gelten – war der Gedanke der Treue zur Arbeit von weit geringerer Bedeutung. Im Gegenteil: Ein Berufswechsel war (auch mehrmals im Leben) durchaus angesehen, wenn damit die Chance auf einen größeren ökonomischen Erfolg verbunden war. Dies lässt sich auf die calvinistische Prädestinationslehre zurückführen, welche besagt, dass das Schicksal der Seele des Einzelnen im Jenseits vorherbestimmt und nicht wie im Katholizismus durch eine tugendhafte Lebensführung bzw. Buße und Ablässe positiv beeinflussbar ist. Weltlicher (ökonomischer) Erfolg galt als Beweis der Gnadenwahl, war also lediglich Mittel zur Beantwortung der drängenden Frage nach dem eigenen Status vor Gott. Durch Leistung, Berufsarbeit, verbunden mit asketischer Selbstkontrolle, sollte die Gnadenwahl als weltlicher Erfolg sichtbar gemacht werden. Während man also bei Luther die Versöhnung mit Gott im Diesseits *fühlen* wollte, so konnte man im Calvinismus seine jenseitige Seligkeit *wissen*, da der sichtbare Erfolg als Beweis des Gnadenstandes galt.⁴

Diese unterschiedlichen Auffassungen innerhalb des Protestantismus blieben nicht ohne Folgen. Das Luthertum regte dazu an, sich permanent selbst darin zu überprüfen, *wie* man seine Tätigkeiten ausführte, und da es auf die *Art und Weise* ankam, konnten deutsche Autoren die deutsche Arbeit von dem »asketischen, alles durchdringenden Arbeitsethos« der Engländer abgrenzen. Diesem fehlten die

2 Vgl. Max Weber: Die Protestantische Ethik I – Eine Aufsatzsammlung, Gütersloh 2000, S. 344.

3 Vgl. Pawlas a. a. O., S. 59.

4 Vgl. Weber a. a. O., S. 151.

typisch deutsche »Gemütlichkeit und Natürlichkeit«. Deutsche Arbeit wurde als tiefer, urwüchsiger, authentischer empfunden und von der Arbeit, die um des bloßen Gelderwerbs willen und »ohne inneren Wert« geleistet wurde, positiv unterschieden. Im calvinistischen England hingegen führte die Rationalisierung der Lebensführung zu einem starken ökonomischen Aufschwung. Die Bedeutung der Arbeit stieg, allerdings nicht als Wert an sich, sondern lediglich als Mittel zum Zweck.

In den folgenden Jahrhunderten blieb die Tatsache, dass Arbeit im Protestantismus eine sozial hoch akzeptierte Tätigkeit war, nicht ohne Folgen. Arbeit wurde als Heilmittel gegen Krankheit, Armut und Kriminalität gesehen. Krankheiten wurden nun weniger als Schicksal oder Strafe Gottes gesehen, sondern eher als Folge von Faulheit.⁵ Folglich konnte das Handauflegen eines Königs oder Kerzenaufstellen und Beten für einen Heiligen (wie in katholischen Gegenden noch heute gängige Praxis) nicht mehr helfen. Bettler wurden von nützlichen (weil dem Seelenheil des Spenders zuträglichen) Almosenempfängern in zu erziehende Faulpelze umcodiert. Durch die Arbeitspflicht sollte ihnen tugendhaftes Verhalten beigebracht werden.

Als Folge speziell des Luthertums kann die Verbreitung des Berufsgedankens gesehen werden. Noch heute verweist »Beruf« anders als beispielsweise »Job« auf einen engen Zusammenhang von Arbeit und Persönlichkeit. Das Berufsmotiv löste sich dabei in den Jahrhunderten nach Luther langsam von dem Gedanken, von Gott zu etwas berufen zu sein. Da aber Arbeit eine stark gefühlsmäßige, sinnvolle Tätigkeit war, durch die sich das eigene Sein ausdrücken ließ, verlagerte sich der Ursprung der Berufung von Gott mehr und mehr in das (gedanklich neu entstehende) Individuum und wirkte auch da weiter, wo Menschen nicht mehr an den evangelischen Ansatz gebunden waren. Durch den Berufungsgedanken entwickelte sich Arbeit in lutherisch geprägten Regionen von einem Zwang zum Überleben zu einer moralischen Pflicht und zu einem Sinngebungsmoment. Diese starke Betonung des Sinns einer *Arbeitstätigkeit* (nicht zu verwechseln mit dem eher im Calvinismus verbreiteten Motiv des *Arbeitsergebnisses*) und der daraus resultierenden *Arbeitsfreude* sind weder im Calvinismus noch im Katholizismus zu beobachten.

Der Katholizismus in Europa verfolgte die ursprüngliche christliche Linie trotz der Reformationsbewegungen weitgehend weiter. Katholische ökonomische Lehren wie diejenigen der bedeutenden *Escuela de Salamanca* in Spanien, die in etwa zeitgleich zu der Reformationsbewegung entstand und deren Ideen noch heute einen Grundpfeiler der katholischen Lehre bilden,⁶ versuchten zwar, Antworten auf moralische und ökonomische Fragen zu geben, sprachen dabei aber der Arbeit weder einen moralischen Wert noch einen Wert für die Ökonomie zu. Preise, Löhne oder Wert der Produkte wurden in ihren Vorstellungen niemals auf Arbeit zurückgeführt.

Auch in den darauf folgenden Jahrhunderten reagierte die katholische Kirche oft nur halbherzig auf die protestantischen Bewegungen mit ihrer Höherbewertung der Arbeit. Noch heute existiert für den lutherischen Berufsbegriff in den romanischen Sprachen oft keine adäquate Übersetzung. Arbeit oder Beruf bekamen *keinen* morali-

5 Vgl. Holger Schatz, Andrea Woeldike: *Freiheit und Wahn deutscher Arbeit*, Münster 2001, S. 19.

6 Vgl. hierzu Alejandro Chafuen: *Economía y ética – Raíces cristianas de la economía de libre mercado*, Madrid 1991; und Fabián Estapé Rodríguez: *Revalorización de la escolástica en la formación del pensamiento económico*, in: *Anales de la Real Academia de Ciencias Morales y Políticas*, Nr. 73, Madrid 1996.

7 Vgl. Schatz, Woeldike
a. a. O., S. 53.

schen Stellenwert. Über den moralischen Wert der *einzelnen* Handlung entschied oftmals die Intention. Es bestand zudem noch die Möglichkeit, sich durch das Sakrament der Beichte und nachfolgender Buße seiner Sünden zu entledigen. Die katholische Kirche betrachtete die Entwicklung in vielen protestantischen Ländern mit großer Skepsis, widersprach doch die Verwandlung der Arbeit von einer »Last« zur »Lust« und zum Garanten des persönlichen Wohlstandes oder gar zur Selbstbestätigung der katholischen Vorstellung von der Mühsal, in die Gott die sündigen Menschen gestellt habe.⁷ Auch verneinte die katholische Kirche Arbeit als Grundlage persönlichen Reichtums und sozialen Aufstiegs. Lange Zeit hing sie daher den Vorstellungen eines mittelalterlichen Ständestaates nach, worin sie wiederum der Ansicht Luthers deutlich näher stand als derjenigen Calvins.

Unter der Voraussetzung der im Gegensatz zum Protestantismus starken Trennung von Geist und Materie, von Transzendenz, wirklichem Sein und Nähe zu Gott auf der einen Seite und weltlichem Besitz, Haben, aber auch Arbeit auf der anderen Seite bleibt die Rolle der Arbeit im Katholizismus fast ausschließlich auf den weltlichen Bereich beschränkt. Arbeit als weltliche Notwendigkeit, um den Lebensunterhalt zu sichern; Arbeit als instrumentelles Handeln, dessen Sinn und Ziel der Mensch (nicht Gott) ist. Durch dieses Verschließen der Arbeit gegenüber transzendentalen Vorstellungen wird es schwieriger, den Arbeitsbegriff mit anderen abstrakten Vorstellungen wie Nation, Selbstverwirklichung, Menschwerdung etc. zu füllen. Arbeit bleibt ganz selbstverständlich eine Notwendigkeit. Eine Öffnung für geistig-moralische Ansprüche *der Arbeit selbst*, wie es Luther gelang, bleibt beim Katholizismus ausgeschlossen. *Arbeit als Instrument oder Mittel* hingegen ist im Katholizismus durchaus mit moralischen Ansprüchen verknüpft. So kann auf der einen Seite die Zielbestimmung der Arbeit moralisch begründet werden, auf der anderen Seite wird diesem Ziel als »bloßem« weltlichem Bedürfnis ein Teil der Dringlichkeit genommen.

Arbeit adelt: Das Bürgertum und der Arbeitsbegriff

Die Emanzipation des Bürgertums in Europa führte dazu, dass auf vielen Gebieten eigene Vorstellungen entwickelt wurden, welche sich teilweise direkt gegen die alten Machthaber aus Adel und Klerus richteten. Ein eigenständiger bürgerlicher Arbeitsbegriff begann sich zuerst von England her zu formieren. Francis Bacon (1561-1626) gilt als einer der ersten bürgerlichen Ökonomen. Da Ökonomie (ganz im calvinistischen Sinne) von Moral nicht zu trennen war, legte er eine *Moral der Nützlichkeit*, basierend auf rational-technischem Wissen, Arbeit und der damit verbundenen Produktivität, vor. Hier entsteht erstmals der uns heute so selbstverständliche Begriff der Arbeit als *abstrakte, verschiedene Tätigkeiten zusammenfassende* Bezeichnung. Erst mit ihrer begrifflichen Entstehung wird abstrakte Arbeit formbar. Sie wird gleichsam geöffnet, und es wird Raum geschaffen für viele verschiedene Deutungen und Füllungen des Arbeitsbegriffes, die überhaupt nicht möglich wären, wenn weiterhin selbstverständlich davon ausgegangen würde, dass Arbeiten so unterschiedlich sind, dass man von Arbeit nicht abstrakt sprechen kann.

In diesem historisch ersten Fall ist es also die Nützlichkeit, die alle Arbeiten miteinander verbindet und die Voraussetzung schafft, allgemein von Arbeit zu reden.

1690 veröffentlichte John Locke seine »Two Treatise on Government«, worin er den Zusammenhang von Macht, Reichtum, Eigentum und Arbeit herstellte. Gehörten vorher Arbeit und Armut ganz selbstverständlich zusammen, galt nun Arbeit erstens ökonomisch als Grund für Reichtum und zweitens rechtsphilosophisch als Grund für Eigentum.⁸ Jetzt ist es die Arbeit, die der Natur die Dinge abringt, die Recht und Eigentum schafft und damit zum Quell des Besitzes wird.

Mit der Höherbewertung von Arbeit und der Vorstellung eines Zusammenhanges von Arbeit und Nützlichkeit, Arbeit und Reichtum, Arbeit und gesellschaftlichem Fortschritt, aber besonders auch Macht und Arbeit, konnte das Bürgertum seine Ansprüche an staatliche Führungspositionen gegenüber dem nicht arbeitenden Adel moralisch und ökonomisch begründen. Dieser schien nun nicht mehr zur Führung bestimmt und moralisch höher stehend, sondern als das genaue Gegenteil der Arbeit: unnützlich, Reichtum und gesellschaftlichen Fortschritt hemmend und zunehmend machtloser. Die Betonung des Leistungswillens des Bürgertums gegen das Geburtsprivileg des Adels, die Bejahung von Arbeit als Wert, die Überzeugung, dass sich Anstrengung auch im Diesseits lohnt, sowie der Glaube an Fortschritt und sozialen Aufstieg nehmen im englischen Bürgertum ihren Anfang.

Der Einfluss bürgerlicher Arbeitsvorstellungen breitete sich durch die Teilhabe an der politischen Macht oder deren gänzliche Übernahme durch das Bürgertum von England her über Frankreich bis nach Deutschland aus, traf dort aber mit dem spezifisch deutschen Idealismus zusammen, der dem Arbeitsbegriff eine andere Schattierung verlieh.

In Deutschland sah Johann Gottlieb Fichte Arbeit anthropologisch als dem Menschen zugehörige Möglichkeit, der Freiheit Ausdruck zu verleihen. »Die Natur hat die Menschen (...) zur Freiheit bestimmt, d. i. zur Tätigkeit.«⁹ Dieser Satz reflektiert alle drei Grundkategorien des idealistischen Arbeitsbegriffes: Arbeit als überindividuelle, *natiirliche* Kategorie, welche die Bestimmung des Menschen ausmacht; Arbeit als *Entwicklung* zur menschlichen Freiheit; und Arbeit als *Tätigkeit* allgemeiner Art. Wirkliches menschliches Leben drückte sich demnach nur noch in Tätigkeit aus, die Arbeit wird von einer Last zur Lust am Menschsein. In Schillers Gedicht von der Glocke beschreibt dieser eindrucksvoll diese Gemeinschaft der fröhlich Schaffenden, die an anschaulicher Arbeit teilhaben: »Arbeit ist des Bürgers Zierde / Segen seiner Mühe Preis«.

Dieser Arbeitsbegriff hat sich nicht nur weiter von dem Gedanken der Arbeit als Schande entfernt – wie bereits bei Luther –, sondern auch die Vorstellung von Demut bei der Arbeit ist verschwunden. Als »Zierde« wird Arbeit im weltlichen Leben verstanden. Der Idealismus bezeugte nicht nur das Verblässen der Kraft des Erlösungsversprechens bei gut getaner Arbeit, er wandte sich auch gleichzeitig gegen den »englischen Materialismus«. Nicht das Materielle ist der Lohn der Arbeit, sondern die Freude an der Menschwerdung durch das konkrete Ergebnis und den Arbeitsprozess selbst.

8 Vgl. Johannes Schnarrer: Arbeit und Wertewandel im postmodernen Deutschland. Eine historische, ethisch-systematische Studie zum Berufs- und Arbeitsethos. Hamburg 1996, S. 87 f.

9 Johann Gottlieb Fichte, zit. nach: Werner Conze: Arbeit, in: Otto Brunner u. a.: Geschichtliche Grundbegriffe – Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1, Stuttgart 1973, S. 184.

Arbeit als geistige (Hegel) und allgemein menschliche Entwicklung, bei der es auf das *Wie* der Tätigkeit und die dahinter stehende »Idee« ankommt, war ein wichtiger Faktor menschlicher Sinngebung. Der lutherische Gedanke der Arbeitsamkeit war hier gleichsam aufgehoben. Von seiner religiösen Vorstellung als Mittel zum Seelenheil entkleidet, wurde er weitergeführt zur Arbeitsamkeit als persönliche Lust und weltlicher Zweck, aber auch Mittel zur menschlichen Entwicklung.

Doch mit der *Arbeitsamkeit* brachte der deutsche Idealismus noch zwei verwandte Schlüsselkategorien zum Verständnis deutscher Arbeitsvorstellungen zum Ausdruck: *Arbeitsfreude* und *Arbeitskraft*.

Arbeitsfreude ist ein Aspekt der Arbeit, der nirgends so betont wird und wurde wie in Deutschland.¹⁰ Dies lag vor allem daran, dass in der langen Tradition der Aufmerksamkeit auf das *Wie* des Arbeitsprozesses die Tätigkeit und nicht nur das Ergebnis zum lustvollen Sinngebungsmoment wurde. Allerdings bestand ein offensichtlicher Zwiespalt zwischen der kreativen und intellektuell stimulierenden Arbeit als Ausdruck von Freiheit, die als sozial wertvoll und persönlich erfüllend dargestellt wurde, wie es die idealistischen Poeten taten, und des Arbeitsalltags gerade in der Frühzeit der Industriearbeit, die als mechanisch und unpersönlich empfunden wurde und geradezu eine Zerstörung höherer Werte darstellte. Statt aber in der Philosophie der Realität soweit Rechnung zu tragen, der (Industrie-) Arbeit für die persönliche Entwicklung eher negative Attribute zu bescheinigen, wurde in einer einmaligen Kraftanstrengung versucht, mit dem Konzept der Arbeitsfreude die Realität der Idee anzupassen. Der Kampf gegen Entfremdung kann in dieser philosophischen Tradition verstanden werden als der Anspruch, das Versprechen auf Freude und Erfüllung im Arbeitsprozess aufrechtzuerhalten.

Die Vorstellung von *Arbeitskraft* ist ebenfalls ein spezifisch deutsches Phänomen. Auch wenn der Begriff selbst erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts auftaucht, war die Vorstellung davon bereits vorher Allgemeingut. Deutschland war 1776 das erste Land, in dem Adam Smith's »Wealth of Nations« als Übersetzung erschien, also jenes Buch, in welchem Arbeit als abstrakter Begriff benutzt und als Quelle allen Reichtums gefeiert wird. Doch in Deutschland wurde dieses Buch nicht verstanden.¹¹ Deutsche Übersetzer hatten große Probleme, die in dem Werk vorkommenden abstrakten Kategorien wie »demand for labour«, welche Arbeit als Ware ansehen, zu übersetzen, weil diese in der deutschen Vorstellung gar nicht existierten. Als »Nachfrage nach Arbeitern« wurden diese Ideen schließlich dem deutschen Vorstellungsrahmen angepasst, und die Ware Arbeit wurde als sichtbare Tätigkeit oder in den Arbeitern liegende Kraft umgedeutet. In der deutschen Rezeption machte die Quelle der Kraft Arbeit miteinander vergleichbar und nicht der Austausch.¹²

Die englischen bürgerlichen Ökonomen verstanden Arbeit nie als eine rein individuelle Kategorie, bezogen sie immer auf die Gesellschaft und den Staat und nannten sich folgerichtig Nationalökonom. Während der Französischen Revolution wurde der dritte Stand, weil produktiv tätig, zur ganzen Nation erhoben und damit die ökonomische Verbindung von Arbeit und Nation politisiert. Arbeit wurde also in der bürgerlichen Ideologie stets mit der Nation in Ver-

10 Vgl. Joan Campbell: *Joy in Work, German Work – The National Debate 1800-1945*, Princeton/New Jersey 1989.

11 Vgl. Richard Biernacki: *The Fabrication of Labor – Germany and Britain 1640-1914*, Berkeley/Los Angeles/London 1995, S. 266.

12 Vgl. ebenda.

bindung gebracht, und es war ein erklärtes Ziel der europäischen bürgerlichen Bewegungen, die Nation von unproduktiven und als parasitär bezeichneten Elementen zu befreien, worunter sie auch den Adel verstanden.

Die Beziehung von Adel und Bürgertum in Deutschland weist, im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Staaten, die Besonderheit auf, dass der deutsche Adel lange Zeit einflussreicher war und zudem stärker an militärischen Werten orientiert war als an höfischen. Durch die zentrale Lage Deutschlands mit besonders häufigen militärischen Konflikten wurde »dem Wert des Kriegers der Vorrang vor denen des Höflings eingeräumt«.¹³ Kriegerische Werte, die auch für das alltägliche Leben galten, waren zum Beispiel: Ehre, Mut, Pflicht, Gehorsam, Disziplin, Loyalität oder Ordnung. Das deutsche Bürgertum schaffte es dabei nie, diesen militärischen Tugenden eigene, selbstbewusste Vorstellungen entgegenzusetzen. Die deutsche Einheit 1871, die aufgrund eines militärischen Sieges zustande kam, stärkte die Position des Militäradels, dessen Vorstellungen große Auswirkungen auf das deutsche Arbeitsethos hatten. Die oben beschriebenen militärischen Werte flossen in das bürgerliche Arbeitsethos mit ein, wobei vor allem liberale und bildungsbürgerliche Vorstellungen wie die Betonung von geistiger, autonomer bzw. »zweckfreier« Arbeit an Einfluss verloren.¹⁴ Pflicht, Gehorsam, Loyalität und Ordnung bestimmten nun das Bild des Arbeiters, am prägnantesten formuliert von Bismarck mit seinem Ausspruch vom »Soldaten der Arbeit«. Auch Formulierungen wie »sich hoch dienen« statt »sich hoch arbeiten« bezeugen die Vermischung der bürgerlichen und militärischen Auffassung, in der eine Statusverbesserung durchaus möglich war, diese aber nicht mit dem bürgerlichen Begriff der Arbeit, sondern mit der aus dem Militärischen und Aristokratischen kommenden Formulierung des Dienens in Verbindung gebracht wurde.

Während im 19. Jahrhundert in England und Frankreich selbstbewusste Arbeitsvorstellungen dem Adel entgegengesetzt wurden und in Deutschland militärische Werte Einfluss auf die Arbeitsethik gewannen, sah das Bild in den Randgebieten Europas mit einem ebenfalls schwachen Bürgertum nochmals anders aus. Als ein Beispiel soll hier die Situation in Spanien vorgestellt werden.

Im 18. Jahrhundert machte der spanische Adel aufgrund der hohen Anzahl *Hidalgos* (Junker, Edelmänner), die die unterste Stufe in der Adelshierarchie bildeten, im Durchschnitt zehn Prozent der Gesamtbevölkerung aus.¹⁵ Viele arme *Hidalgos* immigrierten vom Norden in den Süden und heirateten dort oft Partner aus dem reichen Bürgertum. Dies führte zu einer starken Veredelung im Habitus der auf diese Weise Geadelten. Das ohnehin schwache spanische Bürgertum wurde in den Folgejahren weiter geschwächt, da ein Teil durch die ökonomischen Krisen proletarisiert wurde, während ein anderer Teil in den Adelsstand aufrückte. Aus Angst, ebenfalls abzurutschen, orientiert sich das verbleibende Bürgertum am Adel. Auch die ökonomischen Theorien dieser Zeit ließen keinen Widerspruch gegen den Adel erkennen; sie kamen nicht aus dem Bürgertum, sondern waren wesentlich von der *Escuela de Salamanca* beeinflusst und sahen den Adel als nützlichen Teil der Gesellschaft, da er durch Regierung,

13 Vgl. Norbert Elias: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1990, S. 85.

14 Vgl. Conze a. a. O., S. 191.

15 Zur genaueren Zusammensetzung der spanischen Gesellschaft dieser Zeit vgl. Antonio Dominguez Ortiz: Historia Universal – Edad Moderna, Barcelona 1983, S. 207.

Rechtsprechung und Verteidigung des Landes sinnvolle Aufgaben auch für die ökonomische Entwicklung liefere.

Das »Agrarbürgertum«, welches Land gekauft hatte, aber dennoch nicht den Sprung in den Adelsstand schaffte, erschwerte das Aufkommen eines echten Bürgertums. Die Anpassung dieser Teile des reichen Bürgertums an den Adel führte bald zu einer »neuen Aristokratie«, die den Luxus des Adels nachahmte und versuchte, von Renten zu leben.¹⁶ Es entstand der bürgerliche *Caballero*, eine Art Gentleman oder Kavalier, der sich elegant verhält und sich damit brüstet, nicht zu arbeiten. Doch nicht nur das Bürgertum veradelte, sondern auch der Adel verbürgerlichte zunehmend und sah sich aus ökonomischen Gründen gezwungen, wirtschaftlich stärker tätig zu werden. Auf diese Weise entstand in sozio-ökonomischer Hinsicht eine recht homogene Gemeinschaft von Bürgertum und Aristokratie, die sich u. a. durch eine Geringschätzung der Arbeit auszeichnete. Dies also zu einer Zeit, in der besonders in Frankreich und England Arbeit als Kampfbegriff des Bürgertums *gegen* den Adel verwendet wurde.

Im 19. Jahrhundert schließlich gewann das Bürgertum an Macht und Einfluss, spürte aber andererseits, dass die politisch erwachenden unteren Klassen sich mit dem Erreichten nicht zufrieden gaben. So schwankte das spanische Bürgertum zwischen Republik und Monarchie und wurde nicht zur treibenden Kraft wie in vielen anderen Staaten, sondern in weiten Teilen noch konservativer, um der Gefahr eines sozialistischen oder anarchistischen Umsturzes entgegenzuwirken.

Ware Arbeit: Mythenbildung in Kapitalismen

Mit dem aufkommenden Kapitalismus verändert sich nicht nur die Arbeit, sondern auch die soziale Deutung derselben. Nun berechneten Manufaktur- und Fabrikherren durch die Produktion für den Markt nicht erst nachträglich im Rahmen des Tausches den Wert des Produktes, sondern sie kalkulierten direkt mit der Arbeit als Wert bildendem Faktor. Der Wert von Waren und Arbeit ist dabei aber *gesellschaftliche Größe*, welche von den jeweiligen historischen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abhängt. Der Wert der Arbeit und der Produkte drückt sich also nur scheinbar objektiv in Lohn und Preis aus.¹⁷ Das für den Produzenten Undurchschaubare und damit Geheimnisvolle der Ware besteht also darin, dass sie den Menschen ihre Arbeit, die durch gesellschaftliche Verhältnisse geprägt ist, zurückspiegeln als eine Natürlichkeit der Ware selbst, als stofflich konkretes Ding mit einem als natürlich empfundenen Preis. Arbeit ist daher nicht nur gemeinschaftliche Stoffumformung, sondern sie ist gesellschaftlich in einem zusätzlichen Sinn, indem sie als quasi objektives Mittel gesellschaftliche Beziehungen und gesellschaftlichen Reichtum vermittelt.

Ebenfalls mystifizierend kann die abstrahierende Kraft des Marktes wirken, welcher von der stofflichen Beschaffenheit eines Produkts absieht, d. h., es bleibt für den Gewinn der Fabrikherren ohne Interesse, welche Produkte produziert werden, solange sie sich auf dem Markt veräußern lassen. Somit verschwindet auch die besondere Form der Arbeit für den Wert bildenden Prozess. Übrig bleibt eine »gespenstische Gegenständlichkeit, eine bloße Gallerte unter-

16 Vgl. Mikel Aizpuru, Antonio Rivera: *Manuel de historia social del trabajo*, Madrid 1994, S. 137.

17 Vgl. u.a: Marx/Engels *Werke*, Bd. 23, S. 53 ff.

schiedsloser menschlicher Arbeit« (Marx). Der Abstraktion des Wertes der Arbeit von dem konkreten Endprodukt scheint aber die Ware als Vergegenständlichung des Gebrauchswerts in ihrer konkreten Nützlichkeit und der Natürlichkeit des Materials entgegenzuzustehen.

Der Charakter von Macht und Gewalt der Waren produzierenden Gesellschaft schlägt dem Arbeiter erst entgegen, wenn er mit seinem scheinbar objektiv bemessenen Lohn als Konsument auf die scheinbar objektiv bemessenen Preise trifft und feststellt, dass zwischen durch verausgabte Arbeitskraft begründetem Konsumanspruch und den Konsummöglichkeiten in der kapitalistischen Gesellschaft eine Lücke klafft. Ausbeutung erscheint somit nicht in der Produktions-, sondern erst in der Zirkulationssphäre, was zu einer einseitigen Ablehnung der Zirkulationssphäre führen kann.¹⁸ In dem Moment, in dem lediglich die Erscheinungsform des Kapitalismus erblickt wird, wird das ihm zu Grunde liegende gesellschaftliche Verhältnis notwendig mystifiziert.

Die Gegenüberstellung von konkret und abstrakt – also von stofflich erfahrbarem Produkt und sinnvoller Tätigkeit einerseits und austauschbarer Arbeit und abstrakter Herrschaft andererseits – lässt auch den Arbeitsbegriff nicht unberührt. Während die Produktion als konkret wahrgenommen wird, erscheint die Zirkulationssphäre als Teil der abstrakten Herrschaft. Eine ablehnende Haltung gegenüber allem Abstrakten und der Zirkulationssphäre, also gegenüber dem Handel, insbesondere dem Handel mit Geld, kann die Folge sein. Im Gegenzug wird auf der anderen Seite Arbeit als konkret, natürlich, nützlich, Wert bildend und produktiv aufgewertet.

Doch nicht nur die innere Logik des Kapitalismus prägt die Sichtweise auf die Arbeit, auch die jeweilige Organisationsform wirkt auf die Deutungsschemata ein und sorgt durch einen teils schleichenden Sozialisationsprozess für die sensitiv-motorische Loslösung der Arbeiter von den vorkapitalistischen Arbeitsbedingungen.

Neben einer beruflich-fachlichen Qualifikation sollten Arbeiter vor allem normative Qualifikationen mitbringen. Als innere Kontrollen oder Arbeitstugenden handelt es sich hier um *regulative Normen* wie Fleiß, Pünktlichkeit oder auch Sparsamkeit; zweitens um *Kontrollnormen*, also die Akzeptanz von Status- und Einkommensungleichheit, von Hierarchie und Konkurrenz und eine Motivation zu Leistung; drittens können hier *gesellschaftliche Normen* genannt werden wie die grundsätzliche Legitimation betrieblicher Macht, also die soziale Deutung des Arbeitsprozesses in einem für den Fabrikherren akzeptablen Rahmen.¹⁹ Diese normativen Voraussetzungen *sollten* aus der Sicht des Fabrikherren mitgebracht werden, aber gerade zu Beginn der Industrialisierung erfolgte diese Art der Sozialisation oft erst später im Betrieb und mit viel äußerem Zwang, bis ein allmählicher Internalisierungsprozess diese offensichtliche Gewalt überflüssig machte.

Max Weber zeigte auf, dass Kapitalismus keineswegs »Entfesselung« von blindem Erwerbstrieb bedeutet, sondern dass, ganz im Gegenteil, Kapitalismus oft gerade dessen Bändigung und rationale Temperierung darstellt. Der Arbeiter muss sich der Arbeit verpflichtet fühlen, er muss rational rechnen und sich in Selbstbeherrschung bzw. Sparsamkeit üben. An dieser Stelle soll nur interessieren, dass

18 Vgl. Schatz, Woeldike a. a. O., S. 35 ff.

19 Vgl. Otto Neuloh: Arbeits- und Berufssoziologie, Berlin/West 1973, S. 256 f.

am Ende dieses Rationalisierungsschubes die innere Natur des Arbeiters, dessen Einstellung zur Arbeit und damit auch seine Vorstellung von der Arbeit sich grundlegend verändert hat. Es stellt sich ein Pflichtgefühl gegenüber der Arbeit ein, Stolz auf die eigene Arbeitsleistung, die sich mit emotionaler Selbstbeherrschung und berechnender Rationalität verbindet. Auch wenn eine komplette Anpassung an den Arbeitsprozess im Sinne der Arbeitgeber nie stattfand und es immer wieder zu Unmutsäußerungen, Streiks oder gar Revolutionsversuchen kam, wandten sich die Arbeiter stets eher gegen die Arbeits- oder Besitzverhältnisse als gegen regulative Normen wie Fleiß, Pünktlichkeit oder Sparsamkeit. Nicht-Arbeit erscheint nicht mehr als erstrebenswerte gesellschaftliche Alternative, ja geradezu als un-natürlich.

Doch von *einem* Kapitalismus zu sprechen, heißt, die Augen vor einer Vielzahl von kleinen, aber bedeutenden Unterschieden in Organisation und Interpretation der Arbeit in den Kapitalismen Europas zu verschließen. In feinen Unterschieden der Arbeitsorganisation lässt sich ein unterschiedliches Verständnis von Arbeit ablesen, welches wiederum als Sozialisierungsbedingung zu verschiedenen Auffassungen von Arbeit führt.

Obwohl beispielsweise in England und Deutschland Weber gleichermaßen nach Stückzahl bezahlt wurden, weist Biernacki auf einen entscheidenden Unterschied in der Operationalisierung und der Begründung der Bezahlung hin.²⁰ Qualitativ höherwertige Ware wurde in beiden Ländern besser bezahlt, wobei es aber in England einzig auf die Dichte des Stoffes – also die Menge des verarbeiteten Materials pro Fläche – ankam, während in Deutschland (eher) nach »Schüssen« bezahlt wurde. Ein Schuss war diejenige *Aktivität*, bei der das Faden tragende Webschiffchen einmal hin und wieder zurück geführt wurde. Das fertige Produkt wurde in Deutschland nicht wie in England als Objekt der Bezahlung wahrgenommen, sondern lediglich als dessen Zeichen. Bezahlt wurde die Aktivität, die *Arbeits-tätigkeit*. Damit verbunden war auch eine unterschiedliche Sichtweise des »employers« bzw. Arbeitgebers. In Deutschland wurde die ganze Person an den Unternehmer vermietet. Dieser war als Autorität notwendig, um aus der Arbeitskraft, jener mysteriösen Quelle, für welche es keine angemessene englische Übersetzung gibt, einen Mehrwert heraus zu holen. Dazu musste er den Produktionsprozess kontrollieren und als Organisator tätig werden, wohingegen ihm in England die Rolle als Zwischenhändler und Investor zufiel. Daher sahen sich englische Arbeiter eher als in das Marktgeschehen handelnd eingebundene Subjekte, wahren sich ihre deutschen Kollegen als »schaffend« begriffen und der Distributionssphäre misstrauisch gegenüber standen. Wichtig ist hier festzuhalten, dass keinerlei materielle Gründe für die unterschiedlichen Bezahlungsarten existierten, die *Art* der Bezahlung aber in beiden Regionen sowohl von Unternehmern als auch von den Arbeitern als vollkommen selbstverständlich angesehen wurde.

Die besondere Arbeitsorganisation in Deutschland im Vergleich zu England ist Ausdruck unterschiedlicher Arbeitsvorstellungen und reproduziert diese als kulturellen Code wiederum durch die erste Phase der Industrieproduktion hindurch. Während in England der

20 Biernacki a. a. O.

Warencharakter von Arbeit offensichtlich schien, konnten Arbeiter in Deutschland dieses Prinzip im Alltagsbewusstsein nicht durchschauen. Für sie war die sichtbare Tätigkeit der Grund der Bezahlung und somit des ökonomischen Wertes.

Die im 19. Jahrhundert erwachende europäische Arbeiterklasse verwendet nun – ähnlich wie einst das Bürgertum – Arbeit als Kampfbegriff und setzt sich bewusst von jenen »Lumpenproletariern« ab, die keiner gelernten Arbeit nachgingen oder einfach als faul galten.

In der deutschen Arbeiterbewegung erfolgte im 19. Jahrhundert – anders als beispielsweise in England – ein eindeutiger Bruch mit dem Liberalismus und dem Individualismus. Die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung hatte den Anspruch, die gesamte Klasse zu vertreten. Mit ihrer starken Orientierung zum Staat, der ihr mit seiner effizienten Bürokratie durchaus ein Vorbild war, erwuchs eine Arbeiterbewegung, die zwar massiv auftreten konnte, deren Organisationen und Parteien aber wenig revolutionär waren und in denen die »deutschen Tugenden« von Pflicht, autoritärem Gehorsam, straffer Organisation auch für die Linke galten. Diese Tugenden galten auch und vor allem in der Arbeitswelt.

Arbeit wurde als prinzipiell positiv besetzter Bereich verstanden, der nur durch die gegebenen Verhältnisse den Charakter von Ausbeutung und Entfremdung besitzt. Man könnte sogar so weit gehen, das Entfremdungskonzept als Reaktion auf den Imperativ der Arbeitsfreude als typisch deutsch zu interpretieren. Die soziale Frage wurde somit in Deutschland immer auch als Widerspruch zwischen dem Anspruch an die Arbeit und der Arbeitswirklichkeit verstanden, als das nichteingelöste Versprechen der lustvollen, die menschliche Entwicklung fördernden Arbeit.

In vielen europäischen Randstaaten kam es nicht zuletzt durch die relative Rückständigkeit der Ökonomien zu einer anderen Schattierung innerhalb der Arbeiterbewegung, die sich von liberalen Vorstellungen genauso unterscheidet wie von autoritär kommunistischen. In Regionen, in welchen Landwirtschaft und quasi-feudale Besitzverhältnisse herrschten, wie das in einigen romanischen Ländern und Russland der Fall ist, erfreute sich daher zunächst der Anarchismus wachsender Sympathien. Die Folgen, die diese Stärke des Anarchismus hatte, lagen in den unterschiedlichen Strategien und Organisationsformen begründet. Da keine Hoffnung auf staatliche, parlamentarische Reformen gesetzt wurde, war die anarchistisch beeinflusste Arbeiterklasse deutlich revolutionärer als etwa die deutsche. Auch die föderalistische Organisationsform führte zu einer eigenständigeren politischen Bewegung der Basis ohne die Möglichkeit einer zumindest potenziell immer korrumpierbaren Führungsebene, wie es in autoritären, zentralistischen Arbeiterorganisationen der Fall war. Anarchismus fördert aufgrund der höheren persönlichen moralischen Verantwortung des Einzelnen prinzipiell eher liberale und individualistische Einstellungen. Für die Einstellung zur Arbeit folgte aus der höheren persönlichen Verantwortung eine höhere Eigenverantwortlichkeit auch beim Arbeitsprozess. Dabei wurden durchaus auch Figuren des Bürgertums von Fortschrittsglauben und Zukunftshoffnung übernommen. Die Vorstellungen von

Arbeit als Grundlage des gesellschaftlichen Reichtums und von den persönlichen Aufstiegschancen durch Leistung konnten durchaus in die eigenen Anschauungen integriert werden. Einer schwächeren Pflichtvorstellung, die aus einer stärkeren moralischen Ablehnung von Autorität resultierte, standen hohe Moralvorstellungen und eigene Erwartungen an die Leistungsfähigkeit entgegen.

Ausblick

Bei dieser kurzen Vorstellung einzelner Aspekte europäischer Arbeitsbegriffe wurden einige Linien, aber auch eher zufällige Entwicklungen und leichte Brüche deutlich. Es wurde eine Vielfalt innerhalb Europas herausgestellt, der man sich stellen muss, will man in einen gemeinsamen europäischen Diskurs über Wertvorstellungen eintreten. Durch Kommunikation und kulturelle Vereinheitlichung wird es dabei nicht zwangsläufig zu einer Annäherung kommen, solange sich die Interpretation derselben Realität unterscheidet. Gerade die Selbstverständlichkeit, mit der man sich oft der Frage nach »der Arbeit« stellt, versperrt dabei den Blick darauf, dass es europäisch und historisch sehr verschiedene Vorstellungen gibt, warum und wozu wir arbeiten. Wertende Adjektive wie »bessere« oder »höhere« Arbeitsmoral können einer Verständigung dabei nur im Wege stehen und wurden in diesem Aufsatz bewusst vermieden. Schließlich ging es darum zu zeigen, dass Aspekte, die für den einen von größter moralischer Bedeutung sind, von anderen ganz selbstverständlich anders beurteilt werden.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ
zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen
Termin zum Preis von 57 € incl. Versand
(Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ
im Förderabonnement zum Preis von
75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft
zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte
der Nummern 135 bis 158 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte
der Nummern 1 bis 134 (soweit vorrätig)
zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr,
wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des
Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.
Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen
widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

JOCHEN WEICHOLD

Quo vadis, Grüne?

7 Thesen zur Entwicklung der *Grünen*

1. In den zwei Jahren seit dem Ende der rot-grünen Koalition haben *Die Grünen* nur schwer in ihre Oppositionsrolle gefunden. Das war in der Tat schwierig, weil es in der Großen Koalition starke Momente der Kontinuität zur rot-grünen Regierung gibt. Die sozialen Ungerechtigkeiten für Arbeiter und Angestellte, die unter Bundeskanzlerin Merkel verabschiedet werden, wurden vielfach unter Rot-Grün ausgedacht.

Zu Recht haben *Die Grünen* nach der Rückkehr in die Opposition eher leise Töne angeschlagen. Eine Kehrtwende um 180 Grad hätten ihnen die Wähler und Anhänger ohnehin nicht abgenommen. Eine solche Wende hätte zu einem ernsten Glaubwürdigkeitsproblem für *Die Grünen* geführt. Erst auf dem Kölner Parteitag im Dezember 2006 wurden von den Parteilinken kritischere Töne angeschlagen, begann nach einer Schamfrist eine deutlichere Abgrenzung von der Großen Koalition. Mit dem Sonderparteitag in Göttingen Mitte September 2007 wurde aber das Ende der von Joschka Fischer geprägten außen- und sicherheitspolitischen Linie der Öko-Partei markiert, und mit ihrem Nürnberger Parteitag und den dort gefassten Beschlüssen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik sind *Die Grünen* nun in der Opposition angekommen.

2. Offensichtlich hat der taktisch begründete Verzicht auf eine Kehrtwende um 180 Grad bei Wählern und Mitgliedern durchaus Früchte getragen. Dazu kommt, dass derzeit substanzielle Themen der *Grünen* (wie der Klimawandel) Hochkonjunktur haben. Die von der Ökopartei seit langem vorgetragenen Warnungen erfahren Unterstützung und Verstärkung von Kreisen, die einer Sympathie für *Die Grünen* unverdächtig sind, wie der Stern-Kommission, die in ihrem Bericht Ende Oktober 2006 die gravierenden ökonomischen Folgen des Klimawandels konkret beziffert hat.¹ Dies treibt den *Grünen* neue Anhänger zu.²

So liegen *Die Grünen* bei der Sonntagsfrage bei den meisten Meinungsforschungsinstituten regelmäßig rund zwei Prozentpunkte über dem Bundestagswahlergebnis vom Herbst 2005.³ Hochburgen der *Grünen* sind – wie in der Vergangenheit – Großstädte und Universitäts- und Hochschulorte, die einen vergleichsweise hohen Anteil von Akademikern und Angestellten und der lernenden und studierenden Jugend aufweisen, sowie Gebiete mit akuten Umweltproblemen. Dies gilt auch für die fünf neuen Bundesländer – allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau.⁴

Die Grünen finden bei Wahlen in der Regel vor allem in den Altersgruppen bis unter 45 Jahre eine deutlich höhere Zustimmung als

Jochen Weichold –
Jg. 1948; Dr. sc. phil.,
Politikwissenschaftler,
Bereichsleiter in der Rosa-
Luxemburg-Stiftung. Letzte
Veröffentlichung in UTOPIE
kreativ: Die Grünen –
Aufbruch in die Anpassung,
Heft 171 (Januar 2005).

1 Vgl. Sir Nicolas Stern:
The Economics of Climate
Change (veröffentlicht am
30. Oktober 2006). Der Be-
richt konstatiert, »dass die
Gesamtkosten und -risiken
des Klimawandels, wenn wir
nicht handeln, gleichbedeu-
tend mit dem Verlust von
wenigstens 5 Prozent des
globalen Bruttoinlandpro-
dukts jedes Jahr, jetzt und
für immer, sein werden. [...] Im
Gegensatz dazu können die
Kosten des Handelns – des
Reduzierens der Treibhausgas-
emissionen, um die schlimmsten
Auswirkungen des Klimawandels
zu vermeiden – auf etwa 1 Pro-

insgesamt, obwohl auch die Wählerklientel mit der Partei »gealtert« ist. Sie können dabei nach wie vor in der Altersgruppe der 18- bis 24-jährigen überdurchschnittliche Stimmenanteile verzeichnen. Sie schneiden in allen Altersgruppen aufgrund ihrer so genannten »weichen« (besser: postmaterialistischen) Themen bei Frauen besser ab als bei Männern. Zwischen Ost und West zeigen sich dabei keine größeren alters- und geschlechtsspezifischen Abweichungen in der Wählerschaft.⁵

Die Mitgliederzahl der *Grünen* ist vergleichsweise stabil⁶ und liegt bei ca. 45 000⁷. Doch hinter der relativ stabilen Entwicklung der Mitgliederzahlen haben sich gravierende Veränderungen in der Struktur der Mitglieder, aber auch der Wählerschaft vollzogen. In den 90er Jahren fand ein gewaltiger personeller Umschlag in der Partei statt. Rund die Hälfte der Mitglieder aus den Anfangsjahren kehrten ihr seit 1990 enttäuscht den Rücken. Weit mehr als die Hälfte der heutigen Mitglieder trat erst nach 1990 in die Partei ein und brachte neue Wertorientierungen und Lebenserfahrungen mit, die zum Teil auch neoliberalen Ideen einen Nährboden bieten.

Die Wähler der *Grünen* haben sich in der bundesdeutschen Gesellschaft erfolgreich etabliert und gehören mittlerweile in der Tendenz eher zu den arrivierten Bevölkerungsschichten. Auf ihre politischen Einstellungen und Ziele hat dies nach Ansicht von Wahlforschern einen eher mäßigenden Einfluss ausgeübt.⁸ Mit den Worten von Forsa-Chef Manfred Güllner ist der Anteil der »Werte-Grünen« oder »Körnerfresser«, die ihren Lebensstil seit 20 Jahren nicht geändert haben, an der Anhängerschaft der *Grünen* stetig geschrumpft, derjenige der »etablierten« Grünen, die beispielsweise die Anwaltspraxis ihres Vaters übernommen haben, hingegen deutlich gestiegen.⁹

3. Die Gründe für eine Mitgliedschaft in den *Grünen* haben sich verändert. War in den 80er Jahren der Kampf gegen die Atomkraft (gegen Kernkraftwerke wie gegen atomare Waffen) eine ganz zentrale Frage, eine Frage mit Symbolwert, um sich in der Öko-Partei zu engagieren, liegt der Focus seit den 90er Jahren eher bei der Verteidigung und Ausweitung der Bürgerrechte. Damit haben sich in gewisser Weise jene Kräfte bei den *Grünen* durchsetzen können, die sich aus dem Zusammengehen mit dem Bündnis 90 in der ersten Hälfte der 90er Jahre einen Schub für die Partei in Richtung einer Bürgerrechtspartei erhofft hatten. Joschka Fischer hatte 1991 gefordert, *Die Grünen* müssten sich entscheiden, wie die zukünftige Entwicklungsrichtung der Partei aussehen solle: reformökologisch-bürgerrechtlich oder linksökologisch-antikapitalistisch. Dass der Zug seither in die reformökologisch-bürgerrechtliche Richtung gefahren ist, ist unbestreitbar.

Die Veränderungen in der Mitgliedschaft sind auch die Folie, auf der *Die Grünen* ihre Positionen auf wesentlichen Politikfeldern seit Anfang der 90er Jahre für Außenstehende bis zur Unkenntlichkeit verändert hatten (Außenpolitik, Atompolitik, zum Teil neoliberale Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik). Vor allem im Laufe ihrer Regierungszugehörigkeit verabschiedeten sich *Die Grünen* »von vielen Forderungen, die früher den Kernbestand ihrer Identität ausmachten«¹⁰.

zent des globalen Bruttoinlandprodukts pro Jahr begrenzt werden.« (Summary of Conclusions, p. VI, Internet-Fassung).

2 Vgl. Franz Walter: Grüne: Pausbäckige Selbstzufriedenheit, in: Welt online, 12. 4. 2007.

3 Vgl. die Ergebnisse der sechs Meinungsforschungsinstitute Allensbach, Emnid, Forsa, Forschungsgruppe Wahlen, Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung (GMS) und Infratest dimap (<http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm> (Stand: 4. 12. 2007)).

4 Vgl. www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/ergebnisse/wahlkreisergebnisse; Dieter Roth und Andreas M. Wüst: Abwahl ohne Machtwechsel? Die Bundestagswahl 2005 im Lichte langfristiger Entwicklungen, in: Eckhard Jesse, Roland Sturm (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Wiesbaden 2006, S. 52.

5 Vgl. Eckhard Jesse: Die Bundestagswahl 2005 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Wiesbaden 2006, Heft 3, S. 519-522. – Bei der Bürgerschaftswahl in Bremen im Mai 2007 konnten Die Grünen mit 16,4 Prozent der Stimmen ihr Ergebnis gegenüber der vorangegangenen Wahl deutlich verbessern (2003: 12,8 Prozent) und wurden in einigen innerstädtischen Quartieren zur stärksten Partei. Im Stadtstaat mit seiner Universität und mehreren Hochschulen mit über 30 000 Studieren-

den verhalten ihnen vor allem die jüngeren Wählerinnen und Wähler zum Erfolg. Vgl. Bernd Hüttner, Norbert Schepers: Die Bürgerschaftswahl in Bremen 2007. DIE LINKE im Westen angekommen? rls standpunkte, Berlin, 11/2007, S. 4.

6 Vgl. Oskar Niedermayer: Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Wiesbaden 2002, Heft 2, S. 435; Internet-Präsentation der Grünen (<http://www.gruene.de/>, Stand: 11. 4. 2007); Der Fischer Weltalmanach 2007. Zahlen, Daten, Fakten, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 2006, S. 125; Oskar Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2006, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Baden-Baden 2007, Heft 2, S. 370.

7 Vgl. Oskar Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2006, a. a. O., S. 370.

8 Vgl. Markus Klein, Jürgen W. Falter: Der lange Weg der Grünen, München 2003, S. 219.

9 Vgl. Berliner Zeitung, Berlin, 24./25. 11. 2001.

10 Markus Klein, Jürgen W. Falter: Der lange Weg der Grünen, a. a. O., S. 216.

11 Vgl. Joachim Raschke: Die Zukunft der Grünen. »So kann man nicht regieren«, Frankfurt am Main 2001, S. 141 und 290.

12 Zit. in: Katharina Koufen: Affäre? Zweitfrau? Scheidung?, in: taz, Berlin, 2. 4. 2007.

Das neue Grundsatzprogramm der *Grünen* vom März 2002 vollzog nur den Weg nach, den die Schrägstrich-Partei in der politischen Praxis längst gegangen war. Die Grundsatzprogramm-Kommission hatte zu Beginn der Programm-Diskussion konstatiert, nicht nur die Welt um die Partei herum, auch *Die Grünen* selbst hätten sich verändert und müssten sich darüber Rechenschaft geben.

4. Das Verhältnis der Partei *Die Grünen* zu den außerparlamentarischen Bewegungen ist zerrüttet. Der Grad der Zerstörung dieses Verhältnisses ist allerdings bei den einzelnen Bewegungen unterschiedlich. Und: *Die Grünen* sind trotzdem ein wichtiger Ansprechpartner – oft der wichtigste Ansprechpartner – der Bewegungen. Dies gilt insbesondere für die Ökologiebewegung.

Die Gründe für das gestörte Verhältnis liegen darin, dass zum einen Verbände und Initiativen aus den außerparlamentarischen Bewegungen teilweise weit überzogene Erwartungen an den Regierungseintritt der *Grünen* geknüpft hatten. Die Realität grüner Regierungsbeteiligung führte zu einer tiefen Enttäuschung der Aktivisten der außerparlamentarischen Bewegungen, die sie auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum Ausdruck brachten.¹¹ »Mit dem Kosovokrieg 1999 und dann mit Afghanistan haben *Die Grünen* eine Grenze überschritten, was ihnen nicht vergeben wird«¹², so ein Bewegungsaktivist, der sich lange Jahre in der Friedensbewegung engagiert hatte und heute bei Attac mitmacht.

Zum anderen verloren im Gegenzug *Die Grünen* zum großen Teil den Kontakt zu den sozialen Bewegungen. Insbesondere nach dem Treffen der Globalisierungskritiker 2001 in Genua stellten *Die Grünen* plötzlich fest, dass sie den Anschluss an die außerparlamentarischen Bewegungen verpasst hatten.

Das schwierige Verhältnis der *Grünen* zu den außerparlamentarischen Bewegungen manifestierte sich im April 2007 im Streit um den Aufruf der Bewegungen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. In diesem Streit spaltete »sich die Partei in Globalisierungsfundis und -realos«¹³, wie DER SPIEGEL genüsslich schrieb. Während die Grüne Jugend und der Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele den Aufruf von Attac und anderen zur G8-Großdemonstration am 2. Juni 2007 unterschrieben, verweigerte Parteichefin Claudia Roth ihre Unterschrift, weil sie die »einseitige Schuldzuweisung« an die G8-Regierenden nicht teilen könne, und kreierte ein eigenes Papier.¹⁴

Einerseits suchen also *Die Grünen* wieder den Kontakt zu den außerparlamentarischen Bewegungen. Andererseits sieht sich ihre Führung immer noch als Regierungspartei,¹⁵ gewissermaßen als *Regierungspartei im Wartestand*. Ein solch »inniges« Verhältnis, wie es zwischen den neuen sozialen Bewegungen und der »Anti-Parteien-Partei« *Die Grünen* in den 80er Jahren bestand, wird sich nicht wiederherstellen lassen. Dazu haben sich Partei und Bewegungen zu weit auseinander entwickelt, ist aus der »Bewegungspartei« eine ganz normale, eine etablierte Partei (wie die anderen auch) geworden.

5. Seit dem Herbst 2006 hat sich die Parteilinke wieder stärker zu Wort gemeldet, zeichnen sich auf wichtigen Politikfeldern Veränderungen ab. Dies manifestierte sich deutlich auf den Parteitagen der *Grünen* in Köln im Dezember 2006, in Göttingen im September

2007 und in Nürnberg Ende November 2007 sowie in den innerparteilichen Debatten im Verlauf des Jahres 2007. Drei herausragende Beispiele dafür sind (a) die Afghanistan-Debatte, (b) die Diskussion über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme und (c) die Papiere zur Wirtschaftspolitik.

(a) Die Afghanistan-Debatte: In dem Sonderparteitag von Göttingen kulminierte eine Diskussion in der *Grünen* Partei, die schon auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) im Dezember 2006 in Köln eine wichtige Rolle gespielt hatte. Während *Die Grünen* einst – in der Regierung – sowohl für den Einsatz der International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan als auch für die Operation Enduring Freedom (OEF) gestimmt hatten, wurde auf der Kölner BDK der Ruf nach einer Rückbesinnung auf den Pazifismus laut, konnte sich aber letzten Endes nicht durchsetzen. Abgelehnt wurde auch die von den Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele, Winfried Hermann und anderen vorgebrachte Idee, eine Exit-Strategie für den Bundeswehreinsatz im Rahmen von ISAF in Afghanistan zu entwickeln. Andererseits wandten sich die Delegierten gegen einen Einsatz der Bundeswehr im Süden Afghanistans.

Im Gegensatz zum Geist des Parteitagsbeschlusses von Köln stimmte jedoch eine knappe Mehrheit der Bundestagsfraktion der *Grünen* im März 2007 für einen Einsatz der deutschen Tornados im Süden Afghanistans im Rahmen von OEF. Hätte noch einige Zeit zuvor die Ablehnung des Tornado-Einsatzes durch 21 Abgeordnete zum Eklat bei den *Grünen* geführt, sorgte nun die Zustimmung von 26 Abgeordneten zum Tornado-Einsatz bei einem beträchtlichen Teil der Partei für Empörung. Nicht wenige Mitglieder erblickten darin eine Missachtung der pazifistischen Wurzeln der *Grünen*.

Mitte Juli 2007 erzwangen 44 Kreisverbände der *Grünen* einen Sonderparteitag zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Obwohl es erst nach wochenlanger Sammlung der Voten der Kreisverbände gelang, das erforderliche Quorum von zehn Prozent für die Einberufung eines Sonderparteitages zu überschreiten, befürchtete die Parteiführung nicht zu Unrecht, dass der verbreitete Unwille in der Partei über die Entscheidung zum Einsatz von Tornados in Afghanistan so groß ist, dass sich die Befürworter der in Köln noch abgelehnten Diskussion über eine Exit-Strategie aus Afghanistan auf dem Sonderparteitag durchsetzen und dass eine solche Debatte als außenpolitischer Kurswechsel der *Grünen* interpretiert werden könnte.¹⁶

In der *Grünen*-Spitze brach offener Streit darüber aus, wie mit dieser neuen Situation umzugehen sei. Ein Streit, der sich mit den Machtkämpfen innerhalb des Führungspersonals der Partei verquickte. Während die einen zudem für ein Ja zum kombinierten ISAF/Tornado-Mandat plädierten, forderten andere ein Nein.¹⁷ Hier lag die Ursache dafür, dass sich der Vorstand nur auf einen »Leitantrag« verständigen konnte, der im Grunde alles offen ließ.

Der Sonderparteitag endete dann mit einer faustdicken Überraschung: Bei der Abstimmung über den Leitantrag konnte sich nicht der favorisierte Antrag des Bundesvorstandes durchsetzen, sondern der Antrag von Robert Zion und seines widerständigen Kreisverbandes Gelsenkirchen, der diese Sonder-BDK erst initiiert hatte.

13 DER SPIEGEL, Hamburg, 2007, Nr. 16 (vom 16. 4. 2007), S. 27.

14 Vgl. ebenda; Neues Deutschland, Berlin, 13. 4. 2007.

15 Vgl. Süddeutsche Zeitung, München, 4. 4. 2007; Welt.online, 4. 4. 2007.

16 Vgl. Süddeutsche Zeitung, München, 14./15. 7. 2007.

17 Vgl. ebenda, 15./16. 9. 2007.

Die Delegierten sprachen sich im Parteitagsbeschluss nicht nur für eine sofortige Beendigung von OEF und des Tornado-Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan aus, sondern lehnten auch eine Zusammenlegung der Mandate für OEF und ISAF ab. Sie forderten die grüne Bundestagsfraktion auf, bei einer Zusammenlegung der Abstimmungen für ISAF und Tornados diesem »Paket« nicht zuzustimmen.¹⁸

18 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen. Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, 15. September 2007, Lokhalle Göttingen: Militärische Eskalation ist keine Lösung – Mit politischen Mitteln und zivilem Aufbau den Frieden in Afghanistan gewinnen! Beschluss, S. 2-5.

Die Grünen knüpften ein Ja zu einer Verlängerung der ISAF-Mission an den Ausstieg aus der Gewaltspirale. Für die Öko-Partei sei der weitere Einsatz der Bundeswehr nur dann tragbar, wenn rasch ein klar erkennbarer Kurswechsel der Bundesregierung und der NATO eingeleitet wird, der eine politische Lösung anstrebt und mit erheblich mehr Ausgaben für den zivilen Bereich verbunden ist. Diese Änderung der Strategie bzw. die dokumentierte Absicht dazu müsse seitens der Bundesregierung vor einer Zustimmung der *Grünen* zu einer Verlängerung oder Neumandatierung vorliegen. »Falls es nicht zu einem von uns geforderten erkennbaren Kurswechsel kommt, bedeutet das in der Konsequenz, dass sich die Bundeswehr komplett aus Afghanistan zurückziehen muss. Das Zeitfenster für einen solchen Strategiewechsel ist dabei nicht unbegrenzt.«¹⁹

19 Ebenda, S. 9.

Maßgebend für jegliche weitere Zustimmung zu einer Verlängerung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan sei für *Die Grünen* die Vorlage eines zeitlich klar gegliederten Stufenplans für den Aufbau und die Befriedung. »Dieser Zeitplan muss einen völligen Abzug der ausländischen Truppen, somit natürlich auch der Bundeswehr, in wenigen Jahren beinhalten.«²⁰ Mit anderen Worten: *Die Grünen* entschieden sich in Göttingen für den (schrittweisen) Ausstieg der Bundeswehr aus Afghanistan.

20 Ebenda.

(b) *Die Diskussion über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme*: Auf dem Parteitag der *Grünen* in Köln im Dezember 2006 machten sich Parteilinke in der Debatte über die Zukunft der sozialen Sicherung für ein bedingungsloses Grundeinkommen stark. Astrid Rothe-Beinlich, die Thüringer Landessprecherin der *Grünen*, und Stefan Ziller vom Arbeitskreis Grundeinkommen benannten Kriterien für ein Grundeinkommen: Es müsse armutsfest und Existenzsichernd, mit einem individuellen Rechtsanspruch für Frauen und Männer, (die soziokulturelle) Teilhabe sichernd, ohne Arbeitszwang und ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgestattet sein.

21 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen. 27. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, 23.-25. November 2007, Congress Center Nürnberg: Aufbruch zu neuer Gerechtigkeit! Beschluss (vorläufig), besonders S. 20-24.

Im Ergebnis der Diskussion zur Zukunft der sozialen Sicherung stimmten die Delegierten für die Einrichtung einer Kommission, die auf der Grundlage der Konzepte zum bedingungslosen Grundeinkommen und zu einer sozialen bzw. bedarfsorientierten Grundsicherung Vorschläge zur Weiterentwicklung des Sozialstaates erarbeiten sollte. In der Debatte selbst bestand Einigkeit darüber, dass der Sozialstaat Menschen in Notlagen unterstützen müsse. »Wir dürfen das Soziale nicht der SPD und der Linkspartei überlassen«, forderte ein Delegierter. »Auch *Die Grünen* müssen sozial sein.«

22 Adam Smith (1723-1790) sprach in seinem Werk »Der Wohlstand der Nationen« von 1776 von der »unsichtbaren Hand«, von der Wirtschaftskreisläufe gesteuert würden (Selbstorganisation des Marktes).

Auf der BDK der *Grünen* in Nürnberg Ende November 2007 entschieden sich die Delegierten dann mit knapp 60 Prozent der Stimmen für das Modell einer bedarfsorientierten Grundsicherung, das sich in seiner Ausgestaltung positiv von der Agenda 2010 und Hartz IV abhebt. Nach dem Beschluss zur bedarfsorientierten Grundsicherung

rung sollen die Hartz-IV-Regelsätze von derzeit 347 € auf 420 € angehoben und jährlich an die Lebenshaltungskosten angepasst werden. Der Grundsicherungsbetrag dürfe nicht durch Sanktionen gekürzt werden und solle nicht nur die materielle Existenz sichern, sondern auch die gesellschaftliche Teilhabe garantieren. Von Hinzuverdiensten bis zu 400 € im Monat sollen die Betroffenen die Hälfte, von jedem weiteren Euro 20 Cent behalten dürfen, während der Rest mit dem Arbeitslosengeld II verrechnet werde. Das Vermögen zur Altersvorsorge wollen *Die Grünen* stärker schonen, indem für jedes Jahr bis zu 3 000 € steuerfrei zurückgelegt werden können. Partnereinkommen wollen sie zudem langfristig nicht anrechnen.

Elemente des Grundeinkommens-Modells aufgreifend, sollen Kinder nicht mehr als »abgeleitete Erwachsene« behandelt werden, sondern in den Genuss einer eigenständigen Grundsicherung mit einem nach dem Alter gestaffelten Regelsatz von 300 bis zu 350 € kommen. Übernommen wird die Idee der negativen Einkommenssteuer aus dem *Grünen* Grundeinkommens-Modell. Nicht zuletzt sollen die Eltern von den Kosten für Schulmahlzeiten, Nahverkehr, Bibliotheken und für außerschulischen Sport- oder Musikunterricht entlastet werden. Schließlich soll nach skandinavischem Muster ein Programm gegen die soziale Spaltung aufgelegt werden, mit dem öffentliche Institutionen wie Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Universitäten gefördert werden.²¹

In der Kritik an der Agenda-Politik waren sich die Verfechter einer bedarfsorientierten Grundsicherung mit den Befürwortern eines bedingungslosen Grundeinkommens, das im Monat 420 € für Erwachsene und 300 € für Kinder vorsah, die unabhängig von der Bedürftigkeit gezahlt werden sollten, einig. Mit der Entscheidung zugunsten der vom Bundesvorstand favorisierten bedarfsorientierten Grundsicherung bleiben *Die Grünen* anschlussfähig an Gewerkschaften wie Sozialdemokratie.

(c) *Die Papiere zur Wirtschaftspolitik*: Nachdem im Sommer 2006 unter der Federführung von Fraktionschef Fritz Kuhn ein Wirtschaftspapier mit dem Titel »MehrWert – Grüne Marktwirtschaft« erarbeitet und vorgelegt worden war, das in Anlehnung an eine These von Adam Smith²² postulierte »Die unsichtbare Hand des Marktes wird grün.«²³, reagierten Parteilinke darauf direkt oder indirekt im Frühjahr 2007 mit zwei eigenen Papieren. Sie warfen Kuhn und seinen Mitautoren vor, die Marktkräfte über zu bewerten und marktoptimistisch und wettbewerbsgläubig zu sein.²⁴

Die Autoren des Papiers »Grüne Wirtschaftspolitik. Mehr als nur Markt«, darunter Bärbel Höhn (die frühere Umweltministerin in Nordrhein-Westfalen), Jürgen Trittin (der ehemalige Bundesumweltminister) und der Bundestagsabgeordnete Winfried Hermann, erinnerten an das häufige Marktversagen und plädierten für eine grüne Wirtschaftspolitik »als integraler Bestandteil eines ganzheitlichen Politikentwurfs, der den Zielen ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe und internationaler Solidarität verpflichtet ist.«²⁵ Gegen die Umwelt lasse sich auf Dauer kein Gewinn erzielen: »Unsere Wirtschaft steht vor einem Scheideweg. Entweder die Marktwirtschaft wird grün oder sie hat keine Zukunft.«²⁶

23 Fritz Kuhn, Biggi Bender, Matthias Berninger, Thea Dückert, Anja Hajduk, Brigitte Pothmer, Christine Scheel, Gerhard Schick, Margareta Wolf: MehrWert – Grüne Marktwirtschaft. AutorInnenpapier zur Vorbereitung des wirtschaftspolitischen Kongresses »Grüne Marktwirtschaft« der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am 17. und 18. November 2006 in Berlin, Berlin 2006 (http://www.gruene-bundestag.de/cms/arbeits_wirtschaft/dok-bin/154/154194.pdf Stand: 18. 4. 2007), S. 7.

24 Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 17.04.2007.

25 Winfried Hermann, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe, Jens Kendzia, Markus Kurth, Jürgen Trittin, Barbara Unmüßig: Grüne Wirtschaftspolitik. Mehr als nur Markt, o. O., 2007 (http://www.winnehermann.de/bundestag/papiere/070412_Mehr_als_Markt_lang.pdf Stand: 18. 4. 2007), Zeilen 19 und 24-30.

26 Ebenda, Zeilen 49-52.

27 Vgl. ebenda, Zeilen 43 und 76-79.

28 Vgl. ebenda, Zeilen 93-96.

29 Vgl. ebenda, Zeilen 139/140 und 146.

30 Jürgen Trittin: Die sichtbare Hand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 2. 7. 2007.

31 Rüdiger Sagel ist Mitte Juni 2007 aus der Partei und der Landtagsfraktion der Grünen in Nordrhein-Westfalen ausgetreten. Vgl. taz, Berlin, 16./17. 6. 2007.

32 Vgl. Rüdiger Sagel, Robert Zion, Hubertus Zebel, Werner Hager, Jürgen Klippert: *Solidarisch Wirtschaften. »Grüne Wirtschaftsdemokratie statt Grüner Marktwirtschaft«*, o. O., 2007 (http://www.sagel.info/solid_wirtschaft_kurz.pdf Stand: 18. 4. 2007), S. 1.

33 Ebenda.

34 Vgl. ebenda, S. 2.

35 Fritz Kuhn: *Grüne Marktwirtschaft*, in: *Grüne Marktwirtschaft. Beiträge zur wirtschaftspolitischen Debatte bei Bündnis 90/Die Grünen*, Berlin 2007, S. 28/29.

36 Zu den Antragstellerinnen und Antragstellern des auf der BDK eingebrachten Antrags hatten sowohl Fritz Kuhn, Christine Scheel, Anja Hajduk und Gerhard Schick als auch Bärbel Höhn und Jürgen Trittin gehört.

37 Bündnis 90/Die Grünen, 27. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, 23.-25. November 2007, Congress Center Nürnberg: *Nachhaltig und gerecht: Grüne Marktwirtschaft. Beschluss (vorläufig)*, S. 2.

38 Ebenda.

39 Ebenda.

40 Ebenda. – Diese Passage lautete in der Antragsfassung noch: »Funktionierende Märkte mit einer hohen Wettbewerbsintensität und geringen Informationsasymmetrien zwischen Verbrauchern und Unternehmen können effiziente Lösungen bereitstellen, weil sie abstrakte Informationen aller Art in Preise verwandeln können.«
Nachhaltig und gerecht:

Grün werde der Markt aber nicht von allein. Vielmehr müsse die Ökologisierung der Wirtschaft gegen den kurzfristigen Widerstand mächtiger Wirtschaftsinteressen durchgesetzt werden, schrieben die Autoren des Papiers »Grüne Wirtschaftspolitik. Mehr als nur Markt«. ²⁷ An die Stelle unverbindlicher gentleman's agreements müssten daher wieder verstärkt ordnungsrechtliche Vorgaben treten, weil nur so die kurzfristige Marktlogik, die in der Regel schnellen Profit über nachhaltiges Wirtschaften setze, gebrochen werden könne. ²⁸ Grüne Wirtschaftspolitik müsse soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit neu in den Mittelpunkt rücken, verlangten die Autoren, weil grüne Marktwirtschaft immer auch soziale Marktwirtschaft sein müsse. ²⁹

Anfang Juli 2007 legte Jürgen Trittin mit dem FAZ-Artikel »Die sichtbare Hand« nach. Er unterstrich, »dass die einseitige Entfesselung globaler Marktdynamik zerstörerisch wirkt«. Das international kaum regulierte Marktgeschehen produziere mittlerweile ökologische und soziale Schäden, die kaum mehr kalkulierbar seien. Globalisierte Güter-, Arbeits- und Finanzmärkte hätten einen weltweit verschärften Verteilungskampf hervorgebracht mit neofeudalen Oberklassen, neuen Armenhäusern und massiven Fragmentierungen in den Mittelschichten. Und Trittin schlussfolgerte: »Marktwirtschaft benötigt die sichtbare Hand demokratischer Regulierung.« Regeln der Kooperation und der Koordination müssten her, »die unsichtbare Hand ist per se weder grün noch gerecht«. ³⁰

Die Autoren des Papiers »Solidarisch Wirtschaften. Grüne Wirtschaftsdemokratie statt Grüner Marktwirtschaft«, Robert Zion, Rüdiger Sagel ³¹ und andere Fachleute der Partei auf nordrhein-westfälischer Landesebene, warfen der Gruppe um Fritz Kuhn vor, sie wollten *Die Grünen* offensichtlich neu positionieren und sie auf Koalitionen mit CDU und FDP vorbereiten ³². Zion und seine Mitstreiter lehnten einen Ordoliberalismus, der sich zwar für einen starken Staat ausspricht, diesen aber nur als Machtinstrument zur Durchsetzung des reinen Marktes versteht, ab und kritisierten, »dass die marktwirtschaftlich-kapitalistische Ordnung ökologische, soziale und gesellschaftliche Verwerfungen hervorbringt, verschärft und als solche kaum zur Lösung der Probleme beitragen kann, die sie selbst erzeugt«. ³³ Die »unsichtbare Hand des Marktes« sei sozial und ökologisch blind. ³⁴

Ende Juli 2007 gab die Parteiführung der *Grünen* eine Broschüre »Grüne Marktwirtschaft« heraus, die die wirtschaftspolitische Debatte in der Partei durch sehr verschiedenartig argumentierende Beiträge spiegelte. Fritz Kuhn nutzte die Gelegenheit, um sich deutlich vom Papier »MehrWert – Grüne Marktwirtschaft« abzusetzen und schrieb: »Es ist die Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass Marktversagen verhindert wird. Die unsichtbare Hand des Marktes, die in Adam Smiths Metaphorik dafür sorgt, dass sich Eigeninteresse und Allgemeininteresse decken, kann nur funktionieren, wenn staatliche Ordnungssysteme zur Regulierung von Märkten bestehen. [...] Märkte können nur Mittel zum Erreichen höchstmöglicher Effizienz sein, wenn die politischen Rahmenbedingungen stimmen.« ³⁵

Im Ergebnis des innerparteilichen Diskussionsprozesses sind dem auf der Bundesdelegiertenkonferenz der *Grünen* in Nürnberg Ende

November 2007 gefassten Beschluss zur »Grünen Marktwirtschaft«³⁶ – verglichen mit dem Ursprungspapier – etliche neoliberale Zähne gezogen und ökologische und soziale Leitplanken eingebaut worden. So akzeptiert man jetzt die Freiheit des Marktes nur, wenn ihn der Staat mit Regeln bündigt und die Preise die ökologische Wahrheit sagen. »Die unsichtbare Hand des Marktes, die in Adam Smiths Metaphorik dafür sorgen soll, dass sich Eigeninteresse und Allgemeininteresse decken, kann nur funktionieren, wenn staatliche und internationale Ordnungssysteme zur Regulierung von Märkten bestehen.«³⁷ Wirtschaftswachstum müsse mit einer Senkung des Ressourcenverbrauchs und der Emissionen einhergehen.

Das Papier sucht einen Mittelweg zwischen neoliberalem Marktvertrauen und dem Setzen auf einen Staat, der alles regeln könne. Einerseits heißt es: »Märkte und Wettbewerb sind für Bündnis 90/Die Grünen kein Fetisch.«³⁸ Und: »Sich selbst überlassen sind Märkte sowohl ökologisch als auch in sozialer Hinsicht blind.«³⁹ Andererseits wird die Marktwirtschaft (vorsichtig) gelobt: »Die Märkten und Wettbewerb eigene Verwandlung abstrakter Informationen aller Art in Preise können zu Effizienzsteigerungen beitragen, die jedoch der qualitativen Zielbestimmung durch die Politik bedürfen.«⁴⁰

Die Abkehr der *Grünen* von neoliberalen Elementen in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik ist Ausdruck des Einflussverlustes der Grünen Neoliberalen in der Partei. Oswald Metzger, der in der *rot-grünen* Regierungszeit gemeinsam mit Christine Scheel, Margareta Wolf und Katrin Göring-Eckardt den finanz- und wirtschaftspolitischen Kurs der *Grünen* maßgeblich bestimmt hatte und für die Durchsetzung sowohl der Senkung des Spitzensteuersatzes als auch der Agenda 2010 verantwortlich zeichnete, trat zwei Tage nach der Nürnberger BDK aus der Partei aus. Matthias Berninger, der ehemalige Staatssekretär im Verbraucherschutzministerium, ging im Februar 2007 zum US-Nahrungsmittel- und Süßwarenkonzern Mars Incorporated. Margareta Wolf, früher Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, legte Ende 2007 ihr Bundestagsmandat nieder und wechselte als Managing Director zu einer Strategie- und Kommunikationsberatung.

6. Es gibt Gemeinsamkeiten in den politischen Positionen von *Grünen*, SPD und der Partei DIE LINKE. Und das, obwohl ihre Führungskreise – im verständlichen Versuch, das Profil der jeweils eigenen Partei zu schärfen – nicht müde werden, mit viel Rhetorik zu erklären, ihre Partei sei die einzig wirkliche Friedenspartei, Umweltpartei, Partei der sozialen Gerechtigkeit usw. Ein Vergleich der Wahlprogramme von *Grünen*, SPD und Linkspartei zur letzten Bundestagswahl⁴¹ offenbart neben vielen Unterschieden auch eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten, die theoretisch ein gemeinsames politisches Agieren möglich machen.

Beispiel *Krankenversicherung*: Während die Union bekanntlich die »solidarische Gesundheitsprämie« (früher Kopfpauschale) einführen wollte, die im Kern gerade das Gegenteil von Solidarität bedeutet, plädierten SPD, *Grünen* und *Die Linkspartei* in ihren Wahlprogrammen – bei Unterschieden im Detail – für eine solidarische Bürgerversicherung. Alle Bürgerinnen und Bürger, auch Selbständige, Beamte und Politiker, sollten einbezogen werden.

Grüne Marktwirtschaft, (Bündnis 90/Die Grünen), 27. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz, 23.-25. November 2007, Congress Center Nürnberg, (Antrag) M-01, S. 2.

41 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen: Eines für alle. Das grüne Wahlprogramm 2005, Berlin (2005); Die Linke. PDS: Für eine neue soziale Idee. Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005. Vom Parteivorstand am 16. Juli 2005 beschlossener Entwurf, hrsg. vom Parteivorstand der PDS, Berlin (2005); Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD, (Berlin), 4. Juli 2005; Jochen Weichold, Horst Dietzel: Bundestagswahl 2005: Wahlprogramme der Parteien im Vergleich (rls standpunkte, Nr. 12/2005), hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2005, S. 3-6.

42 Die SPD hatte bekanntlich eine Unterschriftenaktion für die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne initiiert, dieses Vorhaben aus Koalitionsdisziplin jedoch nicht auf der parlamentarischen Ebene verfolgt. Die Fraktion DIE LINKE brachte Mitte Juni 2007 den Aufruf zu dieser Unterschriftenaktion wortgleich als Antrag in den Bundestag ein. Die Mehrheit der SPD-Fraktion attackierte diesen Antrag als »politische Show« der LINKEN und lehnte ihn ab. Neben den Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE stimmten die Fraktion der Grünen, vier Sozialdemokraten und ein Fraktionsloser für den Antrag. Vgl. FAZ, Frankfurt am Main, 15. 6. 2007.

43 Joachim Bischoff: Zwischenetappe oder histori-

scher Sieg für DIE LINKE?
In: Sozialismus, Hamburg
2007, Heft 6 (Juni), S. 3.

44 Vgl. DER SPIEGEL,
Hamburg, 2006, Nr. 28
(vom 10. 7. 2006), S. 35.

45 In Bremen wurde dieses Ziel Ende Juni 2007 in der bereits bewährten Form einer rot-grünen Koalition erreicht.

46 »Schwarz-grün ist für mich längst eine Machtop-
tion«. Jürgen Trittin über
Merkels Leistungen,
Schäubles Schmeicheleien,
Westerwelles Beweglichkeit
und Lafontaines Nationalismus
(Interview), in: Frank-
furter Allgemeine Sonntags-
zeitung, Frankfurt am Main,
2. 9. 2007.

47 Dies gilt auch für die
Wählerklientel der Öko-Par-
tei. Bei der Bundestagswahl
2005 gab es keine Nähe
zwischen den Wählern der
Union und der Grünen, wohl
aber eine zwischen den
Wählern der Grünen und
denen der SPD. Von den
Wählern, die 2005 mit der
Zweitstimme Bündnis 90/Die
Grünen wählten, gaben 56,7
Prozent ihre Erststimme der
SPD, aber nur 4,6 Prozent
der CDU/CSU. Vgl. Eckhard
Jesse: Die Bundestagswahl
2005 im Spiegel der reprä-
sentativen Wahlstatistik, in:
Zeitschrift für Parlamentsfra-
gen, Wiesbaden 2006, Heft
3, S. 520.

48 Bei einer Emnid-
Umfrage im Auftrag der
Zeitschrift »Die Zeit« im
Sommer 2007 bezeichneten
sich 76 Prozent der Anhän-
ger der Grünen als »links«,
während es bei den Anhän-
gern der Partei DIE LINKE
»nur« 64 Prozent waren.
Vgl. Die Zeit, Hamburg
2007, Nr. 33 (vom
9. 8. 2007), S. 3.

Bei der *Pflegeversicherung* wollten die Union und die FDP die Kapitaldeckung einführen. SPD, Grüne und Linkspartei plädierten auch hier für eine Bürgerversicherung.

Beispiel *Kernenergie*: Während *Die Grünen* und die SPD in ihren Wahlprogrammen am Atomausstieg festhalten wollten und die *Linkspartei* diesen Ausstieg verkürzen wollte, lehnten CDU und CSU den Atomausstieg als »umweltpolitisch und auch technologisch verheerend« ab, wollten ihn rückgängig machen und die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängern.

In der Frage von *Bürgerrechten und Demokratie* zeigte sich in den Wahlprogrammen ein tiefer Graben zwischen den *Grünen*, der *Linkspartei*, der SPD und selbst der FDP auf der einen Seite und CDU/CSU auf der anderen Seite. Während die erstgenannten Parteien die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie thematisierten, war dies für die Unionsparteien kein Thema. Vielmehr liefen die von ihnen anvisierten Maßnahmen im Kern auf eine deutliche Einschränkung von Bürgerrechten und Demokratie hinaus.

Die Analyse der Bundestagswahlprogramme ergab, dass die Programme von *Grünen* und *Linkspartei* generell die größte Schnittmenge aufwiesen. Aktuell gibt es zwischen SPD, *Grünen* und der Partei DIE LINKE Übereinstimmung in der Forderung nach Einführung eines *gesetzlichen Mindestlohns*.⁴²

Neben den Gemeinsamkeiten existieren aber auf einer ganzen Reihe von Politikfeldern tiefgreifende unterschiedliche Standpunkte, und so gilt gegenwärtig sicher die Feststellung, die Joachim Bischoff nach der Bürgerschaftswahl in Bremen im Mai 2007 zog: »Die knappe arithmetische Mehrheit von Sozialdemokratie, Grünen und der Linken kann wegen gravierender inhaltlicher Differenzen nicht in eine politische Koalition transformiert werden.«⁴³

7. *Die Grünen* wollen regieren – sie wissen nur nicht mit wem. Als Joschka Fischer die politische Bühne in Deutschland verließ, erklärte er in einem viel beachteten Interview im Juli 2006: Da Rot-Rot-Grün auf Bundesebene durch Lafontaine verhindert werde, blieben in einem Fünfparteiensystem neben der Großen Koalition nur zwei Konstellationen: »die schwarze oder die rote Ampel«. Welche die besser geeignete Variante sei, darüber müssten die neuen Leute an der Spitze befinden.⁴⁴ Damit hatte der ehemalige Außenminister den *Grünen* ein Ei ins Nest gelegt, an dem die Führungsriege der Öko-Partei noch heute brütet.

Klar ist nur (und daran lassen die unterschiedlichen Akteure dieser Führungsriege auch gar keine Zweifel aufkommen), dass *Die Grünen* möglichst bald wieder in Landes- und Bundesregierungen sitzen möchten.⁴⁵ Doch existieren in der Nach-Fischer-Ära unterschiedliche Auffassungen darüber, wie man dieses Ziel erreichen kann.

Vereinfacht kann man zwei strategische Herangehensweisen ausmachen, die in der *Grünen*-Führung miteinander um die Hegemonie ringen: *Zum einen* verfechten Kräfte um Reinhard Bütikofer und Claudia Roth vom Bundesvorstand den Weg, über die Entwicklung von politischen Inhalten die Partei deutlich zu profilieren, auf dieser Basis gesellschaftlichen Rückhalt zu organisieren und dann zu schauen, was sich in welchen Koalitionskonstellationen durchsetzen lässt. *Zum anderen* fällt eine Gruppe um Fritz Kuhn und Renate

Künast von der Bundestagsfraktion ins Auge, die eher den umgekehrten Pfad einschlägt und tendenziell auf inhaltliche Prioritäten verzichtet. Sie hält erst nach möglichen Koalitionspartnern Ausschau, richtet dann unter diesem Gesichtspunkt Programmatik und Ziele aus und produziert so schwarz-grüne Gedankenspiele und Reiseangebote nach Jamaika.

Für den Ex-Bundesumweltminister Jürgen Trittin, dem man nachsagt, er wolle Joschka Fischer als »heimlicher Parteivorsitzender« beerben, ist ein schwarz-grünes Bündnis grundsätzlich eine Machtoption für seine Partei, aber schon eine Jamaika-Koalition sei inhaltlich »für *Die Grünen* das Unattraktivste, was man sich vorstellen kann«. Eine wahrscheinlichere und für *Die Grünen* günstigere Konstellation sieht er in einem Bündnis von SPD, *Grünen* und FDP. Aber: »Programmatisch wäre das Naheliegendste ein Bündnis von Sozialdemokraten, Linkspartei und Grünen«, so Trittin wörtlich in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, und er konstatierte insbesondere erhebliche programmatische Überschneidungen von *Grünen* und Linkspartei. Die Partei DIE LINKE sei jedoch »noch nicht regierungsfähig. Das wird aber nicht immer so bleiben.«⁴⁶

An der Parteibasis stoßen eine schwarz-grüne Verbindung oder eine »Schwampel« nach wie vor auf wenig Gegenliebe.⁴⁷ *Gegenwärtig* ist offen, welche Richtung *Die Grünen* hier in Zukunft einschlagen werden. Nach Nürnberg ist allerdings Jamaika weiter entfernt, als es im letzten Jahrzehnt je war.

Insgesamt verändern sich wichtige Rahmenbedingungen für das Wirken der *Grünen*. Zu diesen Veränderungen gehört die Herausbildung der neuen, gesamtdeutschen Partei DIE LINKE aus PDS und WASG. So lange die PDS in den alten Bundesländern politisch bedeutungslos blieb, besetzten *Die Grünen* problemlos den Platz links von der SPD im Parteiensystem.⁴⁸ Mit dem Aufkommen der WASG und erst recht der neuen Partei DIE LINKE wird ihnen dieser Platz streitig gemacht, eröffnet sich eine linke Alternative zu den Grünen. Nach neuesten Analysen kann sich immerhin ein Drittel der *Grünen*-Anhänger für die Politik-Angebote der Partei DIE LINKE erwärmen.⁴⁹

Insbesondere die Führung der Öko-Partei wird sich entscheiden müssen, ob sie den bisher angestammten Platz links von der SPD im Parteiensystem freiwillig räumt oder ob sie um ihn kämpft. Da vor allem junge Menschen in Groß- und Universitätsstädten ein ambivalentes Verhältnis zu den *Grünen* und zur Partei DIE LINKE haben, sich Einfluss-Milieus überlappen, wird hier langfristig über die Zukunft der Partei entschieden.

49 Vgl. DER SPIEGEL, Hamburg 2007, Nr. 27 (vom 2. 7. 2007), S. 32. – Bei einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Juli 2007 antworteten auf die Frage »Einmal angenommen, die SPD bildet nach der nächsten Bundestagswahl mit der Linken eine Regierung. Wären Sie damit einverstanden oder eher nicht einverstanden?« 36 Prozent der Grünen-Anhänger mit »Einverstanden«. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 18. 7. 2007. Damit korrespondiert auch ein Ergebnis einer Vorwahlumfrage zur Bundestagswahl 2005. Damals präferierten 76 Prozent der Wählerschaft der Grünen eine »Gesellschaft, in der Solidarität mehr zählt«, gegenüber 17 Prozent der Grünen-Anhänger, die demgegenüber eine »Gesellschaft, in der Leistung mehr zählt«, vorzogen. Vgl. Oskar Niedermayer: Die Wählerschaft der Linkspartei. PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Wiesbaden 2006, Heft 3, S. 532.

JAN KORTE

Unrecht kennt keinen Verrat

Die Debatte um den Kriegsverrat

Der Soldat Adalbert von Springer wurde am 18. September 1943 hingerichtet. Kurz zuvor wurde er wegen »Kriegsverrat« nach § 57 des Militärstrafgesetzbuches (MStGB) durch das Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt. Sein Vergehen: Er hatte in einem Flugblatt Offiziere aufgefordert, den Krieg zu beenden. Ein anderer – unbekannter – Soldat wurde am 9. Mai 1944 wegen Kriegsverrat zum Tode verurteilt. Er hatte versucht, dreizehn jüdische Menschen in Ungarn zu retten. Robert Albrecht, ein Gefreiter, setzte sich für britische Kriegsgefangene ein. Das Reichskriegsgericht verurteilte ihn unter anderem wegen »Kriegsverrat« am 5. August 1942 zum Tode. Oberstleutnant Harro Schulze-Boysen, maßgeblicher Kopf der Widerstandsorganisation *Rote Kapelle*, einer Gruppe von Soldaten, Offizieren, Künstlern aus allen politischen Richtungen, wurde mit vielen anderen am 19. Dezember 1942 wegen »Kriegsverrats« verurteilt und hingerichtet.

Alle zuvor genannten Opfer der NS-Militärjustiz und viele andere wurden jetzt akribisch in einem hervorragenden Band von Wolfram Wette und Detlef Vogel dokumentiert.¹ Der »Kriegsverrat«, dem tausende vor allem einfacher Soldaten zum Opfer gefallen sind, wurde weder im *Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege und von Sterilisationsentscheidungen der ehemaligen Erbgesundheitsgerichte* vom 25. 8. 1998 erwähnt, noch im *Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege* vom 23. 7. 2002, in dem damals wegweisend, nach langen Kämpfen, die Deserteure rehabilitiert wurden.² Nicht aber die »Kriegsverräter«.

Wolfram Wette und Detlef Vogel kommt jetzt das große Verdienst zu, dieses dunkle Kapitel der NS-Militärjustiz umfänglich dokumentiert und ebenso deutlich skizziert zu haben, welch vergangenheitspolitischer Skandal die nicht-pauschale Rehabilitierung der »Kriegsverräter« bis heute ist. Denn praktisch bedeutet dies für die Opfer, dass sie bis heute eine Einzelfallprüfung über sich ergehen lassen müssten. Neben der umfangreichen Dokumentation vieler Einzelfälle, samt zugehörigen Dokumenten des Reichskriegsgerichts, geben Wette und Vogel einen kurzen und prägnanten Überblick über die ideologische und praktische Funktion des Kriegsverratsparagrafen. Im militärischen Denken bedeutete »Kriegsverrat« »Landesverrat im Felde«, also durch Soldaten begangen, die damit den Feind begünstigten. Im NS-Faschismus wurde der Kriegsverratsparagraf wesentlich ausgedehnt und vor allem unbestimmter und damit als ra-

Jan Korte – Jg. 1977, geboren in Osnabrück, 1999 bis 2005 Studium der Politischen Wissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Universität Hannover Politikwissenschaftler M. A. Ehem. Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Von 2004 bis 2007 Mitglied des Parteivorstandes der PDS. Seit Juni 2007 Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE. Seit 2005 Mitglied des Bundestages und dort Mitglied des Innenausschusses. Stellv. Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe

1 Vgl. Wolfram Wette, Detlef Vogel: Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und Kriegsverrat, Aufbau Verlag Berlin 2007, S. 89-143.

2 Vgl. Manfred Messerschmidt: Vorwort, in: Wette, Vogel, ebenda, S. 11.

dikales Willkür- und Terrorinstrument, was in der Regel mit dem Tode bestraft wurde, nutzbar gemacht.³

Wette und Vogel illustrieren kompakt die Uferlosigkeit dieses Terrorparagrafen und erklären damit, warum so viele Menschen wegen »Kriegsverrats« verurteilt und umgebracht wurden: »Während die übrigen Landesverrats-Bestimmungen des Strafgesetzbuches qualifizierte Tatbestände beschreiben (also für Zivilisten, J. K.), enthält der – für die 1934 vorgenommene Neudefinition des Kriegsverrats entscheidende – § 91 b die unscharfen Begriffe »Vorschub leisten« und »Nachteil zufügen«. Mit der damit ermöglichten »elastischen« Gesetzesanwendung eröffneten diese den Wehrmichtsrichtern einen unbegrenzten Handlungsspielraum.«⁴ Zusammengefasst arbeiten Wette und Vogel heraus, dass der »Kriegsverrat« ein entscheidendes Terror- und Willkürinstrument, also »das eigentliche politische Delikt, das Soldaten im Kriege begehen konnten,«⁵ war. Insbesondere mit dem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion wurde der Kriegsverrat als zentrales Mittel zur Ausschaltung von Ungehorsam, politischer Abweichung und völliger Disziplinierung genutzt.

Die Autoren erteilen denjenigen eine Absage, die nach wie vor die Wehrmacht und damit auch ihre Justiz aus dem NS-Regime exkulpieren wollen: »Die NS-Militärjustiz folgte dem Willen der nationalsozialistischen Führung und betätigte sich als regelrechte Terrorjustiz im Dienste der Fortsetzung des Krieges.«⁶ Trifft es zu, und dies belegen alle Studien der vergangenen Jahre, dass die NS-Militärjustiz grundsätzlich als Teil des nationalsozialistischen *Gesetzlichen Unrechts* (Radbruch) zu verstehen ist, so ist es umso unverständlicher, warum die »Kriegsverräter« und damit der Widerstand des »kleinen Soldaten« bis heute nicht pauschal rehabilitiert wurden. Bereits 1999 analysierte der Hannoversche Politikwissenschaftler Prof. Dr. Joachim Perels anhand eines wegweisenden Urteils des Bundessozialgerichtes: »Es (das Gericht, J. K.) erkennt, dass die – als Teil der diktatorischen Exekutivgewalt fungierende – Militärgerichtsbarkeit wesentlich keinen rechtsstaatlichen Charakter besaß. Das Gericht charakterisiert die Militärjustiz mit dem Schlüsselbegriff Fraenkels als Teil des Maßnahmenstaates⁷, der individuelle und kommunikative Rechtspositionen zu politischen Machtzwecken beliebig beseitigen kann.« Perels arbeitet heraus, dass damit ein wesentlicher Erkenntnisgewinn in Teilen von Justiz und Politik erreicht wurde, was sich dann 2002 bekanntlich in der Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure widerspiegelte: »Nicht nur die Wehrmachtsgerichtsbarkeit, auch die SS-Standgerichtsbarkeit und das staatswirtschaftlich organisierte System der Zwangsarbeit werden in exemplarischen Entscheidungen auf der Basis rechtsstaatlicher Maßstäbe entlegitimiert: Deserteure, Kriegsdienstverweigerer, Widerstandskämpfer, Zwangsarbeiter besitzen nun unverrückbare Rechtspositionen, die ihnen von der Nachkriegsjustiz abgesprochen wurden.«⁹ Nur fehlen bis heute eben die »Kriegsverräter«.

Damit nähern wir uns der Frage: »Warum fehlen jene Kriegsverräter« und damit also der Ungehorsam und Widerstand des kleinen Soldaten? Wette und Vogel zeichnen die vergangenen Debatten stichpunktartig nach und lenken den Blick darauf, dass es in der Bundesrepublik einen größeren Schwerpunkt in der Auseinanderset-

3 Vgl., ebenda, S. 15.

4 Ebenda, S.18/19.

5 Ebenda, S. 20.

6 Ebenda, S. 31.

7 Der Begriff des *Maßnahmenstaates* ist die entscheidende Charakterisierung der NS-Gesellschaft in Ernst Fraenkels »Der Doppelstaat«. Fraenkel skizziert den Maßnahmenstaat als unbeschränktes, willkürliches Gewaltsystem, ohne Menschlichkeit, was parallel zum Normenstaat existiert, der vor allem die Aufgabe hat, den Schutz des Privateigentums zu realisieren. Vgl. hierzu: Michael Buckmiller, Dietrich Heimann, Joachim Perels (Hg.): *Judentum und politische Existenz. Siebzehn Portraits deutsch-jüdischer Intellektueller*, Hannover 2000.

8 Joachim Perels: *Das juristische Erbe des »Dritten Reiches«*. Beschädigungen der demokratischen Rechtsordnung, Frankfurt/Main und New York 1999, S. 36.

9 Ebenda, S. 36/37.

10 Die umfangreichste Gesamtdarstellung der Vergangenheitspolitik liefert der Historiker Norbert Frei. Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1999.

11 Ulrich Herbert: *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989*, Bonn 1996, S. 15.

12 Seitdem fand kein Prozess gegen Angehörige der Wehrmacht in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik statt.

13 Das Nürnberger Verfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher, also gegen Göring, Speer, Heß u. a. fand übrigens in der Öffentlichkeit keinen hörbaren Widerspruch. Dies hängt damit zusammen, dass damit natürlich die Projektion der Schuld auf einige wenige Täter in der Selbstwahrnehmung der Bevölkerung begünstigt wurde.

14 Frei, a. a. O., S. 161.

15 Alle Zahlen: vgl. ebenda, S. 235.

16 Neben der Reinwaschung der Wehrmacht darf nicht vergessen werden, welche Rehabilitierungsmaßnahmen es noch gab: Eines der ersten Gesetze der Bundesrepublik überhaupt war das Straffreiheitsgesetz von 1949, was besonders mittleren Nazi-Größen diente. Gefolgt vom Straffreiheitsgesetz von 1954, was Gewalt- und Tötungsdelikte amnestierte, die zwischen 1. 10. 1944 und 31. 7. 1945 begangen wurden, sofern die Strafe

zung und Anerkennung des Widerstandes der gesellschaftlichen Eliten (20. Juli) gegeben hat, auch wenn dieser in den 50er und 60er Jahren erst mühsam gegen den erbitterten Widerstand der Bürgerlichen erkämpft werden musste. Dabei ist von vergangenheitspolitisch zentraler Bedeutung – bis heute – der Versuch von Geschichtsrevisionisten und Konservativen, die Wehrmacht vom NS-Unrechtssystem zu trennen, also die Mär von der *sauberen Wehrmacht* aufrecht zu erhalten, was über Jahrzehnte hin äußerst erfolgreich betrieben wurde.¹⁰ Dabei war das entscheidende Mittel jener Schuldabwehr die Reduzierung auf die *wirklich Schuldigen* (Adenauer), meistens Hitler, Himmler und Goebbels, allesamt seit 1945 tot, und die Täterzuschreibung auf den proletarischen, blutrünstigen KZ-Wächter, nicht aber auf die gesellschaftlichen Funktionsträgereliten, und dabei insbesondere die Wehrmacht. Ulrich Herbert hat dieses Täterbild und seinen Gehalt in seiner Untersuchung über den Justiziar der SS, Werner Best, pointiert dargestellt: »*Nicht der Gestapo-Chef oder der Einsatzgruppen-Kommandant, sondern der SA-Schläger und KZ-Bewacher standen hier für das Bild des NS-Verbrechers.*«¹¹

Spätestens mit Beginn des Kalten Krieges und eines damit möglichen Wehrbeitrages der Bundesrepublik wurde die Abtrennung der Wehrmacht vom NS-Regime vollzogen. Die von den Alliierten auch und gerade gegen die Wehrmachtsführung durchgeführten Prozesse und damit die Strafverfolgung wurden insgesamt zum Auslaufen gebracht.¹² Die Nürnberger Nachfolgeprozesse gegen ranghohe Wehrmachtsfunktionäre stießen auf erbitterten Widerstand nicht nur der ehemaligen NS-Eliten, sondern wurden auch von breiten Kreisen der Bevölkerung getragen, die in der Rehabilitierung der Wehrmacht ein probates Mittel zur Selbstentschuldung sahen.¹³ Der Historiker Norbert Frei fasst die Symbiose von öffentlicher und veröffentlichter Meinung in Zusammenspiel mit den ehemaligen NS-Eliten zusammen: »*Im Laufe des Jahres 1949 nämlich war das Hilfskartell der Kriegsverbrecher organisatorisch und politisch in Dimensionen hineingewachsen, die es in der Tat nicht mehr erlaubten, darin nicht mindestens ein potentielles Problem für die Demokratie zu sehen.*«¹⁴

Die bundesdeutsche Politik akzeptierte die Bedingung der Wehrmachtseliten und gab eine *Ehrenerklärung* zugunsten der deutschen Soldaten insgesamt ab, wofür diese sich als Gegenleistung mit dem Aufbau der Bundeswehr und dem Versprechen, sich in den neuen nunmehr demokratischen Staat zu fügen, revanchierten. Praktisch bedeutete dies, dass die Zahl der inhaftierten Kriegsverbrecher von 1950 bis 1952 von 3 400 auf 1 258 sank. Anfang 1955 saßen gerade noch 30 Personen in den Kriegsverbrechergefängnissen der Amerikaner.¹⁵ Die Durchsetzung dieser Reinwaschung wurde ideologisch und tagespolitisch antikommunistisch abgestützt. Der Antikommunismus dieser *restaurativen Epoche* (Walter Dirks) hatte neben der Diskreditierung und Abwehr gesellschaftlicher Alternativen vor allem die Funktion, die Rückkehr der alten NS-Eliten in Amt und Würden ideologisch abzusichern.¹⁶ Auf die Wehrmacht bezogen, bedeutete der Antikommunismus natürlich auch eine letztendliche Legitimierung des Krieges gegen die Sowjetunion. Wenn der Antikommunismus – übrigens ein substanzieller Bestandteil der NS-Ideologie, der weiter lebte und nutzbar war – die staatliche Doktrin

ist und dazu noch eine außenpolitische Entsprechung fand, so gab es für die Wehrmachtseliten auch keinen Grund, das eigene, verbrochene Handeln in Frage zu stellen. Der Leiter der ersten Wehrmachtsausstellung Hannes Heer kommt zum selben Schluss: »*Der Kalte Krieg und die Staatsdoktrin des Antikommunismus taten ein übriges, den Verbrechen der Wehrmacht in Polen, in der Sowjetunion und auf dem Balkan im nachhinein sogar den Anschein von Berechtigung zu verleihen.*«¹⁷

Diese vergangenheitspolitischen Marksteine, bestehend aus einer gesetzlichen Rehabilitierungspolitik von NS-Tätern, der Reduzierung auf wenige wirklich Schuldige, der Denunziation der juristischen Aufarbeitung als *Siegerjustiz*, die (Selbst-)Stilisierung der Deutschen zu *doppelten Opfern*, erst Hitlers, dann der Alliierten und ihrer Entnazifizierung, die Abwehr der so genannten *Kollektivschuldthese*¹⁸, ein fast schon staatsreligiöser Antikommunismus samt exkulpierender Totalitarismustheorie¹⁹ und nicht zuletzt die *Ehrenerklärung* für die Wehrmacht und damit die Herauslösung eines entscheidenden Trägers des NS-Regimes aus der Verantwortung, bestimmen teils bis heute die Debatten um alles, was mit Verbrechen der Wehrmacht zusammenhängt²⁰. Diese skandalösen geschichtspolitischen Weichenstellungen der 50er Jahre wirken bis heute fort, auch und gerade bei der Debatte um die Kriegsverräter. Norbert Frei hat diese Nachwirkungen schon 1999 pointiert beschrieben: »*Die Fama vom unbefleckten Schild der Wehrmacht, von dem von ihr (im Unterschied allenfalls zu eng begrenzten Teilen der SS) geführten »normalen Krieg«, wurde im Kampf um die Freilassung inhaftierter Soldaten Anfang der fünfziger Jahre in einer Weise genährt, die ihre geschichtswissenschaftliche Widerlegung bis in die achtziger Jahre hinein äußerst schwierig machte.*«²¹

Erst Mitte der 60er und 70er Jahre bröckelte der Mythos der *sauberen Wehrmacht*, rückte der Widerstand insgesamt mehr in das Blickfeld der Öffentlichkeit. Er kämpft durch Menschen wie Eugen Kogon, Walter Dirks, Martin Niemöller, Wolfgang Abendroth, der von Fritz Bauer vorangetriebene Auschwitz-Prozess, die Arbeit vieler linker und kritischer kleiner Zeitungen und nicht zuletzt durch den gesellschaftlichen Umbruch von Achtundsechzig, konnte ein zunehmend kritischer Umgang auch mit den Verbrechen der Wehrmacht und der NS-Justiz durchgesetzt werden. »*Mit dem Erscheinen verschiedener wichtiger Studien über die Wehrmacht, ihr Verhältnis zum NS-Regime, ihre Indoktrinierungspolitik und ihre Verstrickung in die nationalsozialistischen Verbrechen erfuhr die traditionell apologetische Sichtweise eine grundsätzliche Korrektur, [...]*«²²

Trotz dieser mühseligen Fortschritte in der Geschichtspolitik mussten und müssen politische und wissenschaftliche Standards immer wieder verteidigt und erkämpft werden. Besonders bei den neuen Aufgüssen der Totalitarismustheorie, wie etwa dem Historikerstreit 1986²³, den Nachwirkungen des DDR-Untergangs, die genutzt wurden, die Auseinandersetzung mit dem NS-Faschismus für nicht mehr dringlich zu erklären²⁴, den Diskussionen um die Wehrmachtsausstellung oder die Debatte und Behauptungen im Zuge des Erscheinens des Schwarzbuchs des Kommunismus 1998.

Bei all diesen Debatten, in denen übrigens die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Wehrmacht die heftigsten Wallungen auslös-

nicht über drei Jahre lag. Zu vergessen auch nicht die »131er«-Regelung, die die Rückkehr der Berufsbeamten, die von den Alliierten als besonders eifrige Nazis eingestuft worden waren und vieles andere mehr. Hierzu: Frei, a. a. O. sowie Perels, a. a. O.

17 Hannes Heer: Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei, Berlin 2004, S. 26.

18 Die Abwehr der so genannten Kollektivschuldthese mutet äußerst bizarr an, wurde sie doch von niemandem behauptet. Vielmehr kann man in der Bevölkerung nach 1945 in dieser Abwehrarbeit eine Projektion erkennen, die dazu diente sich mit der eigenen Verstrickung und Bejahung des NS-Regimes nicht auseinanderzusetzen. Vgl. hierzu auch: Helmut Dubiel: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, München 1999, S. 76.

19 Zum Thema Antikommunismus und Vergangenheitspolitik: Jan Korte: Entstehung, Funktion und Gehalt des Antikommunismus in der Geschichte der Bundesrepublik. Magisterarbeit Hannover 2005. (Unveröffentlicht).

20 Alle anderen Fragen, inwieweit die Vergangenheitspolitik der Adenauerära die weitere gesellschaftliche Entwicklung bestimmte, muss an anderer Stelle dargelegt werden. Aktuell hierzu: Joachim Perels: Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime, Hannover 2004.

21 Frei, a. a. O., S. 305.

22 Omer Bartov: Wem gehört die Geschichte. Wehrmacht und Geschichtswissenschaft, in: Hannes Heer, Klaus Naumann: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1999, S. 606.

23 Hierzu als gelungener Überblick: Richard J. Evans: Im Schatten Hitlers? Frankfurt/Main 1991.

24 Vgl.: Klaus Körner: »Die rote Gefahr«. Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950-2000, Hamburg 2003.

25 Gesetzentwurf der Abgeordneten Jan Korte, Ulla Jelpke ... und der Fraktion DIE LINKE: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege. Bundestagsdrucksache 16/3139.

26 Vgl. Bundestagsdrucksache 14/8276.

27 Wolfram Wette: Wegen »Kriegsverrats« verurteilt, in: Frankfurter Rundschau, Nr.137. 16. Juni 2007, S. 34.

ten, ging es immer um die bundesdeutsche Vergangenheitspolitik insgesamt, wobei es für eine Vergangenheitspolitik in kritischer Absicht immer auch darum gehen muss, die Opfer nicht verschwinden zu lassen, genauso wenig wie die Täter aus der individuellen Verantwortung zu entlassen. Und genau dies geschieht bei der aktuellen Debatte um die Rehabilitierung der »Kriegsverräter«. Und die Ursachen hierfür liegen in der Vergangenheitspolitik der BRD insgesamt, wie ich versucht habe aufzuzeigen.

Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat in enger Abstimmung mit dem bekannten Deserteur Ludwig Baumann und seiner *Vereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V.* einen Gesetzentwurf zur Rehabilitierung der »Kriegsverräter« in den Bundestag eingebracht.²⁵ Dem vorausgegangen war ein jahrelanges Bemühen Ludwig Baumanns und seiner Bundesvereinigung, die Verurteilungen wegen »Kriegsverrat« aufzuheben. In einem Brief von Ludwig Baumann an Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) vom 31. März 2006 heißt es: *»Sehr geehrte Frau Ministerin, kein Straftatbestand wurde während der NS-Zeit so grausam verfolgt wie Kriegsverrat (Landesverrat im Krieg) des einfachen Soldaten. Es wurden ausschließlich Todesurteile verhängt und vollstreckt.«* Und weiter bittet Baumann die Ministerin zu bedenken: *»Dabei lässt sich nicht ernsthaft bestreiten, dass Millionen Zivilisten, KZ-Insassen und Soldaten nicht hätten zu sterben brauchen, wenn mehr Kriegsverrat begangen worden wäre.«*

Mit Schreiben vom 25. April 2006 antwortete die sozialdemokratische Ministerin auf Baumanns Anliegen unter anderem: *»Ausdrücklich nicht aufgenommen (in das Gesetz von 2002²⁶, J. K.) wurden Straftatbestände, bei denen die Aufhebung des Urteils ohne Einzelprüfung nach wie vor nicht verantwortbar erschien. Hierzu gehörte vor allem der Kriegsverrat (§§ 57, 59, 60 MStGB). Der in Fällen des Kriegsverrats möglicherweise gegebene Unrechtsgehalt (nicht ausschließbare Lebensgefährdung für eine Vielzahl von Soldaten) erschien äußerst hoch, so dass auch der Umstand, dass sie während eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges begangen worden sind, keinen Anlass zur pauschalen Rehabilitierung begründen konnte.«* Abgesehen davon, dass die Ministerin keinen einzigen praktischen Beleg für die Behauptung liefert, dass bei einem Fall von Kriegsverrat eine Lebensgefährdung für eine Vielzahl deutscher Soldaten bestanden hätte, fragt man sich logischerweise, was überhaupt rechts an dem zentralen Terrorparagrafen »Kriegsverrat« gewesen sein könnte. Noch einmal zur Erinnerung: In einem Beitrag für die Frankfurter Rundschau vom 16. Juni 2007 kennzeichnet Wolfram Wette eindringlich den grundsätzlichen Unrechtscharakter dieses militärjuristischen Terrorinstruments: *»Für Kriegsverrat führte die nationalsozialistische Reichsregierung generell die Todesstrafe ein. Wir haben es bei den ab 1934 gültigen Kriegsverrats-Bestimmungen also mit radikalisiertem NS-Recht zu tun, und nicht mit in gleicher Weise schon früher gültigem Kriegsrecht.«²⁷* Daher erschließt sich weder die Antwort der Ministerin, noch leuchtet es ein, warum diese Kriegsverratsbestimmungen nicht schon lange als *gesetzliches Unrecht* anerkannt sind und die Opfer rehabilitiert wurden.

Trotz dieser fragwürdigen politischen Mehrheit gegen die pauschale Rehabilitierung dieser NS-Opfer gibt es aber zunehmend auch deutliche Gegenpositionen. So verabschiedete der 31. Deutsche Evangelische Kirchentag 2007 eine Resolution, in der auf diesen Skandal aufmerksam gemacht wird und fordert: »Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages mögen die Ergebnisse der wissenschaftlichen Studie von Wolfram Wette/Deleef Vogel (Hrsg.), *Das letzte Tabu – NS-Militärjustiz und ›Kriegsverrat‹*, Aufbau-Verlag Berlin 2007, zur Kenntnis nehmen und in die weiteren Beratungen zur Rehabilitierung einbeziehen. Es wird empfohlen, die mit dem Gesetzentwurf der Bundestagsfraktion Die Linke (Drs. 16/3139 vom 25. 10. 2006) angeregte pauschale gesetzliche Rehabilitierung der wegen ›Kriegsverrats‹ verurteilten NS-Opfer bald zum Abschluss zu bringen.«²⁸

Dem vorausgegangen war allerdings am 10. Mai 2007 die erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion DIE LINKE. Als ob man in die 50er Jahre zurückkatapultiert würde, begründete der CDU/CSU-Abgeordnete Norbert Geis die Ablehnung einer pauschalen Rehabilitierung: Bereits eingangs fragt Geis und zeigt auf, wessen Geistes Kind er ist: »Man fragt sich natürlich, warum mehr als 60 Jahre nach Ende der Nazizeit immer noch die Forderung kommt, Urteile aus dieser Zeit pauschal aufzuheben. Pauschal heißt, ohne Prüfung des Einzelfalls, ohne sich die Frage zu stellen, ob einzelne Urteile damals bei allen Abstrichen, die man machen muss, nach den damaligen Umständen nicht doch rechtens gewesen sein könnten.«²⁹ Trotz der Filbinger-Debatten *Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein*³⁰ ist es doch schier unglaublich, dass sich im Jahre 2007 ein Vertreter einer Regierungsfraktion hinstellt und in einer Debatte zur Rehabilitierung von »Kriegsverrättern« fragt, ob einzelne Urteile nicht doch rechtens gewesen sein könnten. Ein völliger Zynismus ist genauso, sich darüber zu beklagen, dass nach 60 Jahren abermals über Urteile aus der NS-Zeit diskutiert wird. Anstatt den Skandal zu erkennen, dass dies vorher eben nicht geschehen ist und die Auseinandersetzung die letzten 60 Jahre mehrheitlich von Verdrängung, Relativierung und Ignoranz geprägt wurde, wie gerade die neuen Untersuchungen und Studien belegen, möchten maßgebliche Teile der Politik offenbar nicht mehr belästigt werden. Schlusstrich die Zehnte?

Aber damit nicht genug. In besagter Aussprache fährt Geis fort, warum die CDU/CSU 2002 die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure abgelehnt habe und auch heute die Rehabilitierung der »Kriegsverräter« ablehne: »Wer Kriegsverrat beging, hat oft in einer verbrecherischen Weise den eigenen Kameraden geschadet, ja sie oft in Lebensgefahr gebracht, in der sie dann auch umgekommen sind, dies zum Beispiel dann, wenn der Verräter zu den feindlichen Linien überwechselte und, um sich dort lieb Kind zu machen [...]«³¹ Welche Geringschätzung von widerständigem Verhalten allein in der Begrifflichkeit »lieb Kind zu machen« steckt, sagt alles über die offensichtlich noch heute tonangebenden National-Konservativen und deren Verfasstheit, denen Gehorsam alles und Widerständigkeit gegen Unrecht suspekt ist, aus. Geis fährt fort, dass die Übermittlung von Informationen an die alliierten Truppen auch heute noch zu verurteilen sei: »Der Verräter hat in diesen Fällen auch nach unseren

28 31. Deutscher Evangelischer Kirchentag. Köln 2007: Entschließung: Kriegsverrat rehabilitieren! – Das letzte Tabu des NS-Unrechts tilgen!

29 Deutscher Bundestag-16. Wahlperiode, 97. Sitzung. Berlin, Donnerstag den 10. Mai 2007, S. 9971-9973

30 Erwähnt seien nur die Studien von Norbert Frei, Helmut Dubiel, Joachim Perels, Michael Klundt, Hannes Heer, Rolf Pohl und vieler anderer, die dezidiert nachgewiesen haben, wie es um den Umgang mit der NS-Zeit in der Bundesrepublik gestanden hat.

31 Rede Geis, a. a. O., S. 9972

32 Ebenda, S. 9972.

heutigen Maßstäben verwerflich gehandelt.«³² Nach unseren heutigen Maßstäben? Joachim Perels hat deutlich gemacht, wie gerechte und an Empathie mit den Opfern orientierte Maßstäbe gerade im Hinblick auf die Wehrmachtsjustiz, die eben substanzieller Bestandteil des weltanschaulichen Vernichtungskrieges gewesen ist, aussehen müssten: »Gefordert ist die straf- und völkerrechtlich begründete Distanz zu dem in Normen und Befehlen gekleideten Weisungssystem der Wehrmacht, das weitgehend einer maßnahmen-staatlichen Logik der Vernichtung der Rechtspositionen von Kriegsgegnern und Zivilisten unterlag und daher als Bezugsgrundlage für die Beurteilung von Tötungsaktionen ausscheiden musste.«³³

33 Perels, a. a. O., S. 31.

Geis fährt fort, dass die Behauptung, der Kriegsverrat sei immer *politisch und moralisch* motiviert, falsch sei, ohne hierfür irgendeinen Beleg zu liefern. Wette und Vogel haben in ihren Forschungen das Gegenteil wissenschaftlich fundiert nachgewiesen. Das hat der Abgeordnete Geis nicht zur Kenntnis genommen, denn er endet mit der schier unglaublichen Aussage: »Aber auch in einem ungerechten Krieg müssen Rechtsregeln gelten, kann nicht das Verbrechen der Verrates generell als gerechtfertigte Tat abgesegnet werden.«³⁴ Das entscheidende Charakteristikum am deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieg ist ja gerade das Aussetzen von Rechtsregeln wie beispielsweise der Haager Landkriegsordnung. Erinnert sei an den Kommissarbefehl, an die maßgebliche Beteiligung der Wehrmacht an der Vernichtung von jüdischen Frauen, Männern und Kindern durch die Einsatzgruppen, die systematische Kriegsführung der *verbrannten Erde* oder die Verantwortung für das Sterben von Millionen russischer Kriegsgefangener.³⁵ Diese Kriegsführung war nicht *normal*, sondern wurde mit dem Ziel geführt, Millionen von Menschen auszurotten, es war ein Weltanschauungskrieg, der sich eben über alle bis dahin geltenden Kriegsregeln hinwegsetzte.

34 Rede Geis, a. a. O., S. 9973.

35 Hannes Heer zitiert unter anderem auch die »Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland«. Dort heißt es unter bewusster Negation aller Rechtsregeln: »Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes. Dieser zersetzenden Weltanschauung und ihren Trägern gilt Deutschlands Kampf. Dieser Kampf verlangt rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven oder passiven Widerstandes (sic!, J. K.).« Heer, a. a. O., S. 87.

Außer der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen lehnten sowohl SPD als auch FDP den Antrag rundweg ab. Der Abgeordnete und Major der Bundeswehrreserve Jörg van Essen (FDP) verstieg sich dabei zu folgender Eingangsbemerkung: »Ich finde es fast schon *gespenstisch*, dass wir uns heute mit diesem Antrag beschäftigen. Es hat den Eindruck, man hätte es hier mit Untoten zu tun. Wie oft – das müssen sich die Antragsteller von der Linksfraktion fragen lassen – wollen wir uns denn noch mit den Schandurteilen aus der NS-Zeit beschäftigen?«³⁶ Diese Einschätzung spricht für sich und offenbart doch ein Denken, was prägend für die Entwicklung der Bundesrepublik gewesen ist. Diese erste Lesung des Gesetzes zur Rehabilitierung der »Kriegsverräter« macht die nach wie vor dominierende Vergangenheitspolitik kenntlich. Es muss bei Aussagen wie sie Geis und van Essen noch heute ohne Aufschrei machen können daran erinnert werden, dass erst vor vier Jahren (!) die Unrechtsurteile der Wehrmachtsjustiz – außer Kriegsverrat – aufgehoben wurden. Und wahr ist auch die eigentlich logische Erkenntnis, wie sie Eckart Spoo in der Zeitschrift *Ossietzky* im Juni 2006 äußerte: »Millionen Zivilisten, KZ-Häftlinge und auch Soldaten hätten nicht mehr zu sterben brauchen, wenn mehr Wehrmachtangehörige den schändlichen, ganz und gar verbrecherischen Krieg verraten hätten.«³⁷

36 Rede Jörg van Essen, Bundestagsprotokoll, a. a. O., S. 9974.

37 Eckart Spoo: Kriegsverrat, in: *Ossietzky*, Nr. 12/2006, S. 444.

Die aktuelle Debatte um die »Kriegsverräter« zeigt also, dass noch ein ganzes Stück an Aufklärungsarbeit und geschichtspolitischer Debatte zu leisten ist. Immerhin, mit der nun vorgelegten Studie von Wette und Vogel gibt es nun auch für die Politik eine wissenschaftlich fundierte Studie, die deutlich macht, dass die »Kriegsverräter« aus politischen, ethischen, pazifistischen Gründen gehandelt haben, oder sich einfach der Kriegsmaschinerie widersetzt haben, oft einfach nur Menschlichkeit an den Tag legten. Dem konnte sich am 21. Juni 2007 auch die zuständige Justizministerin nicht entziehen. Bei ihrer Festrede zur Eröffnung der Ausstellung »Was damals Recht war,...– Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht« sagte Ministerin Zypries in Anwesenheit unter anderem von Ludwig Baumann: *»Ich meine, dass diese Studie (die von Wette, Vogel, J. K.) dem Gesetzgeber Anlass geben sollte, neu darüber zu diskutieren, ob man nicht auch die Verurteilungen wegen Kriegsverrat pauschal aufheben sollte.«* Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion³⁸ teilte die Bundesjustizministerin mit, dass sie zu ihrer Aussage stehe und dass »neue wissenschaftliche Erkenntnisse für die Gesetzgebung zu berücksichtigen sind und die neue Studie der Militärhistoriker Wolfram Wette und Detlef Vogel dem Gesetzgeber Anlass geben sollte, neu darüber zu diskutieren, ob nicht auch die Verurteilungen wegen Kriegsverrats pauschal aufgehoben werden sollte«.

Soweit, so erfreulich der Fortschritt in dieser Frage. Auf die Frage allerdings *»Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass in Bezug auf die Änderung des NS-AufhG Eile geboten ist, da es politisch nicht hinnehmbar ist, auch über 60 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur noch immer nicht alle Opfer dieser rehabilitiert wurden?«*, antwortete selbige: *»Nein. Gegen eine Eilbedürftigkeit spricht insbesondere der Umstand, dass bereits heute auf Antrag oder von Amts wegen durch Einzelfallprüfung festgestellt werden kann, dass die NS-Militärgerichtsurteile wegen Kriegsverrats aufgehoben sind und Schwierigkeiten bei der Aufhebung nicht festgestellt werden konnten.«*³⁹

Keine Eilbedürftigkeit?

1967 erschien von Alexander und Margarete Mitscherlich, das bahnbrechende Werk »Die Unfähigkeit zu trauern«, in dem man auch heute noch Erklärungsansätze für die Denk- und Verhaltensstrukturen eines Norbert Geis und dem offensichtlich nicht mehrheitsfähigen Anliegen »Kriegsverräter« zu rehabilitieren finden kann. Detailliert skizzieren die Mitscherlichs das von Abwehr und Verdrängung geprägte Verhalten der Deutschen nach 1945. Mit Blick auf die hier dargestellte Debatte erkannten sie bereits vor 30 Jahren, warum die bundesdeutsche Gesellschaft mit Emigranten, Deserteuren und Kriegsverrättern so wenig anfangen konnte, geschweige denn in ihnen ein Identifikationsmoment finden zu können. Sie schreiben 1967 zur Verfasstheit der vergangenheitspolitischen (Nicht) Debatten und zu den damals von den Konservativen angewandten Verräter-Kampagnen gegen Willy Brandt: *»Wir erkennen unsere Vergangenheit besser im Ritterkreuzträger als im deutschen Emigranten. Das hat Willy Brandt offenbar, wenn man der vox populi trauen darf, den Sieg gekostet. Er sollte schon 1933 mehr gesehen, richtiger entschieden haben als wir alle? Falls der Gedanke überhaupt zugelass-*

38 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte u. a. und der Fraktion DIE LINKE »Initiative der Bundesregierung zur Rehabilitierung sogenannter Kriegsverräter«. Bundestagsdrucksache 16/6089.

39 Ebenda, S. 3.

40 Margarete und Alexander Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 2001, S. 68.

*sen wird, weckt er Neid auf die größere Schuldlosigkeit, beweist er überhaupt, dass es zu der angeblich unausweichlichen Wehrpflicht, zum Zwang der Diktatur eine Alternative gegeben hat. Sie wird sofort abgewertet: Emigration war Feigheit; Fahnenflucht ist unentschuldigbar.*⁴⁰ Vielleicht findet man hier die Erklärung dafür, warum solche Ausfälle wie im Mai 2007 im Bundestag noch heute Mehrheiten repräsentieren und jeder Fortschritt zur Würdigung derjenigen, die sich der »Diktatur der Menschenverachtung« (Mitscherlich) entgegenstellten oder einfach nicht mitmachen wollten, noch im Jahre 2007 so mühselig und steinig ist.

Es bleibt zu hoffen, dass die Studie von Wette und Vogel helfen wird, in Politik und Gesellschaft das ganz praktische Anliegen, die Rehabilitierung der »Kriegsverräter«, obgleich wohl keiner mehr lebt, durchzusetzen und damit politisch deutlich zu machen, dass man ihre Opfer für Menschlichkeit, gegen den Krieg und für eine friedliche Welt anerkennt und ihnen die Würde zurückgibt, die ihnen nach 1945 abermals – oft von den gleichen Tätern – bis heute verweigert wurde. Diese Debatte muss gekoppelt werden mit einer weiteren »kritischen Selbstreflexion« der Vergangenheitspolitik der Bundesrepublik, die die Demokratie offenbar bis heute beschädigt hat.

Am 15. Mai 1997 verabschiedete der Bundestag einen Entschließungsantrag, in dem er richtigerweise feststellte: »Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.« Daher ist dem mittlerweile berühmten Ausspruch des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer mit Blick auf die Kriegsverräter nur zuzustimmen und er muss endlich politisch umgesetzt werden: »Unrecht kennt keinen Verrat.«

KARL-OTTO ESCHRICH

Das Rätsel der Magnetfelder von Sonne und Erde

Hommage à Fritz Krause

Der Mathematiker und Physiker Fritz Krause, in Bergholz-Rehbrücke bei Potsdam lebend, ist am 27. März 2007 80 Jahre alt geworden. UTOPIE kreativ bekommt selten Manuskripte zugesandt, in denen es um Naturwissenschaften und Naturwissenschaftler geht. Umso erfreuter ist die Redaktion über den folgenden Text.

Zur Theorie des Magnetfeldes der Erde fehlte bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts ein wichtiger Baustein. Als verzweifelt absonderlichste Ideen entwickelt wurden, gelang Max Steenbeck, der sich für elektromagnetische Effekte in turbulenten, elektrisch leitenden Medien interessierte, und Fritz Krause der Durchbruch. Steenbeck stellte fest, dass in Richtung eines Magnetfeldes im Mittel ein elektrischer Strom induziert wird, und Krause erarbeitete die mathematisch-physikalische Theorie dazu. Der Alpha-Effekt – so nannten sie das Resultat ihres Forschens – erwies sich als der fehlende Baustein zur Dynamtheorie der Magnetfelder von Himmelskörpern.

Wer ist Fritz Krause?

Fritz Krause wurde am 14. März 1927 in Großsärchen, Kreis Sorau in der Niederlausitz, heute in Polen gelegen, geboren. Seine Eltern hatten eine Bäckerei. Die Flucht am Ende des II. Weltkrieges verschlug die Familie an verschiedene Orte im Osten Deutschlands, bis sie im Oktober 1945 in Friedrichroda in Thüringen eine Heimstatt fand. Noch lange spielte in seinen Lebenserzählungen der *Wald* eine entscheidende Rolle. Unweit des Thüringer Waldes nahm er im Herbst 1946 ein Mathematikstudium in Jena auf, im bekannten Abbeanum, wo er auch Vorlesungen über Physik und Astronomie besuchte. Nach dem Abschluss als Diplommathematiker 1951 blieb er als Assistent am Institut, das er mit seiner Promotion 1958 verließ. Nicht nur das wissenschaftliche Milieu, auch die ausgeprägten persönlichen Beziehungen der Mathematiker an dem kleinen Institut begeisterten und prägten ihn.

Nach Abschluss der Ausbildung war es nicht einfach, eine Arbeitsstelle zu finden. So glücklich Fritz Krause mit der Gründung seiner Familie im Jahre 1958 war, aus der zwei Söhne entstammen, so bedrückend waren die Zukunftsaussichten. Durch eine für ihn zufällige Fügung kam Max Steenbeck nach Jena. Der verdiente Wissenschaftler, der in der Sowjetunion die Ultrazentrifugen zur Anreicherung des Urans maßgeblich entwickelt hatte und deshalb dort mit höchsten Auszeichnungen bedacht worden war, hatte in der DDR großes wis-

Karl-Otto Eschrich war ab 1970 mehr als ein Jahrzehnt bei Prof. Kritz Krause tätig. Nach einer Idee Krauses konnte er in einer gemeinsamen Veröffentlichung 1974 erklären, weshalb die Sonnenflecken weniger heiß und somit dunkler sind.

senschaftliches und auch politisches Gewicht und nahezu alle Freiheiten. Am Berghang oberhalb des Abbeanums wurde sein »Privatinstitut« für Magnetohydrodynamik, eingebunden in die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, untergebracht. Steenbeck kehrte zu seinem alten Aufgabengebiet, der Plasmaforschung, zurück, das wichtig war für die Entwicklung der Leuchtstoffröhren, bedeutend aber auch in der Astrophysik, kurz: überall da, wo elektrisch leitende Gase oder Flüssigkeiten existieren. Dazu brauchte er junge Wissenschaftler, Techniker, Physiker und Mathematiker. So konnte Fritz Krause bei ihm noch im Herbst 1958 eine Anstellung finden – ebenso wie Karl-Heinz Rädler, der aus Leipzig zur Steenbeck-Gruppe stieß. Die von Steenbeck entwickelte Betrachtung der elektromagnetischen Effekte in Verbindung mit der Strömungsmechanik war Neuland in der Astrophysik. Erste Ergebnisse wurden in einer Sitzung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin am 21. Juni 1962 präsentiert.

Es gab – und gibt – das große Problem der chaotisch brodelnden Materie. Ob im Inneren der Erde oder anderer Gesteinsplaneten, ob in der Konvektionszone der Sonne oder anderer Sterne, ob in den extrem dünnen, aber weit ausgedehnten Gasen der Milchstraße oder anderer Sternsysteme, der Galaxien: Immer wieder taucht diese schwer zu fassende Bewegung auf. In der Strömungsmechanik stieß man im Flugzeugbau bei der Umströmung der Tragflügel zuerst auf dieses – dort Turbulenz genannte – Phänomen. Die Ursachen dieser Bewegungen sind zwar verschieden, mathematisch handelt es sich um die gleiche Erscheinung.

Für die Strömungslehre hat bereits Ludwig Prandtl am Ende des 19. Jahrhunderts eine Lösungsmöglichkeit gezeigt, wenn in einer Strömung zwei unterschiedlich große Skalen vorhanden sind: im Großen eine laminare, gleichförmige, und im Kleinen – in kleiner Ausdehnung und auch im kürzeren Zeitmaßstab – die relativ ungeordnete, verwirbelte, eben: turbulente Strömung. Verallgemeinert und mathematisch abgehandelt hat dies der in Großbritannien und später in den USA tätige indische Mathematiker, Physiker, speziell auch Astrophysiker Subrahmanyan Chandrasekhar. Er führte u. a. die Methode der mittleren (großskaligen) und der schwankenden (kleinskaligen) Felder ein. Unter »Feld« wird in der Physik ein Geschwindigkeitsfeld, Temperaturfeld, Druckfeld, Kraftfeld, Magnetfeld, elektrisches Feld usw. verstanden. Chandrasekhars Methode wandte Rädler auf den elektrischen (oder Ohmschen) Widerstand an. Er berechnete, wie eine kleinskalige Bewegung den als Materialeigenschaft vorhandenen, in Tabellenbüchern angegebenen, elektrischen Widerstand im großskaligen Bereich scheinbar verändert. Die »Strombahn« wird zerknittert und somit verlängert, was im Großen als Zunahme des Widerstandes erscheint, er nimmt effektiv im Vergleich zur Materialgröße zu.

Im Gegensatz zur Abnahme der elektrischen Leitfähigkeit nimmt in turbulenten Medien die effektive Wärmeleitfähigkeit zu. Und für den einfachen Fall inkompressibler Medien berechnete dies mit der Chandrasekharschen Methode der gemittelten Felder nun Fritz Krause. Wird kleinskalig »gerührt«, wird das Temperaturfeld schneller ausgeglichen.

Komplizierter ist es bei so genannten Vektorfeldern, denen im Gegensatz zu den Skalarfeldern (wie Druck und Temperatur) in einem Raumpunkt nicht nur ein einziger Wert zugeordnet wird, sondern ein

Vektor, eine gerichtete Größe, der drei Werte – jeder Raumdimension einer – zugeordnet werden müssen. Das führt u. U. dazu, dass ein elektrischer Strom nicht genau in Richtung des angelegten elektrischen Feldes fließt oder in Richtung von Magnetfeldwirbeln, sondern ein elektrischer Strom kann in Richtung eines Magnetfeldes strömen! Das hängt von den Symmetrieeigenschaften der (doch nicht ganz) chaotischen kleinskaligen Bewegung ab. So haben z. B. bei der Sonne die heißen, aufsteigenden Gasblasen – hier als die kleinskalige Bewegung angesehen – einen bevorzugten Drall auf Grund der Rotation der Sonne, und bei den absteigenden Gasblasen ist der Drall umgekehrt. Diese sich drehend aufsteigenden Gasblasen verdrehen ein ursprünglich gleichförmiges Magnetfeld. Das magnetische Wirbelfeld wiederum erzeugt nach den üblichen Gesetzen der Elektrodynamik einen elektrischen Strom in Richtung der Wirbelachse. Das ist gerade die Umkehrung der jedem Elektrotechniker bekannten Tatsache, dass um einen elektrischen Strom, beispielsweise durch einen Metalldraht, ein magnetisches Wirbelfeld erzeugt wird.

Beim großskaligen Magnetfeld wirkt es dann so, dass in Richtung des Magnetfeldes ein elektrischer Strom fließt – der eingangs bereits genannte Alpha-Effekt.

Als Steenbeck 1965 auf einer Tagung der damals noch gesamtdeutschen Astronomischen Gesellschaft in Eisenach über seine und Fritz Krauses Entdeckung erstmals berichtete, kam es zum Eklat. Der Vortrag, so berichtete Krause 30 Jahre später, sei, obwohl gut organisiert und gut durchdacht, völlig daneben gegangen: Schweigen, keine Reaktion im Auditorium, keine Diskussion. Steenbeck, sichtlich schockiert, habe noch im Abgehen wenigstens aus dem Kollegen Lamprecht von der Universitätssternwarte Jena ein Urteil herauszuquetschen versucht, der habe sich jedoch verlegen gewunden und von einer »persönlichen Insuffizienz« gesprochen. Steenbeck habe den Konferenzraum verlassen, sei in sein Auto gestiegen und abgebraust, zurück nach Jena – Rädler und ihn, Krause, einfach zurücklassend.

Das ist die typische Situation, wenn die Zuhörer nur Bahnhof verstanden haben. Aber mit dem Alpha-Effekt war der fehlende Baustein zur Dynamotheorie der Magnetfelder von Himmelskörpern gefunden.

Was versteht man unter einem kosmischen Magnetfeld-Dynamo? In der Elektrotechnik ist ein Dynamo eine Maschine, die mechanische in elektrische (und leider auch thermische) Energie wandelt. Genutzt wird die Tatsache, dass sich um ein zeitlich änderndes Magnetfeld ein ringförmiges elektrisches Feld aufbaut. Legt man entlang des elektrischen Feldes eine offene Drahtschleife, hat man an den Enden eine elektrische Spannung. Die Spannung kann man durch Drähte wegführen und durch den Anschluss einer Glühbirne oder eines anderen Verbrauchers einen elektrischen Strom fließen lassen. Die Wirkung kann man vervielfachen, indem man mehrere Drahtschleifen zu einer Spule hintereinander legt. Wichtig ist dabei, dass die Drahtschleifen der Spule voneinander elektrisch isoliert sind. Die Magnetfeldänderung in der Spule kann man durch eine Bewegung, insbesondere eine Drehung, erreichen. Elektrodynamisch gesehen handelt es sich hier um eine nicht mehr so einfache geometrische Struktur. Ein Mechanismus zur Wandlung von Zuständen muss eine minimale Komplexität aufweisen; die einzige Ausnahme ist die Erzeugung von Wärme.

Seit Urzeiten ist bekannt, dass die Erde ein globales Magnetfeld hat. Zugvögel, bestimmte Fische, Meeresschildkröten und andere Tiere orientieren sich am Erdmagnetfeld. Über Tausende bis Hunderttausende Jahre ändert sich dieses Magnetfeld kaum, kann innerhalb relativ kurzer Zeit – in eintausend bis höchstens zehntausend Jahren – zerknittern und sich anders wieder aufbauen. Anders ist es bei der Sonne, wie man seit gut hundert Jahren weiß. Aus ihr tritt ein Dipolfeld aus, das in 11 Jahren auf und wieder abgebaut wird, um in den nächsten 11 Jahren in umgekehrter Polung wiederum zu entstehen und zu vergehen. Innerhalb der Sonne, im oberen Drittel, gibt es Ring- bzw. Gürtelfelder beiderseits des Sonnenäquators, deren Symmetrieachse mit der Rotationsachse zusammenfällt. Die Richtung der Gürtelfelder ist in beiden Halbkugelschichten gerade umgekehrt. Die Stärke dieser Felder wechselt ebenfalls im 11-Jahres-Rhythmus, haben ihren größten Wert, wenn die Dipole den kleinsten haben, und umgekehrt. Das Sonnenmagnetfeld schaukelt zwischen Dipol- und Gürtelfeldern also im 22-Jahres-Rhythmus hin und her. Man muss hinzufügen, dass so ein Gürtelfeld nicht ein einheitliches Gebilde ist, sondern durch die Rückwirkung der Magnetfeldkräfte auf die Bewegung in viele dünne Schläuche zerfasert.

Woher weiß man von der Existenz der Gürtelfelder, obwohl man nicht in das Innere der Sonne hineinschauen kann? Die Feldstärke dieser Magnetfeldringe ist sehr hoch, viel stärker als die der Dipole. Das Magnetfeld hat auch einen Druck, der einen Teil des Gases verdrängt, wodurch andererseits diese Schläuche leichter werden. Somit existieren zwei Kräfte in radialer Richtung: Einerseits zieht das Feld die Ringe zusammen, andererseits werden sie durch den Auftrieb Richtung Oberfläche gedrückt, also auseinandergezogen. Das ist ein einigermaßen stabiler Zustand. Wird er jedoch einmal durch eine besonders große aufsteigende Gasblase gestört, gewinnt der Auftrieb die Oberhand, dann bläht sich weiter oben in der dünneren Schicht der Magnetschlauch weiter auf und wird noch leichter. Der gesamte Vorgang wird quasi bis zu einer Explosion beschleunigt, die durch die Sonnenoberfläche hindurch bricht und als Protuberanz bekannt ist. Dort, wo der Magnetfeldschlauch aus der Sonnenoberfläche herausbricht, sieht man einen Sonnenfleck, und man kann von der Erde aus die Stärke des Feldes messen (durch das Maß der Aufspaltung von Spektrallinien). Übrigens war im 19. Jahrhundert das Astrophysikalische Observatorium in Potsdam bei der Entwicklung und Anwendung der dazu nötigen Methoden führend.

Was macht nun ein kosmischer Magnetfelddynamo und wie funktioniert er? Wie ein technischer Elektrodynamo wandelt er mechanische Energie in elektrische und magnetische Felder und elektrische Ströme – aber auf gänzlich andere Weise. Schließlich gibt es im Inneren der Erde und erst recht im Inneren der Sonne, ebenso in den Weiten einer Galaxis, keine Drahtspulen. Und man kann sich denken, dass der Mechanismus auf Grund einer minimalen Komplexität nicht so einfach auszudenken ist. Jahrzehnte zermarterten Astronomen sich darüber ihre Köpfe. Einen Mechanismus fanden sie heraus: wie aus einem magnetischen Dipolfeld die Gürtelfelder entstehen. Dazu muss man wissen, dass eine rotierende Gas- oder Flüssigkeitskugel sich auf Grund der Fliehkräfte nicht nur abplattet. Sie rotiert außerdem un-

gleichmäßig, die inneren Bereiche anders als die äußeren, ebenso die verschiedenen Breitengrade – in der Fachsprache differentielle Rotation. Da ein bewegtes, elektrisch leitendes Medium ein vorhandenes Magnetfeld in bestimmtem Maße »mitnimmt«, wandelt die differentielle Rotation ein Dipolfeld in Gürtelfelder um, die Feldlinien werden quasi aufgewickelt; in beiden Hemisphären jenseits der Äquatorebene in unterschiedliche Richtung.

Und wie entsteht aus den Gürtelfeldern wieder ein Dipolfeld? Da brachten Steenbeck und Krause den Alpha-Effekt ins Spiel. Der Alpha-Effekt hat auf beiden Halbkugeln verschiedene Vorzeichen, da aufsteigende Turbulenzelemente dort entgegengesetzten Drehsinn haben. Das führt dazu, dass entsprechend dem Alpha-Effekt die Magnetgürtelfelder in beiden Hemisphären elektrische Ströme in gleicher Richtung erzeugen. Und hier ist auch dem Laien klar: Diese Ströme bewirken ein magnetisches Dipolfeld. Womit der Ausgangszustand wieder erreicht ist. Beschrieben zu haben, wie das genauer aussieht – auch hinsichtlich eines Gleichfeld- oder eines Wechselfeld-dynamos –, ist die Leistung des ungleichen Paares Steenbeck-Krause. Bei einem Gleichfeld-dynamo liegen die Wirkmechanismen differentielle Rotation und Alpha-Effekt räumlich in einem Gebiet, bei einem Wechselfeld-dynamo sind sie räumlich getrennt. Die Diffusionszeiten der Magnetfelder zwischen beiden ergeben die Zeit einer halben Periode. Krause brachte das ganze in mathematische Form und habilitierte sich damit an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität in Jena im Jahre 1968.

Mit dieser glanzvollen Leistung schloss er seine Tätigkeit bei Steenbeck ab und wechselte zusammen mit Rädler an das Astrophysikalische Observatorium in Potsdam, wo er eine eigene Abteilung bekam und Mitarbeiter einstellen konnte. Noch in Jena nahm das Triumvirat die Unterstützung des Mathematikers H. Hiller in Anspruch, der in Pionierarbeit erste Computerprogramme zur Berechnung der Magnetfelder schrieb und in Dresden am Institut für Datenverarbeitung auf einer englischen »National-Elliot 503« die Rechnungen ausführte. Seitens der Führung der DDR wurde die Leistung der Vier im Jahre 1971 mit dem Nationalpreis für Wissenschaft und Technik erster Klasse gewürdigt. In der Folgezeit wurden die Modelle verfeinert und die Methoden auf andere Gebiete der Astrophysik angewandt. 1977 wurde Fritz Krause vom Akademiepräsidenten zum Professor für Theoretische Physik ernannt, und 1981 wurde er Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher LEOPOLDINA. Bei der Evaluierung 1991 wurden seine Leistungen und die seiner Abteilung als international führend anerkannt. Die weltweite Anerkennung erfolgte spätestens auf dem Symposium der Internationalen Astronomischen Union (IAU) im Jahre 1992.

In den 1990er Jahren entwickelte Krauses Mitarbeiter Detlef Elstner einen magnetohydrodynamischen Scheibendynamo zur Erklärung der Magnetfelder in Galaxien. Da man auf Grund der geringen Dichte in weite Bereiche der Galaxien hineinschauen kann, wurden die Gürtelfelder den Messungen unmittelbar zugänglich, wodurch Krauses Dynamomechanismus auf sichtbare Weise bestätigt werden konnte.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Ich weiß ja nicht, wie es Ihnen geht (und wenn Sie im oder vom Politikbetrieb leben sollten, geht es Ihnen ja vermutlich sowieso sehr anders als mir ...), also ich weiß mir nicht zu helfen: Ich traue den Politikern, und zwar jedweder Tönung, kein Wort mehr. Nicht dem wahlkrakeelenden Hessen-Koch noch dem ihm zupolternden SPD-Struck, und der angelernten Kanzlerin schon gar nicht, deren einziges Geschick für mich darin zu bestehen scheint, die Texte ihrer Redenschreiber und die Tages-Lösungen ihrer Berater überzeugend »herüberzubringen«. Und auch denen, die sich rechts oder links beider Gruppierungen aufhalten, ist kaum über den Weg zu trauen. Egal, um welche Äußerungen, Statements, Erklärungen, Pressemitteilungen, Reden oder Interviews es sich handelt: Alles, aber auch alles, kommt interessengeleitet daher, ist zweckbestimmt und taktisch motiviert. Und ungerecht wie ich bin, fällt mir immer wieder bei täglicher Zeitungslektüre ein Buchtitel aus der unmittelbaren Nachwendzeit ein, als ein DDR-Journalist die »Anleitungen« der Agitationsabteilung des ZK der SED beschrieb: »Wir sagen das so.« Meint: Wie es politisch, vor allem tagespolitisch in den Kram, ins Programm, in die Presse paßt. Aus dieser Sicht betrachtet, kann sich der SPD-Vorsitzende Beck noch so sehr für Mindestlöhne ins Zeug legen und sich durch Redeschwälle sozialpolitisch echauffieren – sie hatten ihre Zeit, die Sozialdemokraten, warum haben sie sie nicht genutzt?

Na, gut, wozu haben wir denn eine sich pluralistisch gebende Presse und zuweilen sogar verhaltende Presse. So kann es denn passieren, daß etwas Pehdeessiges nicht im ND steht (obwohl es nach meinem Dafürhalten durchaus auch dort stehen könnte ...), sondern im SPIEGEL landet. Und da die PDS (d. i. Die Linke) den Boulevard vergleichsweise selten bedient (Das wird schon noch, Genossen!), wollen wir hier den

Klassenfeind ungehemmt zitieren: Das Magazin plauderte aus einer Protokollnotiz der Europa-Abgeordneten Feleknas Uca. Danach sei es vorigen Sommer in Straßburg zu einem feinen Abendessen gekommen, »an dem außer Linken-Chef Lothar Bisky auch Wagenknecht teilnahm. Die ebenfalls anwesende linke Abgeordnete Feleknas Uca fotografierte – angeblich mit Zustimmung aller für den ›Privatgebrauch‹. Laut ihrer Protokollnotiz erschien jedoch am nächsten Tag ›Sahras parlamentarische Assistentin in meinem Büro und bat mich, ihr meine Kamera zu leihen, um Aufnahmen mit einer Bekannten zu machen‹. Am nächsten Tag erhielt Uca die Kamera zurück – nur die Fotos, die ›Sahra beim Hummer-Essen zeigten‹, waren gelöscht. Uca protestiert gegen ›die heimliche Durchsuchung meiner privaten Fotos auf meiner Kamera‹. Wagenknecht bestätigt das Hummer-Essen. Auch räumt sie ein, die Bilder selbst getilgt zu haben – sie hätten ihr nicht gefallen.«

Ach, wir kleinen Schwindelmeier allesamt! Wahrlich, alles in allem ein banaler Vorgang und des Berichtens wenig wert. Aber vielleicht gelingt es uns, diesem Straßburger Hummer-Essen ein Bedeuten einzuhacken. Denn es könnte doch auch so gewesen sein, daß ›Sahra Wagenknecht eher an »Zuckererbsen nicht minder« interessiert ist und ihr Selbstbild als eine Art Rosa-Luxemburg-Widergängerin durch die Hummerschlemmerei ernsthaft beschädigt sieht. Aber das wird sicher nicht einmal der SPIEGEL zu wissen vorgeben.

Uns hingegen fiel – immerhin – beim Nachvollziehen des Geplänkels zwischen den beiden Europa-Abgeordnetinnen Wagenknecht und Uca (Wehe, hier sagt jemand Zickenkrieg!) eine Gedicht von Hesse ein, und dessen erste Strophe geht so: *Der Hummer liebte die Languste, / Was aber unerwidert blieb, / Die Liebe sank ins Unbewusste / Und wurde dort zum Todestrieb.*

Damit das nicht untergeht: Angela Merkel erhielt im Januar einen Orden. Holger Schmale, »Berliner Zeitung«, fing seinen Artikel folgendermaßen an: »Hat Angela Merkel Verdienste um unser Land? Wer wollte das bestreiten. Braucht sie deshalb einen Orden? Bundespräsident Horst Köhler meint: Ja.«

Hallo, Herr Schmale, hörn Se mich schnipsen? Haben Sie den Satz *Wer wollte das bestreiten* als Frage oder nur als Füllfloskel gemeint? Wenn Sie tatsächlich jemanden suchen sollten, der Merkels »Verdienste um unser Land« bestreitet – ich stehe im Telefonbuch. Um der Chronistenpflicht zu genügen: Der Orden heißt *Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland* und ist die höchste deutsche Ordensstufe mit Ausnahme der Sonderstufe des Großkreuzes. Die Sonderstufe sei Staatsoberhäuptern vorbehalten. Es handele sich, wurde dem Redakteur im Bundesbüro der *Berliner* beschieden, um den für Kanzler nach einer gewissen Regierungszeit üblichen »Upgrade« der Ordensstufe. Schließlich hätte Merkel bereits 1996 als Ministerin im Kabinett von Helmut Kohl den Großen Verdienstorden erhalten. »Da war es nun wirklich Zeit für eine Aufwertung.«

Das Großkreuz sei an einem 60 Millimeter breiten Ordensband befestigt, das von der rechten Schulter zur linken Hüfte getragen werde. Ich möchte ja die Feministinnen und Feministen unter den Mitleserinnen und Mitlesern nicht verärgern, aber vielleicht wäre es besser gewesen, die Ordensdesigner hätten sich für eine breitere Schärpe entschieden. Dann würden die ewig zerknitterten Merkel-Anzüge besser kaschiert.

Irmgard Zündorf:
Der Preis der Marktwirtschaft.
Staatliche Preispolitik und
Lebensstandard in Westdeutsch-
land 1948 bis 1963, Franz Steiner
Verlag Stuttgart 2006,
331 S. (62 €)

Im Kapitalismus richten sich die Preise nach Angebot und Nachfrage, im Sozialismus bestimmt der Staat die Preise unter volkswirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten. So haben wir das gelernt und insofern kann es in Westdeutschland keine Preispolitik gegeben haben, meint man – jedenfalls nicht seit der Währungsreform vom Juni 1948. Ein Blick in die populär verfassten Wirtschaftsgeschichten der Bundesrepublik bestätigt diese Annahme:

Die Währungsreform hat Ludwig Erhard mit einer Wirtschaftsreform verbunden, an Stelle der Bewirtschaftung der Nachkriegsjahre, in der in der Wirtschaft alles und jedes, darunter auch die Preise der Waren, vorgeschrieben war, trat die Koordination von Angebot und Nachfrage durch Preise, die sich ohne staatliche Beeinflussung auf Wettbewerbsmärkten bildeten.

Irmgard Zündorf bereitet solcher Art Gewissheiten ein Ende. Weit in die fünfziger Jahre hinein wurden die Preise in der Bundesrepublik für einen erheblichen Teil des privaten Verbrauchs staatlich administriert. Zeitgleich mit der Währungsreform entstand ein zweigliedriges Preissystem – standen regulierte neben freien Preisen. Ordnungspolitisch war das aus Erhards Sicht gewiss ein Sündenfall, sozialpolitisch aber eine Notwendigkeit, um den an sich schon niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung durch niedrigere Preise im reglementierten Bereich vor einem weiteren Absturz infolge von Preistreiberei in der freien Wirtschaft zu bewahren. Erhard erkannte, dass die Einführung der Marktwirtschaft ihren Preis hatte und stimmte unter den gegebenen Umständen der Intervention des Staates in die Wirtschaft zu. Die staatliche Preispolitik war für ihn jedoch nur eine Übergangslösung, »solange der Markt noch nicht in allen Bereichen funktionsfähig war«. Tatsächlich blieb – allen später entwickelten Vorstellungen vom sich

rasch einstellenden Wirtschaftswunder zum Trotz – die Sicherung des Lebensstandards und des sozialen Friedens auf Jahre hinaus eine ständige Aufgabe. Zunächst die Alliierten und später Kanzler Adenauer hinderten den Wirtschaftsminister an der Demontage der sozialen Komponente der Preisbildung in der Bundesrepublik.

Irmgard Zündorf untersucht die staatliche Preispolitik – nach der Vorstellung der Preispolitik der Alliierten vor der Währungsunion – in drei Etappen: 1948-1952, 1952-1955 und 1955-1963. Viel Neues im Detail bringt sie über diesen bereits gut erforschten und vielfach dokumentierten Teil der Wirtschaftsgeschichte der BRD nicht zur Kenntnis. In der von ihr vorgenommenen gezielten Sammlung, akribischen Dokumentation, übersichtlichen Zusammenfassung und in der prinzipiellen Wertung der staatlichen Preispolitik liegt das nicht zu unterschätzende Verdienst dieser Arbeit. Abgesehen einmal von der politischen Komponente dieser Arbeit, die darin besteht, dass das Ergebnis ihrer Recherchen der augenblicklich herrschenden neoliberalen Geschichtsinterpretation gegen den Strich gehen muss, nach deren Auffassung die Bundesrepublik so lange wirtschaftlich erfolgreich war, wie ihrer Wirtschaftspolitik sich allein dem Wirken der Marktkräfte verschrieb und keine ordnungspolitischen Kompromisse gemacht wurden. Eine solche Phase hat es in der Geschichte der Bundesrepublik bisher nicht gegeben, weist Irmgard Zündorf nach, und alle Forderungen neoliberaler Ideologien in der Gegenwart, dass der Staat sich aus der Wirtschaftslenkung zurückziehen müsse, damit sich das Wirtschaftswunder wiederhole, entbehren einer historischen Grundlage. Das hätte die Autorin, nebenbei bemerkt, durchaus stärker herausstellen können.

JÖRG ROESLER

**Horst Müller (Hrsg.):
Die Übergangsgesellschaft
des 21. Jahrhunderts.
Kritik, Analytik, Alternativen,
Norderstedt 2007, 301 S. (22,80 €)**

Ein wesentliches Charakteristikum des gegenwärtigen gesellschaftlichen Wandels ist die sowohl von Politik als auch von Wirtschaft betriebene, direkte Substitution politischer Entscheidungsfindung durch wirtschaftliche Prozesse, die zum Nutzen von transnationalen Unternehmen erzwungen wird. Diese Tendenz zur Suspendierung der politischen Souveränität durch eine sich zunehmend totalitär gebärdende Ökonomie, die sich nicht mehr dem politische Mehrheiten beschaffenden Staatsbürger zu stellen braucht, sondern nur noch seinen Vorständen und bestenfalls seinen Aktionären Rechenschaft schuldig ist, ist gleichbedeutend mit einer immer hemmungsloseren Ausdehnung des Prinzips der Profitmaximierung auf bislang kommerziell ungenutzte Gebiete.

Diese Entwicklung ist nicht naturgegeben und muss weder in der Logik herkömmlicher ökonomischer Theorien wie Keynesianismus und Neoliberalismus interpretiert noch einfach als Resultat historischer Entwicklung anerkannt werden. Sie kann stattdessen als vorläufiges Ergebnis innerer Widersprüche des marktwirtschaftlichen Systems gedeutet werden (das auch ökologisch zunehmend auf seine Schranken stößt). Der globalisierte Kapitalismus wird auf diese Weise als Synthese widersprüchlicher Praxisformen und somit wesentlich als eine Gesellschaft im Übergang kenntlich. Um diesen erkenntnistheoretischen wie auch praktischen Nukleus drehte sich die von der »Initiative für Praxisphilosophie und konkrete Wissenschaft« veranstaltete Tagung »Transformation der gesellschaftlichen Praxis – Analysen und Perspektiven«, die am 10. und 11. November 2006 in Nürnberg stattfand. Diese Initiative hat es sich zur Aufgabe gemacht, die in den Feuerbachthesen im Keim vorliegende, jedoch im Laufe der Entwicklung der Arbeiterbewegung verschütt gegangene praxisphilosophische Kernstruktur marxischen Denkens wieder zu erarbeiten, wissenschaftsmethodisch zu entfalten und so fruchtbar zu machen. Letztendlich zielt dieser Ansatz dar-

auf ab, sämtliche gesellschaftlichen Prozesse, die unmittelbar als praxisunabhängig und unveränderlich erscheinen, im Konstitutionszusammenhang menschlichen Handelns zu dechiffrieren und als dementsprechend veränderbar aufzuzeigen. Dabei erfährt der Praxisbegriff bedeutende Erweiterungen: Wirklichkeit erscheint nicht mechanistisch vom menschlichen Denken abgekoppelt, sondern letzteres wird als deren unentbehrlicher, konstitutiver Bestandteil herausgearbeitet. Zugleich wird damit die Erschließung der Zukunftsdimension, die über die »Kritik« hinaus gehende konkrete Utopie zur Aufgabe der Theorie. Die Initiative hatte sich bereits 2004 zu einer Tagung getroffen. Wie bei der ersten Konferenz sind die Beiträge in einem Sammelband publiziert worden, der nun vorliegt.

Arno Münster widmet sich in seinem Eröffnungsvortrag dem außerordentlichen humanistischen Engagement sowie den praxistheoretischen Perspektiven in dem sonst wenig rezipierten Hauptwerk von Jean Paul Sartre, der »Kritik der dialektischen Vernunft«. Sartre hat damit sein ursprüngliches phänomenologisch-individualistisches Konzept von Bewusstseinsbildung bedeutend relativiert. Ursula Reitemeyer befasst sich mit Marx' Theorie der entfremdeten Arbeit. Dabei rekurriert sie leider nur auf den Entfremdungsbegriff der ökonomisch-philosophischen Manuskripte: Es wäre ein Leichtes gewesen, ihre sachhaltige Argumentation in die politisch-ökonomisch umfassendere Entfremdungsanalyse des »Kapital« als zunehmende Subjekt-Objekt-Verkehrung einzubinden. Den »Grundwiderspruch zwischen der Wertlogik des Kapitals und dem Reichtum«, das heißt dem wahren Reichtum des Menschen und der Erde, hat der Vortrag von Wolf Dietrich Schmied-Kowarzik unter Rekurs auf Aristoteles, Hegel, Platon, Marx und Bloch zum Thema. Er zeigt u. a. auf, dass sämtliche emanzipatorischen Anstrengungen, die sich auf die Hebung der Lebensumstände der Lohnarbeiter beschränken und nicht die Überwindung der diktatorischen Verwertungsökonomie mit ins Auge fassen, der wachsenden Verselbständigung von Arbeitsprodukten und gesellschaftlicher Strukturen gegenüber den tätigen Subjekten nicht Herr werden können. Harald Lemke versucht mit »Was ist Praxeologie« über einen auf den Komplex

»gegenständliche Tätigkeit« reduzierten Praxisbegriff hinauszugehen und die Dimension des »freien, guten Lebens« zu erschließen: Ein Ansatz, der mit Blick auf die anderen vorliegenden Marxinterpretationen Diskussionsbedarf anzeigt. Von Marx zu Bourdieu schreitet Julia Schnegg mit ihren Ausführungen zu »Praxis als Erkenntnis- und Theorieproblem«. Sehr schön wird hier, vor allem mit Bezug auf die für Bourdieu zentrale Habitus-Theorie, die Verzerrung des intellektualistischen Blicks auf die soziale Praxis herausgearbeitet, insofern weder Subjektivismus noch Objektivismus verstehen können, was Praxis eigentlich bedeutet: Das sowohl Gegeben- als auch Geschaffensein von Subjekten und Objekten in den gesellschaftlichen Prozessen, wobei sich die Komponenten innerhalb des fortgehenden Praxis- und Erkenntnisprozesses verschränken und verändern. Mit diesem Beitrag schließt der erste, grundlagentheoretisch akzentuierte Teil des Sammelbandes.

Zwei folgende Artikel widmen sich durchdringenden, widersprüchlichen Tendenzen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Praxis: Auf die bedeutende Diskrepanz zwischen der Informations- und Kommunikationstechnik, wie sie für die Herstellung von und den Handel mit isoliert produzierten Waren entwickelt wurde, und auf der anderen Seite deren Potenzial als vergesellschaftetes Wissen und eine die Vergesellschaftung erleichternde Technik macht Wolf Göhring aufmerksam. Werner Rügemer, bekannt als Analyst der »Privatisierung in Deutschland«, stellt eine konzentrierte Untersuchung im Hinblick auf die aktuelle Privatisierungspraxis vor und fasst ein mögliche »kooperative Ökonomie« ins Auge.

Im dritten Schwerpunktbereich werden politisch-ökonomische Untersuchungen in Verbindung mit der bedrängenden Frage nach konkreten Alternativen vorgestellt: Klaus Steinitz zeichnet im »Scheitern des Realsozialismus im 20. Jahrhundert – Konsequenzen für einen zukünftigen Sozialismus« nicht nur Gründe für den Niedergang des ersten Sozialismus nach. Er entwickelt aus dessen Errungenschaften auch Ansätze für ein neues Konzept, bei dem der Einfluss und die Würdigung »subjektiver Faktoren« eine notwendige und scharfe Pointierung erfährt. Über Veränderungen der Lohnarbeit im modernen Kapitalismus refe-

riert Joachim Bischoff. Er widerlegt den Mythos vom Ende der Arbeitsgesellschaft, indem er aufzeigt, dass die Arbeit der Lohnabhängigen unter den Stichworten »Flexibilisierung« und »Deregulierung« inmitten der Massenarbeitslosigkeit eine enorme Ausweitung und Intensifikation erfährt. Politische Entscheidungen wie die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre flankieren diese Entwicklung. Welche gesellschaftlichen Resultate die forcierte technologische Entwicklung zeitigt, hängt Bischoff zufolge vor allem von dem jeweiligen Verteilungsmodus des hergestellten Reichtums ab. Dieser könnte und müsste steuerlich, zu Lasten der Vermögens- und Gewinneinkommen, drastisch verändert werden, um den Sektor gesellschaftlich notwendiger Arbeit, die keinen kapitalistischen Mehrwert generiert, sinnvoll zur Geltung kommen zu lassen. Ganz und gar um »Alternativkonzepte der politischen Ökonomie« geht es schließlich in dem Beitrag von Horst Müller: Der in Mexiko lehrende Sozialwissenschaftler Heinz Dieterich hat 2006 mit seinem Buch »Der Sozialismus im 21. Jahrhundert« sowohl eine scharfe Anklage kapitalistischer Zustände verfasst als auch in Verbindung von Kybernetik und Computertechnik Lösungsvorschläge für eine sozialistische Ökonomie vorgelegt. Diese werden eingehend kritisiert, wobei Müller sein eigenes Theoriegerüst entfaltet. Nach Müller verfährt Dieterich bei der Kritik von Staat, Demokratie und bürgerlicher Subjektivität abstrakt negativ, insofern er Ambivalenzen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft unterschlägt, ihre negativen Seiten verabsolutiert und moralisch mit abstrakten Gegenüberstellungen und Dichotomien operiert. Stattdessen gelte es herauszuarbeiten, wo konkrete Transformationspotenziale und zukunftssträchtige Praxisformen innerhalb der widersprüchlichen ökonomisch-gesellschaftlichen Praxis zu finden sind. Auch mit der Gegenüberstellung Dieterichs von Ökonomie als Bedarfsdeckung und Chrematistik als Bereicherungswirtschaft wird nach Müller der heutige, historisch konkrete Status kapitalistischer Überakkumulation unterbelichtet und das Ganze nur eindimensional negiert: »Wenn dieses System schlechthin als eine überreife oder verdorbene Existenzform beschrieben wird, die ihr Verfallsdatum überschritten hat, gerät von vornherein aus dem

Blick, ob und wie es mit Produktivkraft-elementen einer werdenden Sozialität bereits schwanger geht.« Müller setzt dem seine »dialektische Transformationsanalyse« entgegen. Er schlägt den Ausbau genau jener sozialstaatlichen Komponenten vor, die im Neoliberalismus abgebaut werden sollen, also eine Mischwirtschaft aus Lohnarbeit und steuerlich finanzierter gemeinnütziger Arbeit. Die These lautet, dass eine entsprechend neu konfigurierte »Reproduktionsordnung« den Umschlag in eine neue Wirtschaftsweise, einer »Sozialwirtschaft als Alternative zur Kapitalwirtschaft« mit sich bringen kann: Man wüsste sich zu dieser weitreichenden Idee Stellungnahmen von Seiten wert- und kapitaltheoretisch Kundiger. Und allerdings bedürfen die Thesen von Müller ihrerseits noch der Konkretisierung, insofern der für diese Entwicklung reklamierte gesellschaftliche Aktivzusammenhang, ein »sozialwirtschaftliches Produktivkraftensemble«, das »Bündnisse mit traditionellen und anderen Fraktionen der Arbeit und Wirtschaft, mit fortschrittlichen Kräften der Zivilgesellschaft und sogar mit Teilen der Verwaltungsorganisation« nahe legt, unscharf bleibt. Wie soll »ein nationaler Entwicklungspakt für einen neuen Weg« entstehen können?

Die in einem von Klaus Thaler abschließenden Beitrag gegebene kurze dokumentarische Skizze zur Entstehung der neuen Linkspartei ist geeignet, diese Frage noch zu unterstreichen. So hinterlassen die Beiträge zur »Übergangsgesellschaft« unserer Zeit offene Fragen, verstärken aber zugleich durch den Versuch zur Erneuerung eines praxis-philosophischen Marxismusdenkens und durch relevante politisch-ökonomische Diskussionsbeiträge die Spannung auf Lösungen hin, die wir sehnlich erwarten.

REINHARD JELLEN

Roland Klautke,
Brigitte Ohrlein (Hrsg.):
Prekarität, Neoliberalismus,
Deregulierung, VSA Verlag
Hamburg 2007, 214 S. (11,80 €)

Die elf Beiträge des Bandes sind ein Ergebnis der Berliner Veranstaltungsreihe »Kritischer Bewegungsdiskurs«, deren erste Staffel Anfang 2006 in Berlin begann. Diese Reihe von Abendvorträgen ging von zwei Hauptthesen aus. Zum ersten sei die Dominanz des Neoliberalismus mit all ihren Folgen wie Hartz IV, Verunsicherung und Flexibilisierung, Abbau sozialer Rechte, Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge bei steigender Arbeitslosigkeit darzustellen. Zum zweiten sollte untersucht werden, inwiefern der Sozialstaat des »goldenen Zeitalters« des Fordismus heute noch als Gegenmodell taugt. Man wollte nicht zuletzt der Auffassung entgegen treten, der Neoliberalismus würde von oben oktroyiert, denn damit werde die Subjektivität derer verneint, die durch die Überwindung des hierarchischen und patriarchalen Fordismus neue Freiräume und Möglichkeiten erkämpften. Nicht zuletzt müsste die gesellschaftliche Analyse die Gewerkschaften erkennen lassen, dass eine betriebliche Sichtweise auf Arbeitsverhältnisse und Konflikte heute nicht mehr ausreiche.

Dirk Hauer weist darauf hin, dass es »Prekarisierung« schon immer gegeben habe und das so genannte Normalarbeitsverhältnis in der Geschichte des Kapitalismus historisch und erst recht global gesehen die absolute Ausnahme war. Prekarität sei derzeit als »prinzipielle und fundamentale Verunsicherung aller Lebens- und Arbeitsbereiche« zu verstehen und nicht nur als Phänomen, das die vielzitierten »neuen Selbständigen« oder die »Generation Praktikum« betreffe.

Die beiden Schweizer Wissenschaftler und Aktivisten Christian Zeller und Alessandro Pelizzari wenden sich ausführlich gegen die Privatisierung öffentlicher Güter und beharren auf der öffentlichen Verfügbarkeit, der demokratischen Kontrolle und der Chancengleichheit in Zugang und Nutzung dieser Güter. Dafür sei eine gesellschaftliche Aneignung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch die

Bürger und Bürgerinnen selbst notwendig, eine Verstaatlichung reiche dafür nicht aus.

Der utopischste und deswegen radikale Beitrag stammt von Werner Rätz, der dem Spektrum der post-autonomen interventionistischen Linken zuzurechnen ist. Rätz plädiert in seinem Beitrag für ein weltweites bedingungsloses Grundeinkommen und kann dies sogar einigermaßen begründen.

Die Beiträge sind durchweg eher auf einer analytischen Ebene angesiedelt, Beiträge zu realen sozialen Bewegungen finden sich nicht. Viele tragen die Krux ihres akademischen Entstehungszusammenhangs mit sich, einige, wie etwa der von Alex Demirovic zu Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften oder der von Christoph Spehr zu alternativer Produktion und Selbstverwaltung sind eher selten. Vielleicht wird das Buch zur zweiten Staffel ja besser.

BERND HÜTTNER

**Ernst Schumacher:
Ein bayrischer Kommunist
im doppelten Deutschland.
Aufzeichnungen des Brecht-
forschers und Theaterkritikers
in der DDR 1945-1991.
Herausgegeben, eingeleitet
und kommentiert von Michael
Schwartz, R. Oldenbourg Verlag
München 2007, 720 S. (69,80 €)**

Es ist erstaunlich, kaum hat das interessierte Lese-Publikum 2006 von Ernst Schumachers beeindruckendem Erinnerungsbuch »Mein Brecht« Kenntnis genommen, erscheint 2007 ein neues Buch von ihm. Es handelt sich um eine Sammlung von 83 Dokumenten, die von Ernst Schumacher, bis auf wenige Ausnahmen, vor allem als Tagebuchnotizen und »Jahresbilanzen« zwischen 1949/51 und 1990/91 verfaßt wurden. Inhaltlich spiegelt sich in dieser Publikation des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin die politische und private Biographie des 1921 geborenen Autors wider, der 1949 der KPD beitrug. Der Bezug zur Gesamtbiographie wird u. a. durch mehrere »Le-

bensläufe« vermittelt, die seine Lebensleistung in den einzelnen Etappen seiner Entwicklung bilanzieren.

Die für diese Dokumentation notwendige editorische Aufbereitung wurde vom Herausgeber Michael Schwartz mit einer »einführenden Skizze« und einer Vielzahl detail- und kenntnisreicher Anmerkungen in hervorragender Weise besorgt. Man könnte zwar einwenden, daß er damit auch eine eigene Lesart der Lebensgeschichte Ernst Schumachers vorgibt, aber er tut das mit einem Höchstmaß an Objektivität und Verständnis für einen Mann, der einen politischen Weg ging, den man heutzutage in Bayern (und wahrscheinlich nicht nur dort) vermutlich nur noch schwer verstehen kann.

Gegliedert ist das Buch in vier Hauptteile, die das jeweilige Jahrzehnt zwischen 1951 und 1991 umfassen. Sie werden durch einen »Prolog« über die »Vorgeschichte« des Kommunisten Schumacher eingeleitet und klingen in einem »Epilog« aus, der die Verfaßtheit des Autors nach Abschluß des realsozialistischen Experiments ahnen läßt.

In einer Vielzahl von Skizzen und Porträts stellt Ernst Schumacher Verwandte, Freunde und bedeutende Zeitgenossen vor, nimmt Stellung zu historischen und gegenwärtigen politischen Ereignissen und beschreibt für ihn persönlich entscheidende Wendepunkte seines Schicksals.

In den fünfziger Jahren gehört er zu der mutigen Minderheit von Leuten im Westen, welche die Vertiefung der Spaltung Deutschlands durch die Politik der Eingliederung der BRD in das westliche Bündnissystem bekämpften. Wegen dieser Aktivitäten mußte er 1952/53 zwei gerichtliche Verfahren über sich ergehen lassen. Beide Prozesse, die auf frei erfundenen Anklagen basierten, endeten mit Freisprüchen aus Mangel an Beweisen. Als er dann Anfang der Sechziger erneut verhaftet werden sollte, entschloß er sich zur Flucht in die DDR. Der Haftbefehl gegen ihn blieb bis 1968 in Kraft. Als seine Mutter 1967 starb, mußte er mit anwaltlicher Hilfe erwirken, daß er unbehelligt an ihrer Beisetzung teilnehmen konnte.

In den Sechzigern, in denen er als »freiwilliger Emigrant« in Berlin lebte und sich als Theaterkritiker und Hochschullehrer eine neue berufliche Grundlage schuf, begegnet dem

Leser ein in seinem persönlichen Leben tief erschütterter Mann. Das Heimweh nach der bayrischen Heimat, die Sorge um die kranke Mutter, die Scheidung seiner ersten Ehe und der Selbstmord einer Freundin bedrücken ihn. Verse von Nazim Hikmet zitiert er als Ausdruck eigener Befindlichkeit: »...heute, hier in berlin, vor heimweh / verreckend, fast wie ein hund./ kann ich sagen:/ ich habe gelebt wie ein mensch, doch wieviel zeit mir noch bleibt/ zu leben, und was mich erwartet./ wer weiß es?«

Im Unterschied zu Hikmet bleibt ihm noch viel Zeit. Was ihn politisch »erwartet«, war nicht vorhersehbar, noch immer war die Hoffnung auf den Sieg des Sozialismus groß.

Erst Ende der sechziger Jahre ändert sich mit einer neuen Ehe seine prekäre persönliche Situation. Nachdem sich die Absicht als nicht realisierbar erwiesen hat, beruflich wieder im Westen einen Platz zu finden, beschließt er 1972, Bürger der DDR und Mitglied der SED zu werden. Dabei behält er seinen »gesamtdeutschen« Blick auf innen- und außenpolitische Ereignisse und ist nicht nur auf Europa fixiert, was speziell auch in den Reiseberichten über China von 1956 und 1988 zum Ausdruck kommt.

Neben seiner erfolgreichen Tätigkeit als Professor für darstellende Künste, als Theaterkritiker und seinem Wirken als Mitglied des PEN-Zentrums und der Akademie der Künste wurde er nunmehr ein gefragter Mitstreiter in nationalen und internationalen Berufsorganisationen wie in der AICT, der internationalen Vereinigung der Theaterkritiker, in der er zeitweilig sogar zum Vizepräsidenten der Gesamtorganisation gewählt wurde.

In der DDR schien es damals – Anfang der siebziger Jahre – weiter voranzugehen. Der VIII. Parteitag der SED erweckte vielerlei Hoffnungen, nicht zuletzt auch unter seinen Freunden und Kollegen, die von der Politik unter Honecker besonders Veränderungen in bezug auf eine größere künstlerische Freizügigkeit erwarteten. Er selbst vertrat diese Hoffnung beispielsweise 1972 im Gespräch mit dem rumänischen Regisseur Liviu Ciulei, der über die vielfachen Behinderungen der Künstler in seinem Land berichtete. Als Ernst Schumacher dann über die »möglichkeiten nach dem VIII. Parteitag« in der DDR sprach, sah er Ciuleis skeptischen Gesichtsausdruck

und notierte danach: »auf seinem gesicht lag die bittere erfahrung, blieb die bittere erfahrung, die feste überzeugung, daß das individuum gegenüber den kollektiven gebilden fast hoffnungslos in bedrängnis geraten sei.«

1978 erfährt Ernst Schumacher am eigenen Leibe, was es heißt, in Bedrängnis zu geraten. Er schreibt eine Kritik, mit der er bei den Volksbildungsfunktionären Anstoß erregt und wird »bestraft«, indem seine alleinige, seit vierzehn Jahren andauernde Zuständigkeit für die Theaterkritik in der »Berliner Zeitung« von der Redaktion durch das Engagement weiterer Kritiker beendet wird. Obwohl diese Maßregelung vergleichsweise geringfügig war, fiel sie für ihn schwer ins Gewicht. Noch 1999 schrieb er: »ich muß wegen meiner herkunft aus dem westen immer suspekt geblieben sein.«

Schon seit 1975 plagten Schumacher, wie aus seinen Niederschriften hervorgeht, zunehmende Zweifel über den Zustand und die Perspektiven des Sozialismus. Sätze von »daß dieses Sozialismusmodell nach einer »grunderneuerung« verlangt« (1975) bis zu »unaufhaltsam setzt sich die Notwendigkeit der Reformen durch« (1988) häufen sich in den dazwischen liegenden Jahren.

Und statt der Reformen im Sozialismus kam schließlich die »Wende«, in der es um eine Rückkehr zum Kapitalismus ging. Ernst Schumacher kommentiert die Ursachen und Folgen dieses Ereignisses in den Jahresbilanzen von 1989, 1990 und 1991 mit Bitterkeit und Zorn. Er stellt fest, daß sich der Sozialismus wieder in ein »Gespenst« verwandelt hat. Ob er auch glaubt, daß dieses Gespenst eines fernen Tages in Europa wieder »umgehen« könnte, bleibt offen. Über die PDS, der er bis 1996 noch angehört, schreibt er 1991, sie sei »auf dem besten wege zum veteranenverein der ›civilians‹ (der Ehemaligen) des real vergangenen sozialismus zu werden und bis zur nächsten bundestagswahl völlig von der bildfläche zu verschwinden...« Mit dieser Prognose hat er offensichtlich nicht Recht behalten.

FRITZ RÖDEL

GÜNTER WIRTH

The Aesthetics of Resistance

Impressions of a »Post-Socialist« Reading

The author reviews Peter Weiss' (1916-1982) »Ästhetik des Widerstands« (The Aesthetics of Resistance). Recalling Volker Braun's opinion that this famous novel should be seen as a »quarry« – as a huge source of material, enough for generations to come – he shows how fruitful it can be for today's socialist thinkers to work this »quarry«. He delves into »the aesthetics« as an »authority« on the character of resistance; into the links between aesthetic analyses, contemporary events and historical excursus as well as into the utopian potential, concluding with expressing the hope that this novel could aid in supporting a convergence between the utopian and reality.

JOHN P. NEELSEN

Agriculture and Nutrition – Hourglass of the Capitalist Production Method

Despite public attention's focus being predominantly on high technology, it is absolutely wrong, the author holds, to underestimate agriculture, the state of which, is a clear barometer for the state of the social system, as a whole. 55-60 per cent of the world's population live in rural areas, 45 per cent of the world's working population are peasants. 854 million people are starving, but starvation is not the result of an absolute lack of food, but of politics. It is concentrated not in towns, but rather in rural areas. In this discussion, the author analyses agriculture not as one economic field among others, but as a complex phenomenon with economic, social and ecological dimensions.

ULRICH BUSCH

A Decrease in the Population of East Germany Does Not End Unemployment

Analyzing the rapid decrease in the population of East Germany, caused by migration, as well as a declining birth rate, the author shows that this development not only has an impact on quantity but also on quality. A mutation in gender proportions – a 10 to 9 men-women relation –, an aging of the population and a drop in the educational, qualification and cultural levels are some of the expressions of a deep-rooted social transformation, which does not lead to a decrease – as some had believed – but rather to a stabilization of the high rate of unemployment.

BENNO HERZOG

Arbeit, Work, Trabajo ...

Europe: Cultural, Political and Economic Aspects of the Term »Work«

The term »work« – the author shows – has various meanings from one European language and culture to the next. This has to be understood by all

those seeking a common basis in the fight for a Social Union in Europe. »Work« has the connotation of a contribution to individual well-being, the basis of the wealth of nations, a weapon in the struggle for liberation from oppression, an expression of religious spirituality, a guarantee of autonomy and freedom, a patriotic virtue, an economic necessity, and even an enjoyment. The author examines history and pleads for open-mindedness toward concepts for the term »work« at variance with one's »own«.

JOCHEN WEICHOLD Quo vadis, Greens?

The author sees the following characteristics in the development of the German Greens since 2005: 1) a slow return – after seven years in government – to the role of an opposition party; 2) support for their traditional positions in high profile environmental problems; 3) a change of the strategic focus from ecology to civil rights; 4) broken relations to non-parliamentary movements; 5) a revival of an inner-party Leftwing; 6) the existence – despite adamant denials – of common positions with the The Left Party; 7) a strong wish to come back into a government coalition – but a – just as strong – indecision about their possible partner(s).

JAN KORTE Injustice Knows No Betrayal The Discussion of German »Betrayal« during World War II

Beginning with a review of the book »Das letzte Tabu: NS-Militärjustiz und Kriegsverrat« (The Last Taboo: Nazi Military Justice and War Betrayal) by Wolfram Wette and Detlef Vogel and showing that even at present, those found guilty of »War Betrayal« and sentenced by Nazi martial law, are still considered to be traitors, since no law has granted them a general rehabilitation. The author, a member of the Left caucus in the German federal parliament (DIE LINKE, im Bundestag), then describes the efforts undertaken by his party to overcome this anachronistic situation through having a new law legislated, and the opposition his caucus is confronting from the Bundestag majority.

KARL-OTTO ESCHRICH The Mystery of the Magnetic Fields of Sun and Earth Hommage à Fritz Krause

This is to honor the mathematician and physicist, Fritz Krause (born in 1927), who, in the mid-sixties in the GDR, together with Max Steenbeck, discovered the so-called »Alpha effect« which aided decisively in understanding the dynamo theory of the magnetic fields of celestial bodies.

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI, GERD KURZE, ULLA PLENER,
MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF
(V.i.S.d.P.), MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH
Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-127/123, Fax-122
Internet: www.utopiekreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)
Einzelverkaufspreis: 6 €
Jahresabonnement (incl. Versand):
57 € (Inland), 75 € (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 170:	je	1 €
Heft 171 bis 182	je	2,50 €